Est. 1921

antifa

Widerstand und Bewegung seit 100 Jahren

derrechterand

Das Antifaschistische Magazin

Ausgabe 190 Mai / Juni 2021 32. Jahrgang 3,50 Euro

Inhalt und Editorial

Seite drei

Liebe Leser*innen,

Einhundert Jahre Antifaschismus: Eine lange Tradition. Auch der rechte rand ist mit seinen etwas über 30 Jahren ein Projekt von vielen in dieser historischen Linie gegen die extreme Rechte und – sorry, aber so ist es – für eine menschlichere Welt. Seit der Gründung des Magazins haben Redakteur*innen und Autor*innen immer wieder Begegnungen mit Überlebenden des Holocausts sowie mit Widerständigen gegen den Nationalsozialismus. Treffen der Generationen heißt es oft pathetisch. Doch Pathos war den Zeitzeug*innen während politischer Aktionen viel zuwider. Bei Treffen in privateren Kontexten war spürbar, dass all das Heroische noch mehr zu viel war. Sie haben sich dem geplanten Tod widersetzt, sie haben dem nationalsozialistischen Mainstream widerstehen können. Einige wenige von ihnen berichten in der Öffentlichkeit, um zu erinnern – zu mahnen. Prägende Momente, wie auch andere Treffen in anderen Kontexten.
Vom Bergdorf St. Anna di Stazzema geht der Blick weit in die Toskana. Am 12. August 1944 zogen an die 300 Angehörige der 16. SS-Panzergrenadier-Division den Berg hoch, um 560 ältere Männer, Frauen und Kinder zu ermorden. Im Dorf überlebten nur wenige. Einer von ihnen sagte am 23. Juni 2005 zu einem der Nachfahren aus dem Land der Täter: »Komm, lass uns weiter feiern. Wir haben endlich gewonnen.« Einen Tag zuvor, 61 Jahre nach dem Massaker, hatte das Militärtribunal La Spezia zehn der ehemaligen SS-Männer in Abwesenheit zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt. Tränen und Umarmungen bei den Überlebenden und Angehörigen. Minuten der Erleichterung, die offenbaren, wie notwendig es ist, Unrecht auch juristisch als Unrecht zu bewerten – Minuten, die ewig bleiben.
Zeit ist auch bei einem Treffen in Dieppe relativ. Eine kleine Runde, fünf Frauen und zwei Männer aus der französischen Hafenstadt, wenn es richtig erinnert wird. Richtig erinnert wird, dass sie geduldig antworteten zu ihren Aktionen in der Résistance. Doch so recht wollten sie nicht en détail gehen, das hatten sie gelernt; machen und nicht reden. »Ach, wir waren alle jung, hatten keine Ahnung, wie Sabotage organisiert und Konspirativität so einzuhalten ist«, sagte eine sinngemäß und weiter: »Wir mussten viel und schnell lernen, die Zündschnur war auch mal zu kurz.« Und eine weitere nennt Namen jener aus ihrer Gruppe, die in der Normandie Züge und Gleise sprengten, die bei den Aktionen starben. Geschichte wird von einem Moment zum anderen Gegenwart. 50, 60 oder 70 Jahre fallen ineinander, werden erlebbar und spürbar – auch ohne, dass »Auschwitz« erwähnt wird. Ein Abendessen am Rande von Hamburg: Arbeitskolleg*innen einer befreundeten Person hatten eingeladen, mit am Tisch eine, die das Vernichtungslager und weitere Lager überlebte. Und als alle langsam das Ende der Runde einläuten wollten, wurde da noch wer sehr munter: »Gläser hoch, wir leben.«
Die Momente sind so nachhaltig, auch weil nach 1945 die mögliche familiäre Tradition eines Großvaters, der nach dem Ersten Weltkrieg gegen die »Freikorps« auf der Straße stand, einer Oma, die im Werk Flugblätter der KPD verteilte, oder einer Oma, die in Waffenbetrieben des Zweiten Weltkriegs Sabotage verübte, fast vollständig gekappt war. Die Personen waren tot oder geächtet – bis 1968. Eine jüngere Generation wendet sich den Menschen zu, die in einer menschenfeindlichen Zeit Mensch blieben. Bleibt man selbst Mensch, wenn die Verhältnisse sich radikal ändern? Wer weiß es? Die Überlebenden schafften es – und die Begegnungen wirken in der Redaktion nach.
Danke!



#AlleZusammen

100 Jahre Antifa

Vom Widerstand gegen den italienischen Faschismus 1921 bis zum Protest gegen die rechtsradikale AfD heute: Die antifaschistische Bewegung wird 100 Jahre alt.

von der Redaktion des Magazins »der rechte rand«

Zwei Fragen ziehen sich durch die Debatten der antifaschistischen Bewegung: Mit welchen Mitteln und in welchen Bündnissen gelingt es am besten, die radikale Rechte zu stoppen. Gegen den Terror der faschistischen »Schwarzhemden« in Italien unter Benito Mussolini organisierten sich ab 1921 parteiübergreifend die Arditi del Popolo (die Mutigen des Volkes). Sie leisteten Widerstand gegen den aufstrebenden Faschismus, der wenig später an die Macht kam. Militant setzten sich die überparteilichen Arditi gegen rechte Gewalt zur Wehr, organisierten Aufklärung und Widerstand. In Opposition zum neuen politischen Phänomen des Faschismus entstand so der Begriff des Antifaschismus. Schon damals gab es in den Parteien und Organisationen der Linken Streit, ob und wie mit ihnen zusammengearbeitet werden könne und solle. Unterschiedliche Zeiten, Bedingungen, Notwendigkeiten und gesellschaftliche Möglichkeiten bedeuteten in den 100 Jahren auch immer unterschiedliche Formen und Begründungen für Widerstand. Zu unterscheiden ist auch, ob sich die radikale Rechte in einer Bewegungs- und Oppositionsphase befand oder bereits an der Macht war – sei es alleine oder im Bündnis.

Auf den Begriff des Antifaschismus bezogen sich in der Geschichte nicht alle, doch Widerstand leisteten viele: Demokrat*innen, Christ*innen, Mitglieder sozialdemokratischer, kommunistischer oder anarchistischer Organisationen, Gewerkschafter*innen, Jüdinnen und Juden, rebellische Jugendgruppen, Sinti*zze und Rom*nja … und eben auch die Millionen von Soldat*innen in den Armeen der Alliierten gegen Nazi-Deutschland und seine Achsenmächte.

Aber unter dem Banner des Antifaschismus wurde auch gestritten – teils tödlich. Die Auseinandersetzungen zwischen SPD und KPD in der Weimarer Republik oder im Spanischen Bürgerkrieg waren fatal und schwächten den Widerstand. Der Sieg der Alliierten war für die Menschen in den besetzten Ländern und für all jene, die Opfer des Faschismus geworden waren, eine Befreiung. Antifaschismus bedeutete danach zentral auch die Erinnerung an die Ermordeten und Verfolgten, die Jagd nach untergetaucht oder offen lebenden Nazi-Täter*innen, gegen die alten faschistischen Netze, revanchistischen Bestrebungen und neue Nazis. Antifaschismus fand nun unter weltpolitisch völlig veränderten Bedingungen in Ost und West statt. In der Bundesrepublik dauerte es Jahrzehnte, bis der Widerstand gegen den NS staatlich geehrt wurde, die mörderischen Taten und die Beteiligung der »ganz normalen Deutschen« Eingang in Schulbücher und das Bewusstsein der Bevölkerung fanden. Antifaschismus war und ist hier vor allem Initiative von unten, aus dem demokratischen und linken Teil der Gesellschaft – von Überlebendenorganisationen, Geschichtswerkstätten, antifaschistischen Initiativen, Linken verschiedener Parteien in Parlamenten, Wissenschaftler*innen, Journalist*innen und vielen mehr. Spannen wir den Bogen bis heute: Erstmals seit Gründung der Bundesrepublik sitzt mit der »Alternative für Deutschland« (AfD) eine rechtsradikale Partei in allen Landesparlamenten und im Bundestag. Der Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus und Antikommunismus, der in der Bundesrepublik immer vorhanden war und selten auf massiven Widerstand stieß, hat nun Ausdruck in Wahlergebnissen gefunden. Die AfD ist Sammlungspartei der Rechten – von den Stammtisch-Rassist*innen über rechte Schläger*innen bis zu Neonazis in Hemd und Kragen. Ihre Stärke ist ein Angriff auf erkämpfte Fortschritte und die Moderne. Bisher sind der Zivilgesellschaft, der Politik und »der« Antifa leider keine ausreichenden Antworten auf den jüngsten Aufstieg der radikalen Rechten gelungen – trotz mancher Erfolge.

Knapp 100 Jahre nach dem ersten Widerstand gegen die damals neue Bewegung des Faschismus, der in Italien und später in Deutschland so rasch nach der Staatsmacht griff, gingen 2020 in Erfurt tausende Menschen gegen eine Landesregierung von Gnaden des Faschisten Björn Höcke auf die Straße. Erstmals seit Jahrzehnten stand eine faschistische Partei wieder knapp davor, realen Einfluss auf das Regierungsgeschehen zu erlangen. Damals gelang es, diesen Griff nach der Macht zurückzuschlagen – auf der Straße, in den Medien und in den Parlamenten. »Alle zusammen gegen den Faschismus«, das war nicht nur eine Parole. Heute muss ein vorrangiges Ziel sein, die AfD wieder aus den Parlamenten zu werfen und ihr so den Zugriff auf Millionen Euro, Jobs und Einfluss zu nehmen. Dazu gehört auch, der parteinahen »Desiderius-Erasmus-Stiftung« im Haushaltsausschuss schlicht die millionenschwere Förderung vorzuenthalten. Ein Fokus von Antifaschist*innen muss heute auf der rechtsradikalen AfD liegen. Spätestens 2022 muss – und kann – es gelingen, der Partei bei einer Landtagswahl eine empfindliche Niederlage, also ein Ergebnis unter 5 Prozent, beizubringen.



#Diskurse

Eins, zwei, drei, viele – Störungen des Betriebsablaufes

von Andreas Speit

Die öffentlich-rechtlichen Fernsehmagazine senden Berichte über neu-rechte Netzwerke, die großen Tages- und Wochenzeitungen berichten zu rechts-militanten Gruppen und auch die privaten Sender informieren über extrem rechte Strukturen. Die Berichterstattung beschränkt sich nicht mehr auf links ausgerichtete Tageszeitungen und Monatsmagazine. Das zivilgesellschaftliche Engagement gegen »die Rechten« auf den Straßen, in den Parlamenten und in den Vereinen hat die politische Atmosphäre der bundesdeutschen Republik verändert.
Knapp 30 Jahre nach dem »Berliner Appell« aus dem neu-rechten Spektrum um Rainer Zitelmann, Heimo Schwilk und Karlheinz Weißmann, in dem nicht nur ein »antitotalitärer Konsens« gefordert, sondern auch gleich vor einer »antifaschistisch-demokratischen Grundordnung« gewarnt wurde, scheint dieser erfolglos verhallt.

Gefühl und Wirklichkeit

Alles Antifa, alles widerständig gegen rechts – cool und stabil. Schön wär's. Doch »alles wackelt, alles brennt, mehr als 13 Prozent« rappt Neonschwarz nach dem Einzug der »Alternative für Deutschland« (AfD) in den Bundestag. Die kritischen Berichterstattungen zum rechten Milieu, die oft auch erst nach Recherchen und Informationen aus dem antifaschistischen Spektrum kommen, sollten die politische Großkontextualisierung nicht ignorieren. Mit einer Headline und Fotomontage offenbarte Focus-Online am 26. April 2021 die real dominierende Interpretation: »Deutschlands gefährlichste Straftäterinnen – Frauenknast extrem: NSU-Killerin Zschäpe und Gewalt-Linke Lina E. unter einem Dach« prangt auf der Website. Im Bild sind die Gesichter der beiden Frauen vor dem Hintergrund eines Gefängnisses montiert. Weiterlesen ist möglich, muss aber nicht. Die Redaktion hat der Leser*innenschaft schließlich schon alles gesagt. Rechts und Links, alles gleich, alles extrem. Eine offensichtlich immer wiederkehrende Annahme, sodass auch ein Gedicht mal wieder wiedergegeben werden dürfte: »manche meinen lechts und rinks kann man nicht verlwechsern. werch ein illtum«, schrieb Ernst Jandl in dem Gedicht »lichtung« 1966.
Sollte von einer Verwechslung allein ausgegangen werden? Nein, eine Gleichsetzung wurde verfolgt. Sie folgt der Extremismustheorie eines Eckhard Jesse und eines Uwe Backes, die in den Sicherheitsstrukturen der Republik dominiert. Ein doppelter Effekt ist garantiert: Indem »Extreme« aus der Mitte der Gesellschaft an die Ränder Rechts und Links verdrängt werden, wird eine Mitte imaginiert, »die gut und schön« ist und zugleich eine Normalität signalisiert, sodass »alle politischen Handlungen, die aus der ‹Mitte› heraus geschehen, als normal erscheinen müssen«, schrieb Siegfried Jäger 1998 in »Über das Eindringen von Ideologemen des völkischen Nationalismus in den öffentlichen Diskurs«. Über gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in der gesellschaftlichen Mitte muss da aber bitte nun auch nicht mehr gesprochen werden. Die Gleichsetzung kann letztlich die zentralen Differenzen von Rechts und Links nivellieren. Der Rechtsphilosoph Norberto Bobbio führt aus: Die »Menschen sind untereinander so gleich, wie sie ungleich sind«, aber Links und Rechts ließen sich danach unterscheiden, inwieweit das Gleiche oder

Aufklärung mit Transparent am Warnemünder Strand. Die antifaschistische Kampagne »Keine Stimme den Nazis« gegen die NPD in Mecklenburg-Vorpommern.

das Ungleiche hervorgehoben werde. Die Pole seien »egalitär« oder »antiegalitär«. »Die Rechte« vertrete nicht die Idee, alle Menschen sollten die gleichen Rechte haben. »Die Linke« dagegen strebe nach diesem Ideal, indem sie die »drei Hauptursachen für die Ungleichheit, nämlich Klasse, Rasse und Geschlecht, äußerst kritisch hinterfragt«. »Nieder mit der Gleichheit« sei eine Parole »der Rechten«, die letztlich mehr bedeute. »Es lebe die Ungleichheit«, so Bobbio 1994 in »Rechts und Links. Die Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung«.

Ein Antifaschismus, der aber über die extreme Mitte reden und auch nicht zu der propagierten Ungleichheit schweigen will, ist per se nicht sehr erwünscht. Dass die bestehenden Verhältnisse nicht bloß theoretisch hinterfragt, sondern auch praktisch zum Tanzen gebracht werden sollten, um gesellschaftlichen Ursachen für extrem rechte Ideologie oder gruppenbezogenen Ressentiments entgegenzuwirken, missfällt. In der »Mitte« ist ja eben alles gut, und ein Wirtschaftskonzept, das auf Konkurrenz und Ausbeutung beruht, forciert selbstredend keine »rohe Bürgerlichkeit« (Wilhelm Heitmeyer). Ein Antifaschismus, der mehr als »Anti« ist, stört in der abgesicherten Waren- und Kapitalwelt. Die Störer*innen des Betriebsablaufs sind immer jene, die gegen einen extrem rechten Aufmarsch oder Parteitag demonstrieren oder diese gar blockieren. Doch wer hat da noch mal in Dresden den europaweit größten Aufmarsch gestoppt? Ach ja, eine dieser vielen Störer*innen, die mit durch das Tränengas der Polizei vertränten Augen und aufgequollenem Gesicht einen anlächelt und sagt: »Deswegen sind wir hier, wir werden sie heute stoppen.« Manchmal kommt dann auch Applaus aus der Mitte, der schnell verhallen kann.

Einfach die eigene Homebase, die Echoblase verlassen, dann wäre die Überraschung nicht so groß, dass der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN) die Gemeinnützigkeit aberkannt wurde und sie diese nach einer langen Auseinandersetzung im April 2021 – mit viel Druck und breiter Solidarität – wieder zurückerkämpft hat. Oder dass Mitte Januar der niedersächsische Innenminister Boris Pistorius (SPD) ein mögliches Verbot von Antifagruppen prüfen wollte. In Zeiten des Erstarkens der extremen Rechten und der Hinwendung der »Querdenken«-Proteste nach Rechts klare Signale – gegen jene, die sich gegen Rechts engagieren und für jene, die dieses Engagieren für nicht geboten halten.

Doch wer ist »die« Antifa? In ihrer hundertjährigen Geschichte war sie eines sicher: äußerst heterogen und divers. In der Bundesrepublik war sie früh links, männlich und lange überwiegend weiß. Die männliche Dominanz wird schon lange hinterfragt, die weiße Prägung erst seit kurzem. Eines ist die Antifa aber selten: konservativ. Auch wenn in der Republik ein konservativer Antifaschismus schon immer geboten war – allein er folgte kaum.

Antikommunismus. Deckname Anti-Antifaschismus

Der Anti-Antifaschismus könnte gebremst auch Antikommunismus genannt werden. Im Theater gefällt es, aus der »Dreigroschenoper« Bettlerkönig Peachum zu lauschen: »Ein guter Mensch sein! Ja, wer wär's nicht gern? (...) Wer wollt auf Erden nicht ein Paradies? Doch die Verhältnisse gestatten sie's?« Auch aus der sicheren Gewissheit heraus, dass Seeräuber-Jennys Traum »Wenn man fragt, wer wohl sterben muss. Und dann werden Sie mich sagen hören: Alle!« sich nicht erfüllen wird. Die gesellschaftlichen Verhältnisse wurden schon vor 1933 im Diskurs zur Entstehung von Faschismus und Nationalsozialismus thematisiert. Eine Definition, die bis heute nachwirkt, führte Georgi Dimitroff auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale 1935 aus: »Der Faschismus ist die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.« Die Fokussierung auf ökonomische Interessen fand sich lange in der Parole »Hinter dem Faschismus steht das Kapital«. In einer Verengung verklärt sich der gesellschaftliche Zuspruch in der Mitte für Faschismus zu einer Verführung. Bereits 1929 stellten Erich Fromm und Hilde Weiß allerdings in ihrer Studie »Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reichs« fest, dass Wahlerfolgen der »deutschen Linksparteien« zum Trotz die Charakterstrukturen ihrer Mitglieder einen Sieg des Nationalsozialismus nicht verhindern könnten. Der »seelische Apparat« sei zu sehr von autoritären Vorstellungen bestimmt. In der Analyse von »Hitlers Wähler« offenbarte Jürgen W. Falter 1991, dass die NSDAP eine »Volkspartei des Protestes mit Mittelstandsbauch« war.

Warum dieser Exkurs in die Historie? Weil seit der 1968er-Bewegung sich immer wieder Gruppen und Bündnisse über »die Arbeiterklasse« und – seit kurzem – über »die Bio-Bohème« und deren rechte Ressentiments zerstritten haben. Mit dem selbsternannten »Querdenker«-Milieu ist die Debatte mehr als aktuell. Vielleicht sollte mehr berücksichtigt werden, was Dimitroff auch betonte, nämlich, dass es »eine der schwächsten Stelle(n) des antifaschistischen Kampfes« sei, die »Demagogie« und »Ideologie des Faschismus« zu »geringschätzig« behandelt zu haben.

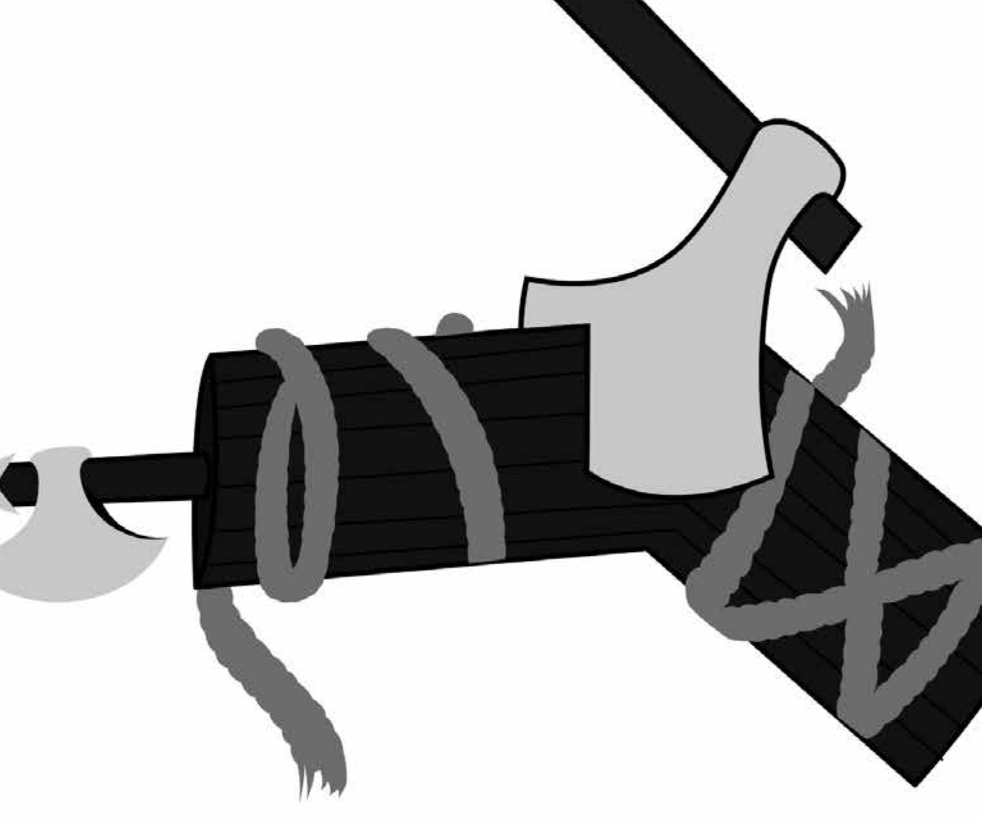
In diesem Kontext erscheint Max Horkheimers Zuspitzung »Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen« nicht so weit entfernt. In »Die Juden und Europa« findet sich der Satz, von dem aus er 1939 rechte Ideologie, ökonomische Prozesse und psychologische Effekte hinterfragt, um die Etablierung des Faschismus und Antisemitismus zu erfassen. Im Institut für Sozialforschung entwickelten die Begründer der Kritischen Theorie (KT) um Theodor W. Adorno und Max Horkheimer eine interdisziplinäre Methode, um die gesellschaftlichen Ursachen des Faschismus erfassen zu können; sie verfolgten einen sozialpsychologischen Ansatz, einen ideologie-kulturkritischen Ansatz und einen politisch-ökonomischen Ansatz. Kein Ansatz hatte eine Monopolstellung. Diese Ausrichtung findet sich im Magazin der rechte rand wieder. In den Recherchen, den Themen und den Analysen. Eines hat der rechte rand mit dem KT-Gründungspersonal aber nicht gemein, die Redaktion ist kein »Herren-Verein«.

Heute

Die Auseinandersetzung mit Phänomen wie der AfD bedingt eine Debatte um die Verfasstheit der Mitte. Auf der Straße können Blockaden extrem Rechte stoppen. Im vorpolitischen Raum sollte und kann auch gar nicht die Antifa »die Grenzen dessen, was nicht tolerierbar ist, festlegen« (Umberto Eco). Die befürchtete »antifaschistisch-demokratische Grundordnung« ist eine bündnisorientierte Option, ein gesellschaftlicher Konsens. Mit dem Lied »Das ist alles von der Kunstfreiheit gedeckt« gelang es Danger Dan, den Diskurs auszudehnen. Eins, zwei, drei … viele Provokationen sollten folgen.

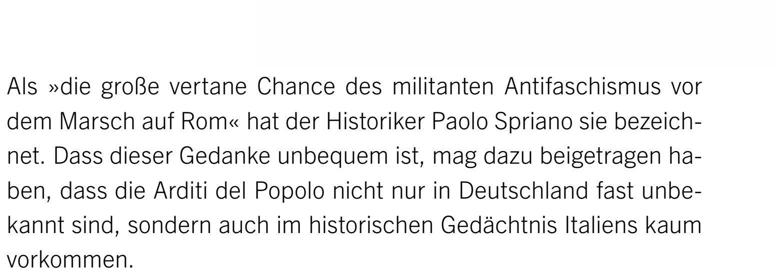
#Italien

Vertane Chance



Was wäre geschehen, wenn Benito Mussolinis aufstrebende faschistische Bewegung schon 1921 gestoppt worden wäre? Hätten die deutschen Nationalsozialist*innen ebenfalls stärkeren Widerstand erlebt? Wäre die Geschichte ganz anders verlaufen? Diese Fragen drängen sich bei der Beschäftigung mit den Arditi del Popolo auf.

von Johanna Wintermantel



Als »die große vertane Chance des militanten Antifaschismus vor dem Marsch auf Rom« hat der Historiker Paolo Spriano sie bezeichnet. Dass dieser Gedanke unbequem ist, mag dazu beigetragen haben, dass die Arditi del Popolo nicht nur in Deutschland fast unbekannt sind, sondern auch im historischen Gedächtnis Italiens kaum vorkommen.
Im Juni 1921 in Rom offiziell gegründet, bildete die neue Bewegung innerhalb weniger Tage bewaffnete Formationen in zahlreichen italienischen Städten und kämpfte, an mehreren Orten erfolgreich, gegen faschistische Schlägertrupps. Doch bereits nach wenigen Monaten zerfiel die Organisation weitgehend, der Faschismus kam an die Macht. Die weitaus größere und bekanntere italienische Widerstandsbewegung, die Resistenza, entstand erst 1943.

Erfahrung von Weltkrieg und Klassenkampf

Der Erste Weltkrieg hatte Massen an Veteranen, Kriegsversehrten, Kriegswitwen und -waisen hinterlassen, von denen viele den nationalistischen Rausch nicht oder nicht mehr teilten und mittellos auf sich allein gestellt waren. Es entstanden diverse, auch proletarische und pazifistische, Organisationen für Veteranen und Hinterbliebene, darunter die Veteranenorganisation Associazione Nazionale Arditi d'Italia. Die Arditi waren Sturmtruppen, Eliteeinheiten der Armee im Ersten Weltkrieg. Aus der römischen Sektion spaltete sich im Sommer 1921 die Arditi del Popolo auf Initiative des Anarchisten Argo Secondari ab. Dies war die Reaktion auf zunehmende Sympathien eines Teils der Verbände mit der faschistischen Bewegung. Sofort nach der Gründung der Arditi del Popolo in Rom formierten sich bewaffnete, militärisch-strukturierte Einheiten im ganzen Land, um sich dem Terror der Faschisten entgegenzustellen. Sie bestanden jedoch nicht ausschließlich aus Veteranen. An den Verteidigungskämpfen gegen faschistische Truppen in der ligurischen Stadt Sarzana (Juli 1921) sowie in Parma (August 1922) waren über die militärischen Einheiten hinaus weite Teile der Bevölkerung beteiligt, darunter viele Jugendliche und Frauen. Über die Kämpfe der Frauen in Parma berichtete der dortige Kommandant Picelli: »Von den Fenstern einer der Hütten schrie ein Mädchen von 17 Jahren, während sie ein Beil in die Höhe streckte und schwenkte, ihren Genossen auf der Straße zu: ‹Wenn sie kommen, bin ich bereit›. An die Frauen wurden Behälter mit Petroleum und Benzin verteilt, damit der Kampf (…) Straße für Straße hätte geführt werden können.« Leider ist über den Beitrag von Frauen an den Kämpfen nur wenig Wissen überliefert.
Die Mitglieder der antifaschistischen Organisation entstammten der ärmeren Bevölkerung, die geprägt war durch die Klassenauseinandersetzungen am Ende des Ersten Weltkrieges. Es folgte das »biennio rosso«, die »roten zwei Jahre« 1919-1920: Arbeiter*innen und Bäuer*innen protestierten, streikten, besetzten Land und Fabriken, teilweise versuchten sie Betriebe selbst zu verwalten. Die 1919 gegründete faschistische Bewegung reagierte darauf mit Schlägertrupps, den »squadre«. Sie griffen – weitgehend ungehindert oder sogar unterstützt von der Polizei – gezielt Angehörige und Orte von Arbeiter*innenorganisationen an, wie etwa Gewerkschaftsbüros.
Einheiten der Arditi del Popolo entstanden in allen Regionen – in etwas geringerer Zahl im Süden, wo die Klassenkämpfe nicht so heftig waren, und erst etwas später in den industriellen Zentren des Nordens, wo bereits eine gut organisierte Arbeiter*innenbewegung existierte, die in der Lage war, sich zu verteidigen. Die antifaschistische Organisation war aber keine Massenbewegung. Beschränkt man sich auf die eindeutig belegten Zahlen, entstanden die mit Abstand größten Sektionen in der Region Latium (Mittelitalien inklusive Rom) mit 3.300 und der Region Toskana mit 3.000 Mitgliedern. Mit Millionen organisierter Arbeiter*innen, denen nur einige zehntausend faschistische Squadristi gegenüberstanden, wäre das antifaschistische Rekrutierungspotential recht hoch gewesen.

Mangelnde Unterstützung

In dieser Zeit kristallisierten sich die politischen Fronten in Italien erst heraus. Das gilt nicht nur für Mussolini, der zunächst führendes Mitglied der Sozialistischen Partei war, sondern auf der anderen Seite auch für einige Arditi del Popolo, die sich dem Antifaschismus widmeten. Zuvor hatten diese den Krieg befürwortet und nach Kriegsende, unter Führung des Dichters Gabriele d'Annunzio, an der Besetzung der Stadt Fiume teilgenommen. D'Annunzio sollte sich

Eines von verschiedenen Logos der Arditi del Popolo: ein Beil, das ein »fascis« (lat.), ein Rutenbündel, zerschlägt.

als wichtiger Ideengeber des Faschismus erweisen. Die Zugehörigkeit von Fiume/Rijeka, im heutigen Kroatien, war nach dem Ersten Weltkrieg umstritten. Die Besetzung war Ausdruck nationalistischer Gebietsansprüche, hatte aber zugleich auch revolutionär-libertäre Aspekte.

Die Arditi del Popolo waren keineswegs politisch indifferent, doch Parteizugehörigkeiten spielten keine Rolle. In ihren regional und städteweise strukturierten Organisationen kooperierten Angehörige der Sozialistischen, der Kommunistischen sowie anderer Parteien in ein und derselben Truppe. Das Ziel, was sie vereinte, war die Gegenwehr gegen die faschistische Gewalt; übergeordnete politische Ideen verfolgten sie nicht.

Statt es zu begrüßen, dass eine Art spontane antifaschistische Einheitsfront im Entstehen war, ließen die linken Parteien die Arditi del Popolo im Stich oder wandten sich aktiv gegen sie. Dies galt insbesondere für die Führungsebene, während Teile der Parteibasis – auch gegen die explizite Parteilinie – sich der neuen antifaschistischen Bewegung anschlossen.

Die Sozialist*innen entschieden sich, unter dem sozialistischen Ministerpräsidenten Ivanoe Bonomi, sogar für einen Befriedungskurs gegenüber dem Faschismus. Dieser mündete am 3. August 1921 in einen Friedenspakt. Der militante Antifaschismus der Arditi wurde dabei als Störfaktor wahrgenommen. Die Sozialistische Partei distanzierte sich daher ausdrücklich von ihnen, zumal diese sich ja selbst für »außerhalb jeder Partei stehend« erklärt hätten. Als die Regierung Bonomi Maßnahmen gegen jegliche paramilitärischen Gebilde erließ, traf dies überproportional die Antifaschist*innen und nicht die Faschist*innen. Damit trugen die Sozialist*innen wesentlich zur Schwächung des Antifaschismus bei.

Für die Kommunistische Partei Italiens (KPI) war der bewaffnete Antifaschismus die richtige Strategie. Da die Parteiführung unter Amedeo Bordiga jedoch auf eine kommunistische Führung abzielte, lehnte sie die Strategie einer Einheitsfront ab und verbot ihren Mitgliedern, Teil der Arditi del Popolo zu werden. Sie stand damit im Gegensatz zur Position der Kommunistischen Internationalen, in der sich selbst Wladimir Iljitsch Lenin positiv zur Gründung der Arditi del Popolo äußerte. Eine Ausnahme in der KPI bildete Antonio Gramsci, der zumindest anfangs die Bedeutung der Arditi del Popolo durchaus anerkannte. Einfache Parteimitglieder schlossen sich der Organisation offenbar immer weiter an. Dies geht aus wiederholten Aufrufen zur Disziplin, seitens der Führung der KPI, hervor: »Trotzdem bestehen einige Genossen und einige Organisationen der Partei darauf, die Teilnahme der erwachsenen und jugendlichen Kommunisten an anderen, unserer Partei nicht zugehörigen Formationen vorzuschlagen oder manchmal auch umzusetzen, wie den Arditi del Popolo. Oder sie ergreifen sogar die Initiative zur Gründung lokaler Arditi-del-Popolo-Gruppen, anstatt sich in der von den zentralen Organen angegebenen Richtung an die Arbeit zu machen. Diese Genossen werden zur Disziplin gerufen.« Die einzige politische Kraft, die solidarisch mit den Arditi del Popolo war, war die anarchistische und anarchosyndikalistische Bewegung. Sie kritisierten zwar deren militärische und zentralistische Struktur und das Fehlen revolutionärer Ziele, doch äußerten sich ihre zentralen Organe und Vertreter*innen durchweg unterstützend. Der einflussreiche Anarchist Errico Malatesta schrieb: »Allein können wir den Faschismus nicht bezwingen und erst recht nicht die Institutionen niederreißen. Also bleibt uns die Wahl, uns entweder denen anzuschließen, die zwar keine Anarchisten sind, aber mit uns die unmittelbaren Ziele gemein haben, oder zuzulassen, dass die Faschisten, mit der Regierung als Komplizin, weiterhin Italien tyrannisieren.« Er vertrat dies noch im Sommer 1922, als die Arditi del Popolo sich längst schon im Niedergang befanden. Die relativ kleine, gespaltene und heterogene anarchistische Bewegung reichte als Bündnispartnerin jedoch nicht aus, als dass die antifaschistische Organisation sich hätte behaupten können. Im August 1922 errangen sie noch einen ihrer größten Siege, als sie in mehrtägigen Barrikadenkämpfen in den armen Vierteln Parmas die Stadt erfolgreich gegen eine faschistische Besetzung verteidigten. Doch bis auf solche Ausnahmen waren die Arditigruppen bereits wieder in sich zusammengefallen. Parteiunabhängige Antifaschist*innen agierten zunehmend nur noch im Untergrund. Viele Mitglieder wurden ins Gefängnis oder in die Verbannung geschickt oder gingen ins Exil. Nicht wenige kämpften später im Spanischen Bürgerkrieg.

Die Resistenza

Somit siegte vorerst für gut 20 Jahre der Faschismus. Am 28. Oktober 1922 fand der faschistische Marsch auf Rom statt und am Tag darauf erteilte der König, Viktor Emanuel III., Benito Mussolini den Auftrag, eine neue Regierung zu bilden. Erst ab September 1943 – nachdem die italienische Regierung den Waffenstillstand bekanntgegeben hatte, die Deutschen daraufhin Nord- und Mittelitalien besetzten, während die Alliierten bereits von Süditalien aus vorrückten und die Faschisten die Republik von Salò ausriefen – entstand wieder eine vereinte Widerstandsbewegung: die Resistenza. Auch wenn der Anteil der Alliierten an der Befreiung Italiens entscheidend war, leistete die Resistenza einen wichtigen Beitrag. Eine Reihe von Städten wurde von den Partisan*innen der Resistenza selbst befreit.

Sie war nicht nur die größere und am Ende erfolgreichere Bewegung, sondern unterschied sich in weiteren Punkten vom Widerstand der Arditi del Popolo. In beiden Bewegungen beteiligten sich Angehörige verschiedener nichtfaschistischer Parteien, aber an der Resistenza beteiligten sich die politischen Parteien offiziell und agierten großteils mit je eigenen Einheiten, die über ein nationales Steuerungskomitee miteinander verbunden waren. Die Resistenza wurde stärker klassenübergreifend mitgetragen. Schließlich wandte sie sich, anders als der Widerstand ihrer antifaschistischen Vorgänger, wesentlich auch gegen einen äußeren Feind, die Deutschen.

Doch war die Resistenza eine ganz andere, komplett neue Bewegung? An ihr beteiligten sich viele junge Leute, die vollständig im Faschismus aufgewachsen waren. Wie sollten sie etwas anderes kennen und wollen? Dass sie Zweifel und die Fähigkeit zum Widerstand entwickelten, ist kaum denkbar ohne die Inspiration und Anleitung durch die Älteren, die die sozialen und politischen Kämpfe des frühen 20. Jahrhunderts durchgemacht hatten, darunter ehemalige Mitglieder der Arditi del Popolo. Die Einschätzung des Kommunisten und Partisanen Pietro Secchia, dass der Erfolg der Resistenza vor allem auf der hartnäckigen, mühsamen und entschiedenen Aktivität der Minderheiten beruht habe, die in den Jahren der harten antifaschistischen Militanz der Vorkriegszeit aufgewachsen waren, war nicht auf die Arditi del Popolo gemünzt. Aber gerade sie zählten zweifellos wesentlich dazu.

Johanna Wintermantel ist Übersetzerin des Buches »Arditi del popolo. Der erste bewaffnete Widerstand gegen den Faschismus in Italien 1921-22« von Andrea Staid. Erschienen im Verlag Edition AV 2020.



Parma / Italien

*Im August 1922 versuchten rund 10.000 Faschisten den Arbeiter*innenstadtteil Oltretorrente einzunehmen. Die Arditi del Popolo konnten dies vier Tage lang mit Unterstützung der Bevölkerung verhindern.*



#WeimarerRepublik

Fatale Fehler

Die radikale Rechte griff die Weimarer Republik seit Beginn an, und Teile des Bürger*innentums verhalfen den Nazis zur Macht. Die Linke kämpfte entschieden gegen Rechts und scheiterte – auch an eigenen Fehlern.

von Robert Lehmann

Die Revolution gegen Kaiser und Weltkrieg im November 1918 war die Voraussetzung für sozialen Fortschritt, das Ende des Krieges und die in Weimar am 6. Februar 1919 beschlossene Verfassung. Es war die Arbeiter*innenbewegung, die das Ende der Monarchie erzwang und den Grundstein dafür legte, dass ein historischer Ausbau von sozialen und demokratischen Rechten möglich wurde. Für die radikale Rechte und große Teile des Bürger*innentums waren der Sturz des alten Systems, außenpolitische Zugeständnisse und die – unvollkommenen, aber einschneidenden – fortschrittlichen Entwicklungen ein Tiefschlag. Deren Revision war fortan ihr Ziel.

Gegen »Weimar«

Neue faschistische Organisationen sowie alte nationalistische, monarchistische, militaristische und völkische Kreise hatten der Republik von Anfang an den Krieg erklärt. »Weimar«, das stand für die verhasste Demokratie, Sozialismus, Moderne und Verfall. Gegen die Angriffe auf die Demokratie wehrten sich vor allem Linke – und viel zu wenig liberale und bürgerliche Kräfte. Der »Kapp-Putsch« aus Kreisen des Militärs im März 1920 scheiterte zwar rasch, zeigte aber früh die Entschlossenheit, mit der die Rechten gegen Demokratie und Errungenschaften der November-Revolution bereit waren vorzugehen. Im November 1923 folgte der erfolglose »Hitler-Ludendorff-Putsch« durch die seit 1921 von Adolf Hitler geführte NSDAP mit dem gleichen Ziel.

Gegen die Putschversuche und die bis 1930 noch überschaubaren Erfolge der NSDAP bei den Reichstagswahlen entstand Widerstand. So rief die KPD im Juli 1923 zur »kämpfenden Einheitsfront« gegen »Reaktion und Faschismus« und zum ersten »Antifaschisten-Tag« auf. Es sollten »Abwehrorganisationen« gebildet werden, die, »wenn nötig, mit Waffen in der Hand, einen faschistischen Umsturz verhindern« sollten. Der Aufruf richtete sich an alle Arbeiter*innen »ohne Rücksicht auf ihre Parteizugehörigkeit«, verblieb aber wie eigentlich alle späteren Bündnisanstrengungen von KPD und SPD auf einer rhetorischen Ebene. Die Konflikte zwischen den Parteien und Milieus überlagerten aber oft die Kooperation. Für die KPD war ihr Antifaschismus auch immer revolutionär, und somit gegen die Politik der SPD gerichtet, die ab 1924 als »sozialfaschistisch« bezeichnet wurde – ein Kurs, der zeitweise wieder zurückgenommen, aber ab 1928 wieder Parteilinie wurde. Beide Seiten schenkten sich nichts – so plakatierte die SPD 1932 den Slogan »Gegen Papen, Hitler, Thälmann« – also ebenso gegen die Regierung wie gegen die NSDAP und die KPD.

Verfestigte Spaltungen

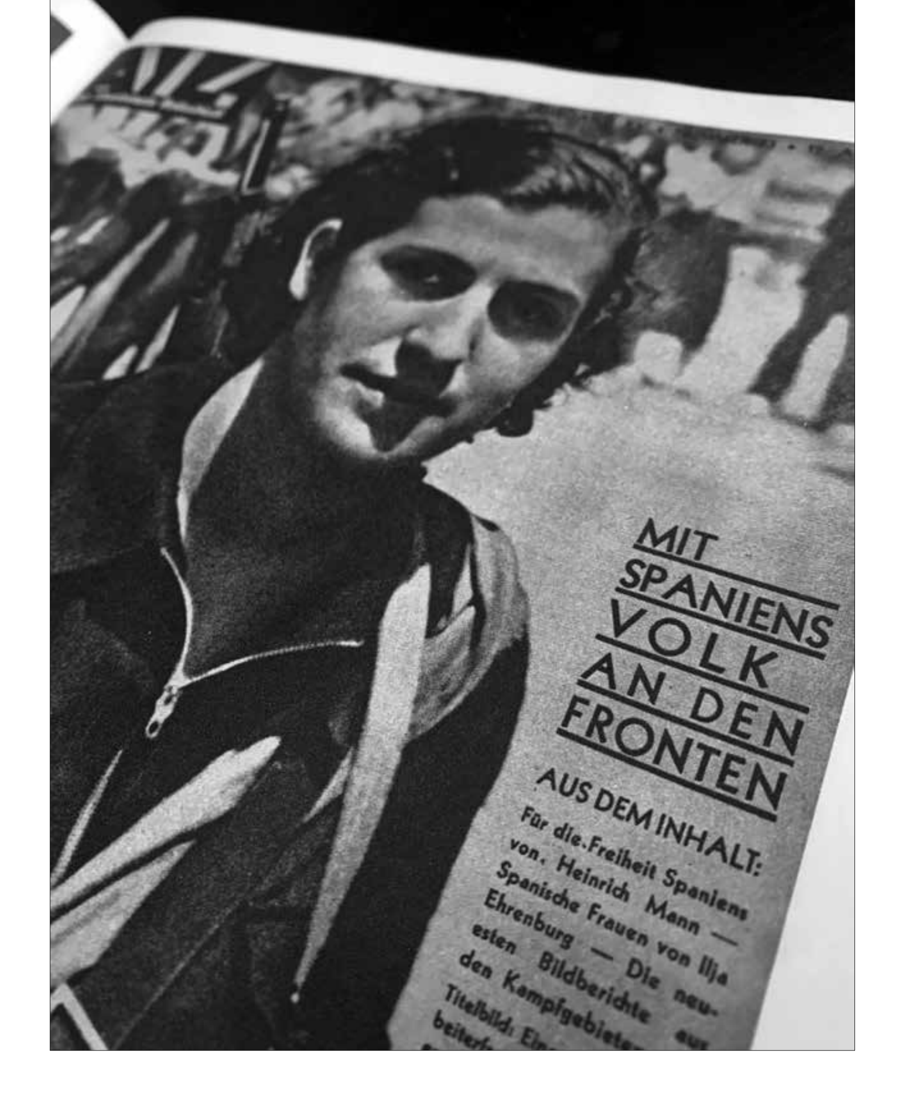
Ein gewichtiger Grund der anhaltenden Auseinandersetzungen war die Frage, ob und wie die Revolution von 1918 fortgesetzt sowie deren Forderungen in der Verfassung und dem Handeln in der Weimarer Republik umgesetzt werde. Dies entzweite die Arbeiter*innenbewegung – und somit die potenziell stärkste Kraft gegen den Faschismus – dauerhaft. Die Gründung der KPD Ende 1918 war Ausdruck scheinbar unvereinbarer Vorstellungen über Ziele und Wege – und warf ein Licht auf die kommenden Konflikte. Die Differenzen waren offensichtlich und werden in den geschichtspolitischen Debatten bis heute als ein Hauptgrund für die Niederlage der Demokratie angeführt. Im Alltag der Arbeiter*innen-Milieus hingegen war der Wunsch und das Bemühen nach gemeinsamem Vorgehen gegen die auf den Straßen und in den Parlamenten erstarkende Rechte oft stärker ausgeprägt als auf der Ebene der Parteiführungen.

Unabwendbares Scheitern?

Zu viel Demokratie, zu viel Streit. Bis heute gilt das Scheitern der Republik in weiten Teilen der Öffentlichkeit und der konservativen Geschichtsschreibung als strukturell bedingt. Doch inzwischen ist in der Geschichtswissenschaft klar: Die Republik kann nicht nur von ihrem Ende her gedacht, sondern muss auch im Licht ihrer Erfolge betrachtet werden – sie war erkämpfte, wie auch gefährdete Demokratie. Die schnelle Erosion des politischen Linksliberalismus sowie die Rolle des Antikommunismus »als effektives Instrument der Mobilisierung« gegen die Linke müssten stärker betrachtet werden, wenn die schließliche Abschaffung der Demokratie verstanden werden wolle, so der Historiker Tim Schanetzky von der Universität Jena im Rückblick auf 100 Jahre Weimarer Verfassung. Den Aufbau rechtsradikaler Organisationen betrieb ein einflussreiches und finanzstarkes Milieu. Justiz, Polizei und Staat konnten und wollten die Rechte nicht stoppen. Politische Straßengewalt und Anschläge wurden Alltag: Allein von 1919 bis 1921 gab es mindestens 354 rechte Morde. Das verhängte Strafmaß war in der Summe erheblich geringer als für die im gleichen Zeitraum 22 politischen Morde von links.

Reichsbanner und Rote Frontkämpfer

Offensiv gegen rechte Kampfbünde, wie die SA oder den »Stahlhelm«, und zum Schutz eigener Veranstaltungen gründeten SPD und KPD eigene Strukturen. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold war vor allem sozialdemokratisch geprägt und wurde nach dem Hitlerputsch 1923 und dem Hamburger Aufstand der KPD im Februar 1924 als »überparteiliche Schutzorganisation der Republik und der Demokratie im Kampf gegen Hakenkreuz und Sowjetstern« gegründet und hatte zu Höchstzeiten eineinhalb Million Mitglieder. Unter Einschluss von Gewerkschaften wurde das Reichsbanner 1931 angesichts der Wahlerfolge der NSDAP und der zunehmenden Gewalt unter neuem Namen als Eiserne Front erweitert. Die KPD gründete 1924 den Roten Frontkämpferbund (RFB), der die Auseinandersetzung mit den Nazis suchte, Schutz organisierte und Propagandaarbeit machte. 1929 wurde der RFB verboten, lokale und überregionale Nachfolgestrukturen führten die Arbeit weiter, unter anderem der 1930 gegründete Kampfbund gegen den Faschismus mit bis zu 100.000 Mitgliedern.



Titel der Arbeiter-Illustrierten-Zeitung zum Spanischen Bürgerkrieg vom August 1936

Antifaschistische Aktion

Heute noch am bekanntesten ist die im Juli 1932 in Berlin von der KPD gegründete Antifaschistische Aktion, deren Logo von dem Bauhaus-Grafiker Max Gebhard geschaffen wurde. Die Initiative wurde von der SPD-Führung nicht unterstützt und blieb so von begrenztem Nutzen als Kampagne im Vorfeld der Reichstagswahl 1932. »Die Antifaschistische Aktion muss durch den organisierten roten Massenselbstschutz in breitester Einheitsfront den Mordterror des Hitlerfaschismus brechen«, hieß es in einem Aufruf vom Mai 1932. Zur angestrebten Zusammenarbeit mit Sozialdemokrat*innen und anderen Linken außerhalb der KPD kam es meist nur regional.

Publizistik gegen Rechts

Einer, der sich in der Weimarer Republik – und verstärkt seit der Machtübertragung an die NSDAP nach 1933 – um Bündnisfähigkeit und effektive Gegenwehr gegen die Nazis bemühte, war der KPD-Reichstagsabgeordnete und Verleger Willi Münzenberg. Mit seinem Medienimperium, das unter anderem die legendäre und auflagenstarke Arbeiter-Illustrierte-Zeitung (AIZ) umfasste und das zweitgrößte Mediennetzwerk in der Weimarer Republik war, nahm er die Gefahr von Rechts frühzeitig in den Blick – mit Berichten, Enthüllungen und Reportagen über Putschversuche von Rechts, die reaktionäre Reichswehrführung oder Wahlerfolge der NSDAP. 1932 publizierte die Zeitung auch eine umfängliche Recherche über die Geldquellen der Partei aus dem Kreis der Industrie. Eng arbeitete Münzenberg mit international bekannten Künstlern zusammen, unter anderem mit John Heartfield, der schon 1932 in dem Blatt mit seiner Fotomontage »Krieg und Leichen« vor deutschen Kriegsambitionen warnte. In der AIZ wurden Nazi-Spitzel geoutet, Jiu-Jitsu-Kampfsport gegen die »überhandnehmenden Angriffe der Faschisten« gelehrt, über Nazi-Mordopfer oder den Austritt von einstigen NS-Funktionären aus der Partei berichtet. Münzenbergs Medienimperium mit Tageszeitungen, Magazinen, Verlagen und Filmen war zwar kommunistisch orientiert, doch er konnte es sich erlauben, auch abseits des Parteikurses zu segeln und mit seinen Medien und Kongressen weit über die eigene Partei hinaus auch in bürgerliche Kreise zu wirken.

»Seid einig gegen Hitler!«

Ende Februar 1933 musste Münzenberg fliehen. Aus dem Exil in Paris gab er weiterhin die AIZ heraus. Dort erschienen unter anderem Berichte über Gewalt der SA und antisemitische Taten als »Beispiel brauner Barbarei«, »Geständnisse« eines SS-Mannes und Berichte über »Mißhandlungen und Morde« in Konzentrationslagern. Immer wieder wurde auch zum Handeln gegen die Nazis aufgerufen, unter anderem mit einer Sonderausgabe zur »Antifaschistischen Aktionseinheit« 1934. Spektakulär war der Erfolg des von Münzenberg 1933 verlegten »Braunbuchs über Reichstagsbrand und Hitlerterror«, mit dem NS-Verschwörungstheorien zum Reichstagsbrand beantwortet und die Debatte um den Brand – wenn auch mit teils inhaltlichen Falschdarstellungen – umgelenkt wurden. Das Buch war wirkungsmächtiger Teil einer Kampagne für die Freilassung des angeklagten Kommunisten Georgi Dimitroff und zwang das NS-Regime, die Existenz von Konzentrationslagern zuzugeben. Zudem öffnete die vorgelegte Deutung des NS Türen für Demokrat*innen und Sozialdemokrat*innen zu einem antifaschistischen Bündnis mit den Kommunist*innen. Ungezählte Publikationen, von Münzenberg initiierte Kongresse und Bündnisse folgten, unter anderem die 1936 geschaffene Volksfront gegen Faschismus von Vertreter*innen aus SPD, KPD und anderen linken und linksradikalen Gruppen und Parteien. Ihr Motto: »Seid einig gegen Hitler!« Aber auch Münzenberg hatte sich zuvor der KPD-Linie untergeordnet, die ab 1928 die Zusammenarbeit mit der SPD abgelehnt hatte. Mit der Neuorientierung ab 1935 auf eine »Volksfront« gegen Hitler änderte sich der Kurs und Münzenberg wurde zu einem seiner entschiedensten Vertreter. Er blieb dem auch dann treu, als ihn seine Partei ausschließen wollte. Sein Leben endete tragisch: Er starb im Juni 1940 auf der Flucht vor den Deutschen im Süden Frankreichs.

Alle zusammen …!

In der Weimarer Republik gab es massenhaften Widerstand gegen den Aufstieg der Nazis – aus unterschiedlichen Milieus und Gruppen, und in unterschiedlichsten Formen. Doch das reichte nicht aus – vor allem angesichts der Unterstützung für die radikale Rechte aus dem Bürger*innentum und durch den Staat sowie angesichts eines verbreiteten Antikommunismus, der sich nicht nur gegen die KPD richtete. Die radikale Rechte war zu stark. Die Spaltung der Arbeiter*innenbewegung – und somit der damals wichtigsten Gruppe antifaschistischer Kräfte – erschwerte den Widerstand und war mit ein Grund für das Scheitern.



#Internationalismus

Als Linke in Spanien gegen den Faschismus kämpften

von Alexandre Froidevaux

*»Dieses Gefühl kann man gar nicht beschreiben. Wir wurden an der französisch-spanischen Grenze von bewaffneten Proleten mit ‹CNT-FAI› auf der Mütze empfangen. Als wir in Barcelona ankamen, auch dort überall schwarzrote Fahnen. Wir haben gesagt, so hätten wir es auch in Deutschland machen müssen.« Der Anarchosyndikalist Helmut Kirschey war von dem überwältigt, was ihn im revolutionären Katalonien des Sommers 1936 erwartete. Wo doch die Lage in Deutschland zugleich so niederschmetternd war: die Niederlage der Arbeiter*innenbewegung von 1933, die brutale Verfolgung ihrer Aktivist*innen durch den Nationalsozialismus. Spanien dagegen wurde zur Hoffnung deutscher Linker, den Faschismus doch noch besiegen zu können.*

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts waren große Teile der spanischen Bevölkerung erschreckend arm und nur die wenigsten hatten Zugang zu Bildung. Die Gesellschaft steckte noch mit einem Bein im Feudalismus fest und verharrte in den traditionellen Geschlechterrollen. Politische Teilhabe war für das Gros der Spanier*innen nicht vorgesehen. Mit der Ausrufung einer Republik im Jahr 1931 verbanden viele spanische Landproletarier*innen und Arbeiter*innen daher Hoffnungen auf eine Verbesserung ihrer sozialen Lage.
Doch die republikanischen Reformen riefen starke Gegenkräfte auf den Plan: Die Rechte wollte das »wahre« katholische Spanien erhalten. Die Kirche wehrte sich gegen die Beschneidung ihres gewalti-

gen gesellschaftlichen Einflusses. Schließlich putschten im Juli 1936 rechtsradikale Militärs gegen die Republik. Weil sich ihnen hunderttausende Spanier*innen mutig entgegenstellten, misslang der Aufstand in etwa der Hälfte des Landes. Es kam zu einem Bürgerkrieg.

Dieser Krieg internationalisierte sich schnell: Schon im Sommer intervenierten das faschistische Italien und das nationalsozialistische Deutschland auf Seiten des rechten Lagers, das bald General Francisco Franco anführte.

Die westlichen Demokratien entschieden sich hingegen zur Nichteinmischung und ließen die spanische Republik so sträflich im Stich. Nennenswerte Unterstützung erhielt diese nur von der Sowjetunion. Außerdem startete die internationale Arbeiter*innenbewegung große Solidaritätskampagnen.

Internationale Solidarität, Revolution und innerlinke Auseinandersetzungen

Kommunist*innen, Sozialist*innen und Anarchist*innen aus Frankreich, Italien, Großbritannien, den USA, Deutschland, Österreich und zahlreichen weiteren Ländern zogen daraufhin nach Spanien, um den Faschismus mit der Waffe in der Hand zu bekämpfen. Etwa 40.000 internationale Freiwillige kämpften in den anarchistischen und weiteren Milizen sowie in den kommunistisch dominierten Internationalen Brigaden.

Diese riesige internationale Solidarität ist noch heute beeindruckend und beispielgebend. Die antifaschistische Einheit war jedoch leider brüchig, denn die Linke war ideologisch tief gespalten.

Mit den Anarchosyndikalist*innen gab es in Spanien damals eine starke Kraft, die den »libertären Kommunismus« verwirklichen wollte. Angesichts der steckengebliebenen republikanischen Agrarreform radikalisierten sich auch viele Linkssozialist*innen.

Dort, wo sie den Putsch im Juli 1936 niederschlagen konnten, gingen die Anarchosyndikalist*innen unmittelbar zum Gegenschlag über. Sie kollektivierten in großer Zahl Industrie- und Landwirtschaftsbetriebe. Die Millionenstadt Barcelona befand sich fortan unter anarchistischer Kontrolle.

Die libertäre Revolution hatte jedoch innerhalb des republikanischen Lagers eine starke Gegnerin: die spanische Kommunistische Partei (KP), die zu jener Zeit den Vorgaben aus Moskau folgte. Die stalinistische Führung dort hatte kein Interesse an einer Revolution, die nicht die KP als »Avantgarde der Arbeiterklasse« anführte.

Zudem trieben Josef Stalin Ängste um, Nazi-Deutschland könnte die Sowjetunion angreifen. Deshalb strebte er eine defensive Bündnispolitik mit Frankreich und Großbritannien an. Eine offene Unterstützung für eine proletarische Revolution in einem westeuropäischen Land hätte eine solche Allianz unmöglich gemacht.

Da die Sowjetunion der einzig nennenswerte Waffenlieferant der Republik war, konnte sie erheblichen Einfluss geltend machen. Die spanische KP drängte die Revolution Schritt für Schritt zurück. Dabei griffen die Kommunist*innen auch auf Entführungen, Folter und Morde zurück.

Der Krieg geht verloren

Die Republik wehrte sich verbissen gegen einen militärisch überlegenen Gegner. Doch Schlacht um Schlacht ging verloren, bis der Franquismus im März 1939 schließlich triumphierte.

Die Intervention der faschistischen Mächte war kriegsentscheidend gewesen. Zu Kriegsbeginn setzten deutsche und italienische Transportflugzeuge eine große Kolonialarmee von »Spanisch-Marokko« auf das Festland über. Ohne diese Truppen wäre der Putsch wahrscheinlich schnell in sich zusammengebrochen.

Im weiteren Kriegsverlauf bombardierten Geschwader der deutschen Legion Condor spanische Städte. Die Zerstörung der baskischen Stadt Guernica im April 1937 war so etwas wie die Generalprobe zu den Flächenbombardements Warschaus, Rotterdams und Coventrys im Zweiten Weltkrieg.

In den letzten Wochen des Krieges flohen zehntausende Kämpfer*innen der Republik aus dem Land, die meisten über die Pyrenäen-Grenze nach Frankreich. Das Nachbarland empfing die Flüchtlinge keineswegs mit offenen Armen, sondern internierte sie unter erbärmlichen Bedingungen in Lagern.

Nachdem die Wehrmacht im Sommer 1940 Frankreich besetzt hatte, mussten die Exilant*innen Zwangsarbeit leisten. Etwa zehntausend sogenannte »Rotspanier« sowie nicht wenige deutsche Spanienkämpfer*innen verschleppten die Nationalsozialist*innen nach Mauthausen und in weitere Konzentrationslager.

Viele spanische Antifaschist*innen schlossen sich auch der französischen Résistance an. Als Einheiten des Generals Philippe Leclerc Ende August 1944 Paris befreiten, waren unter ihnen zahlreiche spanische Anarchist*innen.

Nachgeschichte und Erinnerung in Deutschland und Spanien

Im Zuge des Kalten Krieges war der Umgang mit dieser Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten sehr unterschiedlich. In der frühen BRD erhielten ehemalige Wehrmachtsoldaten, die in Spanien gekämpft hatten, großzügige Renten. Die linken Spanienkämpfer*innen waren dagegen des Kommunismus verdächtig und wurden ausgegrenzt.

Erst mit der Außerparlamentarischen Opposition und der Regierung Willy Brandts in den 1960er Jahren änderte sich das gesellschaftliche Klima auch in Bezug auf den Spanischen Bürgerkrieg allmählich.

Die DDR pries den Heldenmut und den proletarischen Internationalismus der Interbrigadist*innen. Straßen, Armeeeinheiten und Schulen trugen den Namen des in Madrid gefallenen Kommunisten Hans Beimler. Die soziale Revolution wurde hingegen totgeschwiegen.

In der spanischen Gesellschaft wirkt der Konflikt bis heute ähnlich stark nach, wie die Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland. Der Ausgang des Bürgerkriegs spaltete das Land in Sieger*innen und Besiegte und hatte die jahrzehntelange Franco-Diktatur (1939-1975) zur Folge.

Die Franquist*innen ermordeten bis zu 200.000 ihrer Gegner*innen. Viele dieser Opfer wurden zu »Verschwundenen«: Die Täter*innen verscharrten sie in Straßengräben im ganzen Land. Dort liegen die Überreste meist heute noch. Denn während der Transición (1975-1982), dem Übergang von der Diktatur zur Demokratie, einigte man sich darauf, die blutige Vergangenheit ruhen zu lassen.

Doch die Opferfamilien können nicht einfach vergessen. Und so hat ab der Jahrtausendwende eine linke Erinnerungsbewegung das Thema gegen erhebliche gesellschaftliche Widerstände auf die politische Tagesordnung Spaniens gesetzt. Zahlreiche Initiativen suchen und exhumieren die »Verschwundenen«.

Die Konservativen wenden dagegen ein, so würden unnötigerweise alte Wunden aufgerissen. Doch in Wahrheit konnten die Wunden der linken Opferfamilien nie heilen. Während in der Zeit der Diktatur die siegreichen Angehörigen der Opfer politischer Gewalt in der damaligen republikanischen Bürgerkriegszone alle nur erdenkliche Aufmerksamkeit erhielten, wurde die republikanische Seite zum Schweigen verdammt.

Zum Weiterlesen: https://www.rosalux.de/publikation/id/8719/80-jahre-danach-der-spanische-buergerkrieg-1936-1939/

#Archive

Gedächtnis für eine Bewegung

Seit Jahrzehnten sammeln antifaschistische Archive in der Bundesrepublik alles über, gegen und von der extremen Rechten – oft leise und unspektakulär im Hintergrund, aber nichtsdestotrotz mit gewaltigem Output. Durch die größtenteils ehrenamtlich geleistete Arbeit ist ein riesiger Wissensschatz entstanden, der Grundlage für antifaschistische, journalistische und wissenschaftliche Analysen zum Thema ist. Sven Kames sprach für der rechte rand mit Engagierten aus Berlin, Bielefeld, Göttingen und München über die Entstehung, die Gegenwart und die Zukunft antifaschistischer Archive.

drr: Bitte erzählt von eurer Arbeit bei der Antifaschistischen Informations-, Dokumentations- und Archivstelle (a.i.d.a.) in München. Wie kam es zu eurer Gründung? Was macht ein antifaschistisches Archiv aus? Und braucht es solche Archive eigentlich heutzutage noch, wo doch so viele Informationen jederzeit abrufbar im Internet stehen?

Marcus Buschmüller: In der antifaschistischen Arbeit im München der 1980er Jahre hatten sich Papierberge mit Materialien angesammelt, die nach ihrer direkten Verwertung kaum jemand mehr angefasst hat. Wir wollten dieses Material langfristig sichern und der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen, weil wir wussten, dass es einen hohen Wert hat. Um das zu bewerkstelligen, haben wir im Jahr 1990 eine klassische, deutsche Form der Organisierung gewählt und einen Verein gegründet. Wir sammeln, wir bereiten auf, wir bieten an, was aus der extremen Rechten geäußert wird. Jenseits der jüngeren digitalen Praktiken leisten wir klassische Archivarbeit mit dem Medium Papier im Zentrum. Bei uns kann man recherchieren, kramen, sich einen Überblick verschaffen. Für die Auseinandersetzung zum Thema ist es wichtig zu wissen, wie die extreme Rechte in früheren Jahrzehnten agiert hat. Denn nicht alles, was jetzt als sensationelle Neuheit Schlagzeilen macht, ist wirklich neu. Bei uns wird das nachvollziehbar.

Robert Andreasch: Ein Punkt, der uns von Bibliotheken und von staatlichen Archiven unterscheidet, ist unsere Spezialisierung. Wir haben die Bücher zum Thema geballt gesammelt, auch die graue Literatur sowie Broschüren. Und die Primärmaterialien, die wir anbieten können, die ganze extrem rechte Publizistik, sind in anderen Einrichtungen schlichtweg nicht vorhanden. Ganz zu schweigen von kleinteiligen und flüchtigen Erzeugnissen wie Flugblättern oder Plakaten.

Nora Wolf: Es stimmt schlicht nicht, dass alles im Internet steht. Und was da zu finden ist, beruht ja zu nicht geringen Teilen auf unserer Vorarbeit. In den Auseinandersetzungen zum NSU wurde deutlich sichtbar, wie wichtig die Aufbewahrung und die Aufbereitung von Materialien zur extremen Rechten sind. In den verschiedenen antifaschistischen Archiven gab es jede Menge Wissen zu den Neonazis des NSU und zu ihrem Umfeld. Wir konnten Hintergründe aufzeigen und Zusammenhänge verifizieren. Auf Facebook zu schauen, was die Rechten schreiben, hat seinen Wert, aber das kann ein Quellenstudium und ein Wissen um relevante Akteur*innen nicht ersetzen. Wir helfen auch, Rechtssicherheit für die journalistische Arbeit herzustellen. Mit soliden Belegen aus Primärquellen lassen sich Aussagen über einzelne extreme Rechte handfest nachweisen, im Zweifelsfall dann auch gerichtsfest.

Das Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum (Apabiz) ist vermutlich das bekannteste solcher Archive in der Bundesrepublik. Wo liegen eure Wurzeln und wie hat sich eure Arbeit entwickelt?

Patrick Schwarz: Wir hatten anfangs, zu Beginn der 1990er Jahre, einen starken Fokus auf Berlin und auf das Land Brandenburg und die Vernetzung der dortigen rechten Strukturen. Sonst ähnelt unsere Geschichte der Münchener. Von der Konzentration auf militante Neonazis in der Region haben sich unsere Arbeit und unsere Sammelschwerpunkte erweitert, auch dank Materialsammlungen, die uns antifaschistische Gruppen und engagierte Einzelpersonen überlassen haben. Die »Braunzone«, der Rechtskonservatismus, Projekte wie die »Junge Freiheit« haben uns beschäftigt und wir haben dazu Expertise entwickelt und in die Öffentlichkeit gebracht. Die Bildungsarbeit hat sich zudem zu einem unserer Schwerpunkte entwickelt. Bildungsangebote gegen Rechts gab es in den 1990er Jahren noch viel weniger als heute. Wir haben verschiedene Vorträge entwickelt und gehalten, die auf unserer Expertise fußten. Wir haben gemerkt: Da ist ein Bedarf, wir haben etwas beizutragen und haben so auch Selbstbewusstsein entwickeln können. Das war ein Prozess, der sich über Jahrzehnte erstreckt hat: von kleinen lokalen Recherchen zur jetzigen ausdifferenzierten Sammlung und dem Bildungsbereich.

Das Antifaschistische Bildungszentrum und Archiv Göttingen (ABAG) ist im Vergleich viel jünger.

Micky Caulfield: Wir haben uns 2018 als Verein gegründet. Aber auch unser Bestand umfasst einen viel weiter zurückreichenden Zeitraum. Der Grundstock unserer Sammlung kam von Privatpersonen, die uns große Mengen ihrer Materialien überließen. Wir wollen diesen Bestand für die Zukunft sichern, um die Kontinuitäten der extrem Rechten und der antifaschistischen Kämpfe dagegen sichtbar zu machen. Unser Schwerpunkt liegt auf der Region Südniedersachsen, wobei wir sowohl rechte Primärquellen als auch Literatur über die überregionale extreme Rechte sammeln. In Göttingen und Umland gab es immer eine gut vernetzte extrem rechte Szene, deren Wirken auch fruchtbare Konsequenzen in der Region nach sich zog. Das zeigen wir auf. Und wir dokumentieren das aktuelle Geschehen, indem wir eine Chronologie über extrem rechte Vorfälle führen und so Zahlen und Analysen für Interessierte zur Verfügung stellen.

Wie entstand das Archiv in Bielefeld beim Verein Argumente und Kultur gegen rechts?

Jan Raabe: Etwas anders, weil wir uns weniger auf lokale Verhältnisse bezogen haben. Wir haben bei Argumente und Kultur seit 1993 zu bestimmten Themenfeldern gearbeitet, etwa zu rechten Jugendkulturen, zu Vertriebenen, zum Neuheidentum oder zu Burschenschaften. Dabei haben wir uns immer sehr stark auf Primärquellen gestützt, weil wir das für wichtig halten. So haben wir Materialien zu bestimmten Themenfeldern gesammelt, systematisiert und in einem Archiv zusammengefasst. Was wir so herangeschafft haben, ist in unserem Verständnis nicht unser Privatbesitz, sondern politisches Material, das einer antifaschistischen Expertise zur Verfügung zu stehen hat.

Wie geht ihr als Papierarchive mit der Herausforderung um, dass die extreme Rechte heute so stark in digitalen Kanälen kommuniziert?

Robert Andreasch: Tagesaktuell fällt natürlich sehr viel mehr Material an. Es wird jeden einzelnen Tag unglaublich viel gepostet. Das zu handhaben, hat eine technische Dimension: Wie können wir das sinnvoll und datenschutzkonform aufbewahren? Auch Webseiten und Accounts verschwinden ja. Es gibt damit verknüpft aber auch eine analytische Ebene: Früher war es überschaubarer, was die extreme Rechte publiziert hat. Wir sind jetzt nicht nur gefragt, Methoden zu entwickeln, um das alles zu sichern, sondern auch, einen Überblick zu behalten und das Relevante vom weniger Relevanten zu unterscheiden. Warum die aktuelle Dokumentation wichtig ist, ist klar: Zigtausende gehen zurzeit bei rechten Aktionen auf die Straße, Hunderttausende äußern sich in der Öffentlichkeit des Internets entsprechend. Wer weiß, ob die Szene wieder untergründiger wird oder sich politisch umstellt. Was jetzt geäußert wird, müssen wir dringend dokumentieren, denn dieses Material wird später einmal gebraucht werden.

Marcus Buschmüller: Und die klassischen Zeitschriften gibt es weiterhin und auch die müssen wir besorgen und in die Sammlung einbringen. Die neuen Straßenproteste zu beobachten darf auch nicht vernachlässigt werden. In Bayern gab es seit 2020 an die 3.000 Coronaproteste, von denen viele unter extrem rechtem Einfluss standen. Der Umfang der Arbeit, die wir zu leisten haben, ist also explodiert – bei tendenziell gleichbleibend geringen Ressourcen, die uns zur Verfügung stehen. Eine Lösung für die Herausforderungen der Digitalisierung zu finden, steht durchaus noch aus.

Logo der 1932 von der KPD gegründeten Antifaschistischen Aktion, gestaltet von dem Bauhaus-Grafiker Max Gebhard

Was sind das eigentlich für Leute, die euer Archiv nutzen?

Patrick Schwarz: Anfangs hatten wir fast nur antifaschistische Initiativen, Parteijugendorganisationen, Gewerkschaften oder Einzelpersonen als Nutzer*innen. Diese spielen auch weiterhin eine wichtige Rolle. Aber die Bandbreite ist um Wissenschaft und Journalismus erweitert worden. Das ist hocherfreulich, bringt aber auch Herausforderungen mit sich. Wir waren im Umgang mit der Presse anfangs vorsichtig und mussten einen Weg finden, wie wir jenseits der politischen Projekte unser Material zu fairen Bedingungen zur Verfügung stellen können. Presseleute fragen bei uns manchmal mit der Erwartung an, blitzschnell hochbrisante und exklusive Informationen zugesteckt zu bekommen. Wir arbeiten professionell, aber eben auch ehrenamtlich – und wir müssen auch unsere Kosten reinbekommen. Darauf müssen wir immer wieder hinweisen. Aus der Wissenschaft stammt derzeit inzwischen die Mehrheit unserer Anfragen. Das reicht von Studierenden, die eine Hausarbeit schreiben wollen, bis zur Recherche für die Promotion. Diejenigen, die wissenschaftlich zum Thema arbeiten und das solide quellenbasiert tun wollen, wissen, dass es bei uns Material gibt, das woanders nicht vorliegt. Auch hier ist Digitalisierung übrigens eine Herausforderung: Nicht wenige schreiben eine Mail und wollen, dass wir dieses oder jenes mal schnell scannen und verschicken. Das geht selbstverständlich nicht, schon aus urheberrechtlichen Gründen. Das gewachsene Interesse ist toll, wir bekommen mit, woran die Wissenschaft arbeitet und manche überlassen uns Materialien für unsere Sammlung. Aber es ist für uns immer auch ein Spagat. Wir fühlen uns der antifaschistischen Bewegung weiter verbunden und wollen auch deren Arbeit dokumentieren. Und wir sehen eine unserer Aufgaben in der Unterstützung von politischen Initiativen. Wir leisten es uns aber auch, auf das hinzuweisen, was wir selbst thematisch für wichtig halten – etwa auf die Recherchen, die wir zu Antifeminismus und Lebensschutzbewegung angestellt haben.

Was sind eure Erfolge? Gibt es Momente, wo ihr direkt sehen könnt: Oh ja, unsere Arbeit lohnt sich.

Jan Raabe: Wir geben in erster Linie die Möglichkeit, antifaschistische Analysen zu vertiefen und zu verbessern. Unser Material erlaubt es, längere Zusammenhänge herauszuarbeiten, also den Wandel in der extremen Rechten sichtbar zu machen. Und auch ein Gedächtnis für die antifaschistische Bewegung zu sein: Welche antifaschistischen Kampagnen waren erfolgreich, welche Bedingungen müssen erfüllt sein für eine sinnvolle Intervention. Unsere eigentlichen Erfolge liegen in dieser langfristigen Arbeit, die kaum auf einzelne Momente reduziert werden kann. Aber dennoch: Wir haben große Projekte begleitet, zu wichtigen Büchern beigetragen – das sind tolle Ergebnisse. Die Auseinandersetzungen zum RechtsRock haben wir so beispielsweise zum richtigen Zeitpunkt auf die richtige Art gefördert. Wenn unsere Informationen durchdringen, dann hat das direkte Wirkungen. In der Öffentlichkeit wurde auf der Grundlage von unserem Archivbestand beispielsweise bekannt, dass ein Tonstudiobetreiber ein Neonazi ist. Ihm sind daraufhin Aufträge von Menschen weggebrochen, die eben nicht mit einem militanten Rassisten zusammenarbeiten wollen. Wichtig war für uns auch, dass wir für die Nebenklage im NSU-Verfahren einiges beitragen konnten.

Micky Caulfield: Die Archivarbeit ist sehr intensiv, aber ich kann deutlich sagen: Es lohnt sich! Wir konnten kürzlich eine Broschüre zur extremen Rechten in Südniedersachsen erstellen, die dann auf großes Interesse gestoßen ist. Das macht dann richtig Spaß. Wir unterstützen gerne Journalist*innen, Studierende und andere Interessierte bei ihren Recherchen im Archiv. Bildungsangebote wie Vorträge oder Workshops über die extreme Rechte anzubieten, ist für uns unverzichtbar. So versuchen wir auf ihre Aktivitäten aufmerksam zu machen und eine breite Öffentlichkeit zu informieren.

Marcus Buschmüller: Mich hat sehr gefreut, dass wir zu tollen Ausstellungen beitragen konnten. So steuerten wir Exponate und Expertise bei zur Münchener Ausstellung »Angezettelt. Antisemitische und rassistische Aufkleber von 1880 bis heute« und zu »Krieg.Macht. Sinn. Krieg und Gewalt in der europäischen Erinnerung« des Ruhr-Museums in Essen. Bei solchen Gelegenheiten wird es noch einmal ganz greifbar: Es hat Sinn, den ganzen Kram aufzuheben. Aber ich will noch einmal auf die Voraussetzungen unserer Arbeit hinweisen: Wir arbeiten bei uns in München mit einer leider nur kleinen antifaschistischen Bewegung im Hintergrund. Unser Personalstamm ist gleichbleibend überschaubar, bei wachsenden Anforderungen. Im Kern leisten wir die Arbeit ehrenamtlich, wir sind auf Spenden und Beiträge von Fördermitgliedern angewiesen. Nicht zu vergessen ist, dass wir politischen Gegenwind erfahren: Vor einiger Zeit hatten wir uns insgesamt drei Jahre lang in einem Rechtsstreit mit dem bayerischen Innenministerium zu beschäftigen, weil gegen uns Linksextremismusvorwürfe vorgebracht wurden. Das ist ausgestanden, wir erfuhren auch viel Solidarität. Es raubte uns aber doch Kräfte.

Patrick Schwarz: Wir sind da in Berlin vergleichsweise privilegiert. Über eine Landesförderung haben wir für manche Aspekte unserer Arbeit wie Vernetzung und Dokumentationstätigkeit eine Finanzierung. Die Grundlage für diese Projekte aber, unser eigentliches Archiv, steht weiterhin auf ehrenamtlicher Basis. Wir brauchen nicht nur Geld, sondern auch neue Leute, um mit den Herausforderungen der Gegenwart Schritt zu halten. Es geht dabei nicht ausschließlich um den Arbeitsumfang, sondern auch um die Zusammensetzung unseres Teams. Wir sind in der Mehrheit männlich, weiß und deutsch. Zu wichtigen Entwicklungen – etwa den »Grauen Wölfen« aus der Türkei, die ja auch in Berlin tätig sind – haben wir kaum Wissen und keinen Zugang. Wir müssen uns also auch in dieser Hinsicht weiterentwickeln.

Vielen Dank für das Gespräch!

Die antifaschistischen Archive können durch die Zusendung von Materialien aus der, über die und gegen die extreme Rechte unterstützt werden. Zur Absicherung des Betriebes freuen sie sich über Spenden und Fördermitgliedschaften. Informationen sind auf den jeweiligen Internetseiten zu finden: www.apabiz.de (Berlin), www.argumente-und-kultur.org (Bielefeld), www.antifaschistisches-archiv.org (Göttingen), www.aida-archiv.de (München). Unter https://bibliothek.antifa-archiv.org steht ein Bibliotheks-Verbundkatalog zur Verfügung, in dem ein Ausschnitt der Bestände der hier befragten und weiterer antifaschistischer Archive eingesehen werden können.


ANTIFASCHISTISCHE
AKTION
Her
zu uns

#Opposition

Jugendkulturen im Nationalsozialismus

von Sascha Lange

Wenn heute über Jugendopposition oder gar jugendlichen Widerstand gegen den Nationalsozialismus (NS) in Deutschland gesprochen wird, so werden meistens die Weiße Rose genannt und, mit einigem Abstand, die Edelweißpiraten oder die Swingjugend. Das Aufbegehren von Jugendlichen war jedoch wesentlich vielfältiger. Überall in Deutschland gab es während der NS-Zeit Cliquen, die sich dem Regime verweigerten und stattdessen ihre Subkulturen pflegten: mit eigenem Dresscode, eigenen Liedern und eigener Freizeitgestaltung. Dafür scheuten sie auch nicht die direkte Konfrontation mit der »Hitlerjugend« (HJ) und drängten deren Einfluss stellenweise sogar aus ihren Wohnvierteln zurück.
Die Jugendcliquen lassen sich mit dem 1990 verstorbenen Historiker Detlev Peukert einordnen. Er entwickelte eine idealtypische Pyramide von »Nonkonformität«, über »Opposition« bis zur schmalen Spitze des eigentlichen Widerstands. Darunter verstand er im engeren Sinne politisch bewusste Verhaltensformen, die sich fundamental gegen das NS-System richten – egal ob durch Diskussionskreise, Flugblätter oder militante Anschläge. Grundbedingung dafür ist ein politisches Bewusstsein der Handlungen. Die meisten Aktivitäten der im Folgenden beschriebenen informellen Jugendgruppen sind in erster Linie der »Nonkonformität« und »Opposition« zuzuordnen, mit fließenden Übergängen in partiellen Widerstand.

Jugend in Deutschland ab 1933

Die Weimarer Republik hatte in Deutschland eine vielfältige Jugendgruppenlandschaft entstehen lassen, welche die Nationalsozialisten nach ihrer »Machtergreifung« innerhalb weniger Monate zerschlugen. Spätestens seit der Ernennung von Adolf Hitler zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 proklamierte die HJ offensiv den Führungsanspruch über die gesamte deutsche Jugend. Innerhalb weniger Monate wurden alle übrigen Gruppen verboten oder zwangsaufgelöst und die evangelischen Verbände in die neue Staatsjugend eingegliedert. Einzig die katholischen Jugendverbände behielten bis 1936 noch eine relative Eigenständigkeit. Die Mitgliederzahlen der HJ und ihrer Unterorganisationen hatten sich bis Ende 1933 auf mehr als zwei Millionen vervielfacht. Dennoch war die große Mehrheit der Jugend noch kein Mitglied. Diese musste die HJ umwerben, zum Eintritt nötigen oder zumindest einschüchtern. Ab Juli 1934 überwachte ihr Streifendienst Jugendliche in der Öffentlichkeit, was besonders unter den Nicht-HJ-Mitgliedern als Schikane empfunden wurde.

Meuten, Stenze, Edelweißpiraten – wilde Cliquen ab 1935

Die linken Jugendverbände waren im Frühjahr 1933 verboten worden. Und auch wenn sich nur wenige an illegalen Fortführungen beteiligten, änderten die übrigen Mitglieder nicht über Nacht ihre politische Einstellung. Auch viele Arbeiter*innenjugendliche blieben gegen die Werbung der HJ immun. Die meisten konnten sich keine weiterführenden Schulen leisten und begannen nach der 8. Klasse eine Lehrausbildung. Als Lehrlinge der Erwachsenenwelt schon viel näher als gleichaltrige Oberschüler*innen, entkamen sie der Kontrolle durch die HJ an der Schule. Sie suchten sich eigene, autonome Freizeitmöglichkeiten und Freundeskreise. Während die HJ nur zweimal wöchentlich für mehrere Stunden ein organisiertes Angebot machte, plus einige Aufmärsche und Zeltlager pro Jahr, kamen die zwanglosen Cliquen im eigenen Wohnviertel täglich zusammen, boten eine soziale Heimat und taten das, worauf sie Lust hatten.
Auf der Suche nach neuen Freizeitgestaltungen stießen auch unzufriedene HJ-Mitglieder auf diese Cliquen. Die übten nicht allein aufgrund ihrer Autonomie eine große Anziehungskraft aus, auch die Tatsache, dass sich Jungen und Mädchen gemeinsam trafen, war für pubertierende Jugendliche attraktiv. Fahrten aufs Land ermöglichten ein Zusammensein ohne Kontrolle durch Erwachsene.
Das auffälligste Merkmal der Cliquen war die regional unterschiedlich ausgeprägte, aber in ihren wesentlichen Teilen ähnliche »Gleichtracht«, die aus zeitgenössischer sportlicher Wanderkleidung bestand: kurze Lederhosen oder Trachtenkleider, karierte oder einfarbige Hemden und Wanderschuhe. Diese »Kluft« unterschied die Arbeiter*innenjugendlichen nicht nur von der Staatsjugend, sondern auch von der Erwachsenenwelt. Sie wurde neben Liedern, Abzeichen und Grußformeln zu einem kulturellen Bestandteil der Gruppen und zum öffentlich sichtbaren Bekenntnis der eigenen Meinung und der Gruppenzugehörigkeit. Bekannt wurden diese Cliquen regional durch verschiedenste Selbst- und Fremdbezeichnungen wie Kittelbachpiraten, Navajos, Leipziger Meuten, Dresdner Mobs, Clubs, Münchner Blasen, Stenze, Edelweißpiraten …
In den Cliquen herrschte eine grundlegend ablehnende Haltung gegenüber der HJ und ihrem schikanierenden Streifendienst. Während dem linken Arbeiter*innenmilieu bereits vor 1933 eine antifaschistische Grundhaltung immanent war, entwickelten andere Jugendliche ihre Ablehnung durch den unattraktiven HJ-Dienst oder die Schikanen der Hitlerjungen ab Mitte der 1930er Jahre.
Der Druck, den HJ und andere NS-Institutionen deswegen ausübten, band die Jugendlichen nur noch stärker an die eigene Clique. So behaupteten sie auch ihr eigenes Wohnviertel gegen die HJ auf der Straße, teilweise in körperlichen Auseinandersetzungen. Mancherorts wurden gegen die HJ gerichtete Streuzettel hergestellt oder Parolen an Häuserwände geschrieben.



Ausstellung in Hamburg/Fuhlsbüttel über den Teil des Knasts der im Nationalsozialismus auch als Außenlager des KZ Neuengamme diente

Swing in Deutschland ab 1936

Ab Mitte der 1930er Jahre entstand eine weitere oppositionelle Jugendkultur: die Swingjugend. Sie entstammte zunächst vornehmlich dem Bürger*innentum, obgleich zu Beginn der 1940er Jahre auch zunehmend Arbeiter*innenjugendliche zur Swingjugend stießen. Bis Kriegsbeginn 1939 waren amerikanische und britische Kultureinflüsse weiterhin nach Deutschland gelangt. Es gab ausländische Jazzschallplatten zu kaufen, amerikanische Filme liefen in den Kinos und Rundfunksender spielten Jazzmusik. Natürlich versuchte das NS-Regime, Musik »nichtarischer« Künstler*innen zu verbieten. Doch die »Schwarzen Listen« hinkten den Neuerscheinungen beständig monatelang hinterher. Ab Mitte der 1930er Jahre wurde der sich zum Swing weiterentwickelte Jazz als Tanzmusik gefälliger und somit noch populärer. Der amerikanische Musikfilm »Broadway Melodie«, der 1936 in die deutschen Kinos kam, bot reichlich Swingmusik und amerikanischen Lifestyle und sprach vor allem junge Menschen an.

Swing vermittelte ein neues Lebensgefühl – modern, hedonistisch und ein wenig elitär. Es gab nichts Aktuelleres, auch nicht auf der Tanzfläche, wo man ausflippen wollte. Kein Verharren in vergangenen Zeiten, keine alten Volkslieder und Volkstänze, nur Leben im Hier und Jetzt.

Swing war Musik, Tanz und Kleidung, und stellte so die weltweit erste moderne Jugendkultur dar. Die Großstadt wurde zur individuellen Erlebniswelt. Kinobesuche, Tanzveranstaltungen und Privatpartys wurden zum bestimmenden Freizeitfaktor. Das Outfit, mit dem sich die Swingjugend optisch von der Erwachsenenwelt, der »Hitlerjugend« und anderen Subkulturen wie den Arbeiter*innenjugendlichen in Wanderkluft abgrenzte, war den männlichen und weiblichen Filmstars aus Amerika, aber auch aus Deutschland, sowie den Swingmusikern nachempfunden. In ihren Sprachgebrauch übernahmen sie eine Reihe von Anglizismen. Ähnlich dem »Hot-Koffer«, der die »Hot«-Musik spielte, traf man sich zu privaten »Hot«-Festen. Für die Hamburger*innen ist als Gruß »Swing Heil« überliefert, eine Adaption des amerikanischen Songs »Swing High« von Tommy Dorsey und eine Verhohnepipelung des »Sieg Heil«-Rufes.

Mit einem Koffergrammophon zu Hause oder in einem Freibad zusammen mit Freund*innen Swingmusik zu hören war ein Stück Freiheit – ohne damit gleich eine politische Aussage zu verbinden. Die Zeit rannte davon. Männliche Jugendliche wussten, dass sie spätestens mit 18 Jahren zur Wehrmacht eingezogen werden würden. Auch wenn die NS-Propaganda den Kriegsdienst als Heldentat für Deutschland schönredete, hatten doch nicht Wenige von älteren Brüdern oder Vätern weitaus weniger romantische Kriegserlebnisse gehört. Viele Jugendliche wollten in der verbleibenden Zeit bis zur Einberufung das Leben in vollen Zügen genießen, sich verlieben, feiern und tanzen. Und Swingmusik war zugleich der Soundtrack für Jugendcliquen, die aus den unterschiedlichsten Gründen dem NS-Regime und der »Hitlerjugend« reserviert bis ablehnend gegenüberstanden. Sie bot einen kulturellen Gegenentwurf zur Staatsjugend und zu dem, was die Nationalsozialist*innen als Musik, als »deutsche Kultur«, verstanden. Nichts war weiter von den HJ-Marschübungen entfernt.

Verfolgung der Jugendgruppen

Arbeiter*innenjugendcliquen und Swingjugendliche waren ab Mitte der 1930er Jahre in nahezu allen deutschen Städten in der Öffentlichkeit sichtbar und kollidierten mit dem Alleinvertretungsanspruch der HJ. Die Gruppen wurden regional äußerst unterschiedlich bekämpft. In den meisten Fällen war es der HJ-Streifendienst, der seine Beobachtungen zunächst an die örtliche Polizei beziehungsweise an die Gestapo meldete, die dann gegen diese Cliquen vorgingen. Neben Verhaftungen und Verhören gab es Zwangseinweisungen in Arbeitslager, in mehreren Fällen auch KZ-Haft. Gegen die Leipziger Meuten sind Ende der 1930er Jahre mehrere Prozesse mit bis zu 100 Verurteilungen bekannt, teilweise sogar vor dem Volksgerichtshof, wegen »Vorbereitung zum Hochverrat«. Immer wieder schalteten sich auch höchste Ämter ein. So ordnete beispielsweise der Reichsführer der SS, Heinrich Himmler, persönlich für Hamburger Swingjugendliche KZ-Haft an.

All diese Maßnahmen konnten zwar einzelne Cliquen zerschlagen, führten aber nicht zu einer umfassenden Disziplinierung. Bis zum Kriegsende 1945 gab es quer durch Deutschland tausende und abertausende Jugendliche, die aus den unterschiedlichsten Motiven heraus die HJ und somit auch den NS ablehnten, weil ihnen ihre eigene Clique und ihre eigene Jugendkultur wichtiger war. Auch wenn die meisten ihrer Handlungen nicht als Widerstand im engeren Sinne eingeordnet werden können, so zeigen sie doch deutlich, dass selbst junge Menschen unter den Bedingungen des Nationalsozialismus in der Lage waren, sich eine eigene Meinung zu bilden und daraus eine reservierte bis ablehnende Haltung gegenüber dem NS-Regime oder zumindest einzelnen Institutionen zu entwickeln.

#HildegardLoewy

Eine junge Frau im Widerstand

Auf dem Jüdischen Friedhof Berlin-Weißensee steht ein Grabstein für Herbert Baum. Neben seinem Namen stehen auf der Rückseite 27 Namen von jungen Frauen und Männern, die zur Herbert-Baum-Gruppe gehörten und ermordet wurden – einer der größten jüdischen Widerstandsgruppen in Deutschland.

von Ursula Landtwing

Die Herbert-Baum-Gruppe bestand aus mehreren Freundeskreisen, die dem Kommunismus nahestanden, und wurde vor allem bekannt durch einen Brandanschlag auf die NS-Propagandaausstellung »Das Sowjetparadies« im Berliner Lustgarten am 18. Mai 1942. Hinter jedem dieser 27 Namen verbirgt sich eine eigene Geschichte und ein eigenes Schicksal, zusammengeführt durch ihre jüdische Herkunft und ihren Widerstand gegen das Regime des Nationalsozialismus (NS). Eine Geschichte und ein Schicksal unter diesen 27 ist die von Hildegard, genannt Hilde, Loewy. Ihr Schulkamerad, der spätere Historiker Ernst Ludwig Ehrlich (*1921 – †2007), beschrieb sie in einem Gespräch als zielstrebige, intelligente und starke junge Frau.

Kindheit, Schulzeit, Novemberpogrom

Geboren am 4. August 1922 wuchs Hilde mit ihrer zwei Jahre jüngeren Schwester Eva im Bayrischen Viertel in Berlin auf. Ihr Vater Erich Loewy sprach mehrere Sprachen und arbeitete als Korrespondent für unterschiedliche Firmen, die Mutter Käte war gelernte Buchhalterin und Hausfrau. 1928 wurde Hilde eingeschult. Erst besuchte sie für vier Jahre die Volksschule, dann wechselte sie zur städtischen Studienanstalt und kam anschließend auf die jüdische Mittelschule, die sie bis zur Schließung 1938 besuchte. Auch wenn der Vater dank seiner zahlreichen Auslandskontakte durch seine Arbeit die Möglichkeit gehabt hätte, das Land zu verlassen, wollten die Eltern nach der »Machtergreifung« der Nationalsozialisten bleiben. Er sah keine ernsthafte Gefahr für sich, da er als ehemaliger jüdischer Frontsoldat sicher war, sein »Vaterland« werde ihm nichts tun. Am 9. November 1938 musste ihn seine Frau unter heftigem Widerstand dazu bringen, die Familie über Nacht zu verlassen und sich in Sicherheit zu bringen. Er tauchte bei der Großmutter unter. Da sie in einem männerlosen Haushalt lebte, war er dort vorerst sicher. Nach dem Novemberpogrom verlor er seine Anstellung und musste Zwangsarbeit leisten für einen Lohn, mit dem er die Familie nur knapp ernähren konnte.

Zerplatzte Zukunftsträume

Hilde und Eva waren bereits seit Mitte der 1930er Jahre Mitglieder beim zionistischen Jugendverband Haschomer Hazair (Der junge Wächter), wo auf die Pionierarbeit in Palästina hingearbeitet wurde. Eva konnte 1938 und 1939 ins Hachschara-Lager Gut Winkel gehen, um sich auf die Auswanderung nach Palästina vorzubereiten. Im Dezember 1939 verließ die jüngere Schwester das Deutsche Reich, kam nach Dänemark und später nach Palästina. Hilde selbst war 1938 in einer von Ellen Schwarz geführten Mädchengruppe, die sich daran erinnerte, dass Hilde in Jerusalem Medizin studieren wollte. Aus ihren Auswanderungsplänen wurde jedoch nichts. Sie hatte als Kind einen schweren Unfall mit einer Straßenbahn und verlor dabei ihren rechten Unterarm – seit dieser Zeit trug sie eine Armprothese. Die Organisation Jugend-Alijah, die jüdischen Kindern und Jugendlichen zur Flucht aus dem Deutschen Reich nach Palästina verhalf, verweigerte ihr die Aufnahme in das Programm. Die Leiterin der Jugend-Alijah, Recha Freya, versuchte zwar trotz des jungen Alters von Hilde, ihr einen Platz in einer Arbeiter*innen-Siedlung zu besorgen, doch der zuständige begutachtende Arzt erteilte ihr keine Bestätigung für die Auswanderung aufgrund ihrer körperlichen Beeinträchtigung. Hinzu kam, dass ihre Eltern nicht oder nicht mehr wohlhabend genug waren, auch ihrer zweiten Tochter eine Auswanderung zu finanzieren.

Nach dem Novemberpogrom wurden alle jüdischen Jugendverbände verboten. Ebenso wurde die Mittelschule, die Hilde besuchte, geschlossen, weshalb sie im Frühling 1939 auf das letzte jüdische Gymnasium in Berlin wechselte, an der Wilsnacker Straße, das noch unterrichten durfte. In ihrer Abiturklasse war sie die einzige Schülerin unter zehn Schülern. Hier lernte sie ihren Freund Georg Israel (*1921 – †1943) kennen. Im Frühling 1940 standen die Abiturprüfungen an, die sie als Beste ihrer Klasse bestand. Ernst Ludwig Ehrlich erinnerte sich, dass sie in allen Fächern gleich gut war und dass ihr das relativ spielend gelang. Ihre Schwester, die 1940 noch in Dänemark lebte, versuchte weiterhin vergeblich, Hilde einen Platz für die Auswanderung zu beschaffen. Dies scheiterte erneut, da am 9. April 1940 die deutsche Wehrmacht Dänemark besetzte und Eva das Land Richtung Palästina verlassen musste.



Der neue Freundeskreis

Im Juli 1940 begann Hilde eine Ausbildung als Dekorateurin an der privaten jüdischen Schule für Gebrauchsgrafik und Dekoration. Wieder konnte sie ihren Berufstraum nicht weiterverfolgen, da die Schule am 22. April 1941 auf Anordnung der »Geheimen Staatspolizei« (Gestapo) ihren Betrieb einstellen musste. So stand sie ohne Berufsausbildung da und musste sich eine neue Tätigkeit suchen: Sie begann ehrenamtlich bei der Jüdischen Kultusvereinigung zu Berlin e.V. als Bürohilfskraft, bis sie dann am 13. Juli 1942 eine Stelle als Büroangestellte beim Kohlehändler Wolfgang Schulz an der Kulmbacherstraße 5 in Berlin antrat. Im Frühling 1941, bei einem Besuch ihres Bekannten Lothar Salinger (*1919 – †1943) in der Wohnung seiner Eltern in den Dritten Hackeschen Höfen, lernte sie Heinz Joachim (*1919 – †1942) kennen, einen ehemaligen Musikstudenten, der Jazzmusiker werden wollte und nun als Transportarbeiter in der »Judenabteilung« von Siemens Zwangsarbeit leisten musste. Er erzählte ihr von Schulungsabenden, die er in seinem Freundeskreis leitete und lud sie ein. So kam Hilde Loewy in die Gruppe um Heinz Joachim. Sie nahm regelmäßig an den Treffen teil, die in unterschiedlichen Wohnungen stattfanden und für die Hilde hin und wieder auch ihre eigene Wohnung zur Verfügung stellte. Neben dem gemeinsamen Musikhören fanden an diesen Abenden vor allem politische Schulungen statt, bei denen Vorträge gehalten oder aus verbotener kommunistischer Literatur vorgelesen wurde, wie das »Kommunistische Manifest« von Karl Marx oder »Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates« von Friedrich Engels. Hilde wollte neben den politischen Diskussionen und Vorträgen auch allgemeine wissenschaftliche Themen behandeln, was von der Gruppe aber verworfen wurde. Das Interesse des Freundeskreises lag mehr bei der politischen Diskussion. Neben der Beschäftigung mit kommunistischen Schriften waren die Maßnahmen gegen die jüdische Bevölkerung Thema. Zusätzlich zu dem Bildungsaspekt waren diese Zusammenkünfte ein wichtiger sozialer Punkt. Hilde Loewy kannte die enge Verbundenheit aus ihrer Zeit beim zionistischen Jugendverband, nach dessen Verbot 1938 sie wieder die Gemeinschaft mit Gleichaltrigen suchte. In der Gruppe um Heinz Joachim fand sie diese.

Von der fließenden Bewegung zum organisierten Widerstand

Mitte 1941 veränderte sich die Gruppe. Bis dahin waren der private Freundeskreis und die Widerstandsbewegung keine strukturierte Gruppe, vielmehr eine fließende Bewegung. Das änderte sich, als Heinz bei der Arbeit Herbert Baum kennenlernte. Herbert und seine Frau Marianne kamen aus dem kommunistischen Jugendverband und hatten bereits Erfahrungen im Widerstand gegen das NS-Regime gesammelt. Seit der Machtübernahme der Nazis hatte Herbert Baum zusammen mit seiner Frau und Freund*innen jüdische Jugendliche organisiert. Die beiden Gruppen schlossen sich zusammen. Diese Veränderungen begannen mit dem Einmarsch der Wehrmacht in die Sowjetunion und den beginnenden Deportationen von Juden und Jüdinnen aus Berlin. Von nun an wurden Mitgliedsbeiträge erhoben, womit die illegale Arbeit, wie das Fälschen von Ausweispapieren, die Beschaffung von Farbe und Pinsel für das Anbringen von politischen Parolen oder Flugblättern, finanziert werden sollte. Als Vorkehrungen für allfällige Deportationen mieteten sie mit den gefälschten Ausweisen an unterschiedlichen Orten außerhalb Berlins Wohnungen oder möblierte Zimmer, um untertauchen zu können. Die Ausweise wurden von Herbert Baum, Heinz Joachim und Gerhard Meyer besorgt. Der Höhepunkt ihrer antifaschistischen Aktionen war der Brandanschlag auf die Ausstellung »Das Sowjetparadies« am 18. Mai 1942 – und das zeitgleiche Ende der größten jüdischen Widerstandsgruppe. Bis Dezember 1942 waren die verschiedenen Freundeskreise zerschlagen und ihre Mitglieder verhaftet.

Das Todesurteil

Hilde Loewy hatte weder einen gefälschten Ausweis noch wurde ihr einer angeboten, sie war auch nicht am Brandanschlag beteiligt. Dennoch wurde sie im Zusammenhang damit am 15. Juli 1942 im Beisein ihrer Mutter verhaftet und kam ins Untersuchungsgefängnis nach Alt-Moabit. Die Verhaftung kam für ihre Familie und ihren Freund Georg Israel überraschend. Sie hatte weder ihren Eltern noch ihm etwas von den Treffen der Herbert-Baum-Gruppe erzählt. Nachdem man ihr die Anklageschrift überreichte, unternahm sie am 2. Dezember 1942 einen Fluchtversuch. Angeklagt wurde sie wegen Hochverrats und landesverräterischer Feindbegünstigung. Sie rechnete mit dem Todesurteil und wollte sich retten. Mit zerrissenen, zusammengenähten Laken als Seil wollte sie sich durch die zerschlagene Fensterscheibe einen Weg ins Freie bahnen. Ihren Mantel und eine Tasche warf sie auf das Dach des Gerichtsganges und versuchte sich durch die Gitterstäbe zu zwängen – sie schaffte es nicht, die Laken wurden entdeckt. Nach diesem Fluchtversuch wurde sie in Isolationshaft gebracht.

Die Verhandlung vor dem 2. Senat des Volksgerichtshofes fand am 10. Dezember 1942 statt und endete, wie Hilde erwartete, mit einem Todesurteil, das am 4. März 1943 in Berlin-Plötzensee vollstreckt wurde. Am selben Tag wurden ihre Freund*innen Hella Hirsch, Hanni Meyer, Marianne Joachim, Lothar Salinger, Helmut Neumann und Siegbert Rotholz ebenfalls hingerichtet.

#Antiziganismus

»Da bin ich heute noch stolz drauf, das hat es selten gegeben.«

von Tobias von Borcke

Es war der 16. Mai 1944, als ein Teil der im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau inhaftierten Sinti*zze und Rom*nja Widerstand leistete, indem sie den Befehl verweigerten, ihre Baracken zu verlassen. Grund hierfür war die vorausgegangene Warnung eines Funktionshäftlings, nach der die Sinti*zze und Rom*nja an diesem Tag ermordet werden sollten. Den Erinnerungen des Sinto Hugo Höllenreiner nach zog sich die SS zurück: »Die SS haben gedacht, wenn sie reinkommen, vielleicht schießen sie ein paar zusammen, aber dass unsere von denen auch ein paar umbringen. Die haben sich erhalten wollen. Und so muss es in anderen Blöcken auch gewesen sein. Und wenn es auf die anderen Lagerabschnitte übergreift. Vielleicht waren sie in dem Glauben, dass alle Männer der Baracke dastehen und zuschlagen werden.« Unter denen, die sich widersetzten, war Hugos Vater, Josef Höllenreiner, ein ehemaliger Wehrmachtssoldat. »Da bin ich heute noch stolz drauf, das hat es selten gegeben«, äußert sich Hugo Höllenreiner rückblickend. Er war neun Jahre alt, als er mit seiner Familie von München nach Auschwitz deportiert wurde. Von dort wurde er ins KZ Ravensbrück, dann nach Mauthausen und schließlich nach Bergen-Belsen verschleppt, wo er 1945 seine Befreiung erlebte. Hugo Höllenreiner, seine fünf Geschwister und seine Eltern überlebten, 36 ihrer Angehörigen jedoch fielen dem Holocaust zum Opfer.

Aufgrund des Widerstandes in Auschwitz-Birkenau zog sich die SS an diesem Tag zurück, die Mordaktion wurde verschoben. In den folgenden Wochen und Monaten wurden zwischen 2.000 und 3.000 der in Auschwitz inhaftierten Sinti*zze und Rom*nja in andere KZ verschleppt und dort zur Arbeit gezwungen. Zurück blieben jene, die in den Augen der SS nicht mehr arbeitsfähig waren: überwiegend Kinder sowie alte und kranke Menschen.

Schließlich wurden in der Nacht vom 2. auf den 3. August 1944 die verbliebenen etwa 4.300 Personen in den Gaskammern ermordet.

Am 2. August wird international der schätzungsweise 500.000 Opfer des Völkermordes gedacht. Der 16. Mai als Tag der Erinnerung an den Widerstand von Sinti*zze und Rom*nja ist bis heute weniger bekannt und wird vor allem von Selbstorganisationen der Minderheit begangen. Auch wenn die historischen Details bis hin zum genauen Datum wissenschaftlich umstritten sind, ist aufgrund von Zeug*innenaussagen davon auszugehen, dass der beschriebene Akt der Verweigerung stattgefunden hat.

Widerstand von Sinti*zze und Rom*nja ist nicht nur aus Auschwitz überliefert. Auch in Treblinka setzten sich nach Aussagen von Überlebenden Sinti*zze und Rom*nja gegen ihre Ermordung zur Wehr. In den Konzentrationslagern widersetzten sich Angehörige der Minderheit etwa durch Solidarität und gegenseitige Unterstützung oder durch Flucht.

Die nationalsozialistische Verfolgungspolitik zielte darauf, alle als »Zigeuner« kategorisierten Menschen zu erfassen, aus der Gesellschaft auszuschließen und schließlich zu ermorden. Die Handlungsoptionen der Verfolgten waren damit aufs Äußerste eingeschränkt, häufig blieb ihnen nur der nackte Kampf ums Überleben. Somit sind alle Versuche, den reibungslosen Ablauf von Verfolgung und Vernichtung zu stören, sich zu entziehen und unter verzweifelten Bedingungen die eigene Menschlichkeit zu wahren, als Widerstand zu bezeichnen.

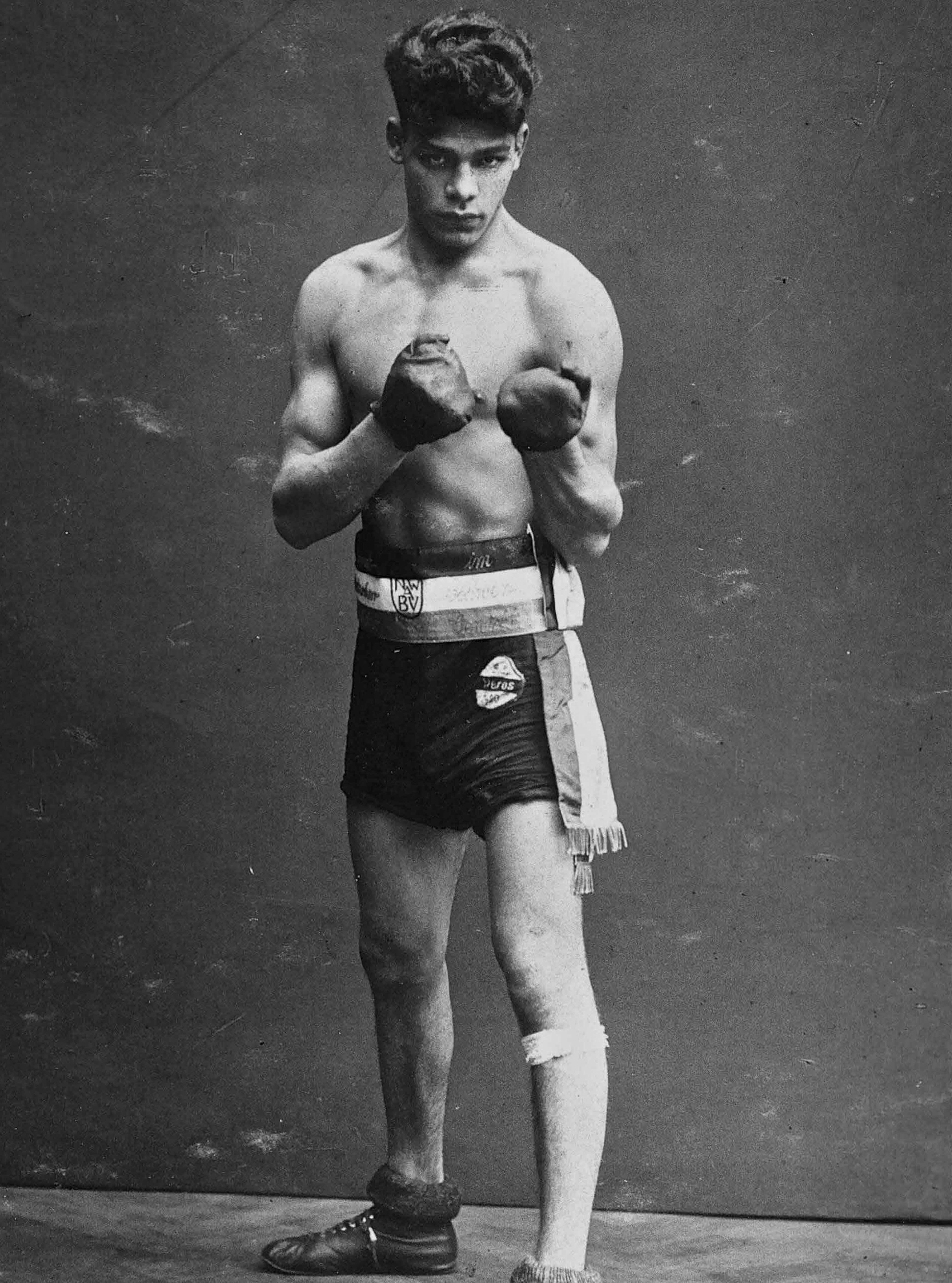
Facetten des Widerstandes

Ab 1933 waren Sinti*zze und Rom*nja in Deutschland immer stärkerer Diskriminierung ausgesetzt und wurden zunehmend aus dem öffentlichen Leben verdrängt. In praktisch allen Bereichen findet sich auch Widerstand gegen Ausgrenzung und Verfolgung, etwa gegen den Ausschluss aus dem Wirtschaftsleben oder gegen »rassehygienische Untersuchungen«.

Ein gut dokumentiertes Beispiel ist die Geschichte von Christine Lehmann aus Duisburg, die einem rassistischen Eheverbot trotzte und im Geheimen weiter mit ihrem Partner Karl Hessel, mit dem sie zwei Kinder hatte, zusammenlebte. Christine Lehmann wurde schließlich verhaftet und nach Auschwitz deportiert, wo sie am 28. März 1944 infolge der unmenschlichen Bedingungen im Lager starb.

Der Profiboxer Johann »Rukeli« Trollmann gewann am 9. Juni 1933 den Kampf um den deutschen Meistertitel im Halbschwergewicht. Sein beweglicher Boxstil war bereits vor diesem Kampf als »undeutsch« diffamiert worden, nun wollte der Boxverband den Sinto nicht als Deutschen Meister akzeptieren. Der Titel wurde ihm einige Tage später aberkannt. Vor seinem letzten großen Kampf im Juli 1933 war Trollmann massivem Druck ausgesetzt, »deutsch« zu boxen. Um diesen Rassismus öffentlich zu kritisieren, erschien er mit geweißten Haaren und weiß gepuderter Haut im Boxring. Den Kampf verlor er, seine sportliche Karriere war praktisch vorbei. 1939 zunächst zur Wehrmacht eingezogen, wurde er als Sinto 1942 ausgeschlossen. Anschließend wurde er verhaftet und ins KZ Neuengamme eingewiesen, 1944 im Außenlager Wittenberge erschlagen.

Von den Widerstandsformen, die Sinti*zze und Rom*nja in NS-Deutschland ausüben konnten und ausgeübt haben, dürfte das Untertauchen die häufigste gewesen sein. Zumindest einigen war es so möglich, drohenden Repressalien und damit häufig dem Tod zu entgehen.



Im Untergrund

Als die meisten Mitglieder der Familie verhaftet und deportiert wurden, gelang es dem Sinto Oskar Rose unterzutauchen. Fortan lebte er unter falschem Namen im Untergrund. Im April 1943 sprach er in der Münchener Residenz von Kardinal Faulhaber vor, um diesen über die verzweifelte Lage der Sinti*zze und Rom*nja zu informieren und zum Eingreifen zu bewegen. Faulhaber weigerte sich jedoch, ihn zu empfangen. In den folgenden Wochen richtete Oskar Rose anonyme Schreiben an zwei weitere ranghohe Vertreter der katholischen Kirche. Auch diese Hilfegesuche blieben ohne Reaktion: Ein öffentliches Einstehen der katholischen Geistlichkeit für die verfolgten deutschen Sinti*zze und Rom*nja, die mehrheitlich katholisch waren, blieb aus. Auch wenn Oskar Roses Bestrebungen erfolglos blieben, sind sie von besonderer Bedeutung. Dass ein Angehöriger der verfolgten Minderheit in NS-Deutschland versucht hat, den Völkermord in seiner Gesamtheit zu stoppen oder zumindest ins Stocken zu bringen, ist in keinem anderen Fall dokumentiert. Oskar Roses Widerstand gegen die nationalsozialistische Verfolgungspolitik erschöpfte sich nicht in Bittgesuchen an die katholische Kirche. Im August 1944 gelang es ihm, seinen Bruder Vinzenz Rose aus dem Außenlager Neckarelz des KZ Natzweiler-Struthof zu befreien. Beide konnten sich bis zum Kriegsende verstecken und überlebten.

Widerstand in Europa

Der Widerstand von Sinti*zze und Rom*nja hatte auch eine internationale Dimension. So waren Angehörige der Minderheit in besetzten Ländern am militärischen Kampf gegen NS-Deutschland beteiligt. Belegt sind beispielsweise Verbindungen zur französischen Résistance. Zeitweise lebten Sinti*zze und Rom*nja hier mit bewaffneten Widerstandsgruppen in den Wäldern, unter anderem unterstützten sie entkommene britische Kriegsgefangene und abgeschossene Piloten bei der Flucht. Die Beteiligung von Rom*nja an Partisan*innengruppen ist insbesondere für das Gebiet des ehemaligen Jugoslawien dokumentiert, aber auch für Polen und die Sowjetunion. Zumeist schlossen sich Rom*nja dabei bestehenden Verbänden der Widerstandsbewegungen an, in einzelnen Fällen gab es spezielle Rom*nja-Einheiten, wie zum Beispiel in Kroatien. Nicht zuletzt leisteten Sinti*zze und Rom*nja auch als Angehörige der alliierten Armeen einen Beitrag zum Sieg über Nazideutschland.

Besonders bemerkenswert ist die Biografie von Alfreda Markowska. Die polnische Romni war selbst unmittelbar von Verfolgungsmaßnahmen betroffen. Sie entging dem Tod nur knapp und hat zahlreiche Angehörige verloren. Von den Deutschen im besetzten Polen zur Zwangsarbeit eingesetzt, suchte sie die Stätten von Massenerschießungen auf, um nach Überlebenden zu suchen und diesen zu helfen. Markowska hat 50 Kindern, darunter Rom*nja und jüdische Kinder, das Leben gerettet, indem sie sie bei sich versteckte und ihnen gefälschte Papiere verschaffte.

Keine »Stunde Null«

Die Zeit nach Kriegsende war in vielen Bereichen durch Kontinuitäten geprägt. Die Täter*innen des Völkermordes konnten ihre Karrieren fortsetzen und mussten nur in wenigen Fällen juristische oder andere Konsequenzen befürchten. Die wenigen Sinti*zze und Rom*nja, die überlebt hatten, sahen sich hingegen fortgesetzter Diskriminierung und Ausgrenzung ausgesetzt. Sie und ihre Nachkommen wurden vielfach ins gesellschaftliche Abseits gedrängt. Die Dominanzgesellschaften beider deutscher Staaten verdrängten und beschwiegen die an Sinti*zze und Rom*nja im Nationalsozialismus begangenen Verbrechen über Jahrzehnte. Mit rassistischen Begründungen wurden Sinti*zze und Rom*nja in der BRD Entschädigungszahlungen verweigert – in Gerichtsprozessen und Gutachten äußerten sich als »Expert*innen« ausgerechnet Menschen, die in der NS-Zeit Täter*innen waren, bei der Kriminalpolizei oder als »Rasseforscher*innen«. Zu den ersten, die sich gegen diese Zustände wehrten, gehörten Oskar und Vinzenz Rose. Die Brüder setzten sich für eine juristische und gesellschaftliche Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen ein und prangerten den fortgesetzten Antiziganismus an. Sie waren die Wegbereiter der Bürgerrechtsbewegung deutscher Sinti*zze und Rom*nja, aus der heraus 1982 der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma gegründet wurde. Im selben Jahr erkannte der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt als erster deutscher Spitzenpolitiker den rassistisch motivierten Völkermord an Sinti*zze und Rom*nja als solchen an.

Trotz der Erfolge der Bürger*innenrechtsarbeit ist Antiziganismus in Deutschland und Europa bis heute weit verbreitet und fest verankert. Auch die Geschichte der Verfolgung und Ermordung von Sinti*zze und Rom*nja im Nationalsozialismus ist zu wenig bekannt. Eine Voraussetzung für die Bekämpfung des Antiziganismus in Politik, Medien und Gesellschaft besteht darin, dass sich die Dominanzgesellschaft den Perspektiven von Sinti*zze und Rom*nja öffnet und sowohl die bis heute wirksamen historischen Wunden als auch Stereotype, Ausgrenzung und Gewalt in der Gegenwart anerkennt und daraus Konsequenzen zieht.

Tobias von Borcke ist Mitarbeiter des Bildungsforums gegen Antiziganismus. Der vorliegende Text basiert auf Recherchen und Überlegungen zu diesen Bildungsmaterialien: »Wir geben uns nicht in ihre Hände«. Bildungsmaterialien zum Widerstand von Sinti und Roma gegen den Nationalsozialismus (2019, zusammen mit der Gedenkstätte Deutscher Widerstand), www.gegen-antiziganismus.de

Sergio Peletta schloss sich in Italien als junger Mann der Resistenza gegen die deutschen Besatzer an. Während einer Aktion seiner militanten Widerstandsgruppe wurde er gefasst und in das KZ Flossenbürg deportiert. Peletta überlebte die KZ-Haft und wurde nach dem Krieg in seinem Heimatland Polizist. Gemeinsam mit seiner Familie besuchte er im Rahmen der Gedenkfeierlichkeiten zum 65. Jahrestag der Befreiung im April 2010 die KZ-Gedenkstätte Flossenbürg.

#Nationalsozialismus

Widerstand – ein europäisches Thema

von Jens-Christian Wagner

Widerstand gegen das NS-Regime zu leisten, war mit hohen Risiken verbunden, meist der akuten Gefahr, das eigene Leben zu verlieren. Die brutale Unterdrückung jeglicher Opposition setzte bereits mit der Machtübernahme der Nationalsozialist*innen Anfang 1933 ein. Zehntausende Kommunist*innen, Sozialdemokrat*innen und Gewerkschafter*innen wurden innerhalb weniger Wochen verhaftet und in Gefängnisse sowie Konzentrationslager eingewiesen. Diverse Gruppen, insbesondere aus den Reihen der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), agierten nun in der Illegalität. Durch Flugblattaktionen, die Verbreitung von Nachrichten und das Anbringen regimefeindlicher Parolen machten sie ihren Widerstand öffentlich. Im Verborgenen erfolgten konspirative Treffen, Kurierdienste und der Schutz verfolgter Personen. Doch bis Mitte der 1930er Jahre gelang es dem Regime, die Gruppen weitgehend zu zerschlagen.

Protest kam zum Teil auch aus den Kirchen. Katholische Geistliche wandten sich 1937 mit der Verlesung der päpstlichen Enzyklika »Mit brennender Sorge« gegen die Rechtsbrüche des NS-Regimes. Verhaftungen und Hausdurchsuchungen in Pfarreien waren die Folge. 1941 prangerte Bischof von Galen in einer Predigt die »Euthanasie«-Morde an – Anlass für die NS-Regierung, das Mordprogramm an Menschen mit Behinderungen zumindest vorübergehend zu stoppen.

Widerstand während des Krieges

Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 bewirkte in den Großstädten eine verstärkte Tätigkeit kommunistischer Widerstandsgruppen, vor allem in Form illegaler Betriebszellen. Teils arbeiteten diese auch mit sozialistischen Gruppen zusammen. Außerdem unterhielten einige von ihnen Kontakte zur KPD im Moskauer Exil. Angesichts des Verfolgungsdrucks und des Zwangs zur Konspiration waren die Gruppen überwiegend sehr klein. Allerdings schlossen sich während des Krieges in einigen Städten zuvor einzeln agierende Freundeskreise locker zusammen – auch über parteipolitische Grenzen hinweg, etwa in der Roten Kapelle – eine Bezeichnung der Gestapo, die in der Gruppe eine sowjetische Spionageorganisation vermutete. Fast alle Gruppen flogen früher oder später auf, auch letztgenannte. Die meisten Mitglieder wurden von der Gestapo verhaftet oder in Konzentrationslager verschleppt. Viele ließ die NS-Justiz auch hinrichten, im Fall der Roten Kapelle rund 50 Menschen. Tödlich endete der Widerstand auch für die meisten Mitglieder der Weißen Rose, der bekannten Münchner studentischen Gruppe um die Geschwister Scholl. Sie hatten mit Flugblättern gegen die NS-Verbrechen protestiert und Kontakte zu Gruppen und Einzelpersonen in anderen Städten geknüpft. Im Februar 1943 wurden sie von der Gestapo verhaftet und noch im selben Monat zum Tode verurteilt und enthauptet.

Mit der Verschlechterung der militärischen Lage Deutschlands regte sich ab 1943 auch in der Wehrmacht Widerstand. Bekanntlich scheiterte der Putschversuch der Offiziere um Graf von Stauffenberg vom 20. Juli 1944. Dennoch zeigte die misslungene Operation »Walküre«, dass der Kreis innerhalb der Wehrmacht recht weit verzweigt war und auch Kontakte zu zivilen Gruppen, etwa dem Kreisauer Kreis, aufgebaut hatte. Die politischen Vorstellungen der Beteiligten waren widersprüchlich, teils reaktionär. Das NS-Regime reagierte auf den Putschversuch mit brutaler Gewalt: Etwa 600 Personen nahm die Gestapo fest, 150 tatsächliche oder vermeintliche Verschwörer*innen wurden hingerichtet oder von SS und Gestapo ermordet.

Noch weitaus mehr Opfer forderte innerhalb der Wehrmacht individuelles widerständiges Verhalten. Trotz Androhung der Todesstrafe desertierten viele Soldaten. Insgesamt 20.000 Soldaten verurteilte die Wehrmachtsjustiz als tatsächliche oder vermeintliche Deserteure zum Tode, etwa 15.000 Urteile wurden bis Kriegsende vollstreckt.

Deutlich umfassender als von deutscher Seite war der Widerstand von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter*innen. Das Spektrum reichte von organisierten Revolten – etwa wegen Hunger – über Sabotage der Rüstungsproduktion bis zu individueller Auflehnung gegen deutsche Vorgesetzte oder die Behörden. Auch wenn diese Verhaltensweisen das NS-Regime nicht ernsthaft bedrohen konnten, hatten sie für die Selbst- und Fremdwahrnehmung der Betroffenen doch eine große Bedeutung. Das gilt auch für den Widerstand in Konzentrationslagern und Ghettos. Angesichts der absoluten Macht der SS und der Ghettoverwaltungen waren die Möglichkeiten für organisierten Widerstand dort extrem gering. Dennoch bildeten sich in vielen KZs, etwa in Buchenwald, konspirative Gruppen, häufig getragen von erfahrenen deutschen politischen Häftlingen sowie ausländischen Widerstandskämpfer*innen. Auch Juden und Jüdinnen sowie Sinti*zze und Rom*nja wehrten sich gegen ihre Peiniger*innen und Mörder*innen. In Ghettos und Lagern gab es Aufstände. Am bekanntesten ist sicherlich der jüdische Aufstand im Warschauer Ghetto 1943. Im sogenannten »Zigeunerlager« Auschwitz-Birkenau wiederum führte ein kollektiver Aufstand im Mai 1944 dazu, dass die SS ihre Mordpläne verschieben musste.

Widerstand im besetzten Europa

Weitaus gefährlicher für das Regime und personell deutlich stärker aufgestellt als im Deutschen Reich war der Widerstand in den besetzten Gebieten. In allen besetzten Ländern bildeten sich weitverzweigte Netzwerke politisch heterogen ausgerichteter Gruppen. Häufig waren diese militärisch organisiert und wurden von ausgebildeten Soldaten angeführt. Militärische Aktionen gegen die Besatzung richteten sich vor allem gegen deren Infrastruktur. Überfälle auf Straßen-



konvois und die Sprengung von Bahnanlagen störten die deutschen Nachschubwege, Sabotageakte trafen die Rüstungsproduktion. Neben militärischen Aktionen spielte auch ziviler Widerstand in Form von Streiks oder dem Verteilen von Flugblättern eine wichtige Rolle.
Die deutschen Besatzer reagierten auf den Widerstand mit aller Brutalität. Razzien waren an der Tagesordnung, hunderttausende tatsächliche oder vermeintliche Partisan*innen wurden allein in den besetzten Gebieten der Sowjetunion im Rahmen der »Bandenbekämpfung« ermordet. Sehr häufig trafen die »Vergeltungsaktionen« Unbeteiligte; ganze Ortschaften wurden bei Überfällen und Geiselerschießungen von SS und Wehrmacht ausgelöscht, vor allem in Südosteuropa, aber auch in Frankreich und Italien. Viele Angehörige des Widerstandes wurden in die Konzentrationslager im Reichsgebiet deportiert, insbesondere aus Polen, Frankreich und Belgien. Die dort Verhafteten stellten ab 1943 den größten Teil der KZ-Insass*innen. Viele erlebten das Kriegsende nicht mehr.
Die brutalen deutschen Repressionen vermochten es nicht, den Widerstand zu brechen. Im Gegenteil: Willkürakte und brutale Besatzergewalt trieben weitere Menschen in den Widerstand, insbesondere in der zweiten Kriegshälfte, als absehbar wurde, dass das Deutsche Reich den Krieg verlieren würde. Einig waren sich die diversen Gruppen und Bewegungen in Europa im Ziel, die deutschen Besatzer zu vertreiben. Einen einheitlichen europäischen Widerstand hat es gleichwohl nicht gegeben. Neben nationalen Differenzen gab es ideologische Barrieren zwischen Kommunist*innen und Sozialist*innen auf der einen und bürgerlichen oder rechtsnationalen Gruppen auf der anderen Seite. Nur in wenigen Fällen, etwa in Frankreich, gelang es den Gruppen, die ideologischen Gräben zu überwinden und gemeinsam gegen die Besatzer zu kämpfen.
In manchen Ländern bekämpften sich die Widerstandsgruppen untereinander. In Polen etwa stand die nationalkonservativ ausgerichtete Armia Krajowa in starkem Gegensatz zur kommunistischen Gwardia Ludowa, was auch zu offenen militärischen Auseinandersetzungen führte. Ähnlich entwickelte sich in Serbien der Gegensatz zwischen den nationalistischen Tschetniks und den kommunistischen Partisan*innen unter Josip Broz Tito. Noch gewalttätiger war die Feindschaft zwischen Kommunist*innen und Nationalist*innen in Griechenland: Dort mündeten die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen der kommunistischen Ellinikós oder Ethnikós Laikós Apelevtherotikós Stratós (Griechische Volksbefreiungsarmee) und der republikanisch bis monarchistisch gesinnten Ethnikos Dimokratikos Ellinikos Syndesmos (Nationale Republikanische Griechische Liga), die von den Westalliierten unterstützt wurde, nach der Befreiung von der Besatzungsherrschaft in einen dreijährigen Bürgerkrieg.

Würdigung

Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus war heterogen und wurde vor allem von Nichtdeutschen geleistet. Die deutsche Bevölkerung stand dem NS-Regime hingegen überwiegend zustimmend gegenüber. Umso mehr sind diejenigen zu würdigen, die nicht mitmachten und sich dem totalen Zugriff des Staates entzogen oder sogar aktiv Widerstand leisteten. Und das waren immerhin mehrere zehntausend Deutsche. Zusammen mit den alliierten Soldaten und hunderttausenden Widerstandskämpfer*innen in den besetzten Gebieten gelang es ihnen, Europa von der NS-Herrschaft zu befreien.



#43Group

We Fight Fascists

Jüdischer Antifaschismus in Großbritannien.

von Florian Weis

Die Geschichte der Battle of Cable Street im Oktober 1936 ist bekannt und legendär. Trotz mancher Übertreibung und Heroisierung ist der breite Widerstand der Bevölkerungsmehrheit im proletarischen und kleinbürgerlichen Londoner East End gegen den britischen Faschistenführer Sir Oswald Mosley und seine Schwarzhemden zu Recht so populär in der Erinnerung, war er doch beeindruckend in seiner Breite und Solidarität. Je nach Darstellung beteiligten sich am 4. Oktober 1936 bis zu 500.000 Menschen an der Verhinderung eines Großaufmarsches der britischen Faschisten. In seltener Weise verband sich die im Londoner Osten damals starke jüdische Gemeinschaft mit Gewerkschaften, Teilen der örtlichen Labour Party, der hier starken Kommunistischen Partei und anderen Gruppen. Es gelang Mosley nicht, Spannungen zwischen unterschiedlichen Gruppen der Arbeiter*innenschaft, etwa irischen und jüdischen, oder zwischen den Kommunist*innen, der Labour Party und den dezidiert nicht-kommunistischen Teilen der jüdischen Community zu seinen Gunsten zu nutzen. Der Marsch der Schwarzhemden musste abgebrochen werden. In der Folge stagnierte Mosleys Bewegung merklich.

Weniger bekannt ist die Geschichte von Mosleys Versuch, nach seiner Internierung und dem alliierten Sieg im Zweiten Weltkrieg, ein politisches Comeback zu verwirklichen, und die des Widerstandes gegen ihn. Beeindruckend ist dabei insbesondere die 43 Group, die zwischen 1946 und 1950 vor allem in London offensiv gegen die neue faschistische Bedrohung vorging, und das mit einigem Erfolg. Dieser ungewöhnlichen jüdischen antifaschistischen Gruppe widmete sich ein früherer Aktivist, Morris Beckman, mit seinem 1995 auf Deutsch erschienenen Buch »The 43 Group. Antifaschistischer Kampf in Großbritannien 1946-1950«. 2019 erschien dann die eindrückliche und verdienstvolle Darstellung von Daniel Sonabend: »We Fight Fascists. The 43 Group and Their Forgotten Battle for Post-war Britain«.

Die 43 Group gründete sich 1946, weil sie unzufrieden war mit dem ihr zu passiv erscheinenden, Verhalten anderer jüdischer Organisationen. Ihr gehörten auf ihrem Höhepunkt bis zu 2.000 aktive Mitglieder an. Anfangs bestand die Gruppe fast ausschließlich aus früheren jüdischen Soldaten und Offizieren, darunter einigen, die hochdekoriert waren, wie etwa Gerry Flamberg. Ein später zu Prominenz gekommenes Mitglied war Vidal Sassoon.

Das Hauptaktionsfeld waren die Londoner Stadtteile mit einer großen jüdischen Bevölkerung, wie das East End und der Nordwesten. Im Zentrum ihrer Aktivitäten stand die Störung und Verhinderung von faschistischen Veranstaltungen mit dem Ziel, direkt und indirekt, das heißt über das Einwirken auf Politik und Sicherheitsbehörden, ein Erstarken des Faschismus zu verhindern. Dies schloss eine rege »nachrichtendienstliche« Tätigkeit sowie Medienarbeit ein. Die Gruppe sammelte offen und verdeckt Informationen über faschistische Strukturen und Personen, infiltrierte faschistische Gruppen, machte antifaschistische Medienarbeit und Propaganda, schützte Menschen aus der jüdischen Community vor Angriffen und ging militant gegen Veranstaltungen und Treffpunkte der Mosley-Bewegung vor. Die Aktivist*innen dieser militant-antifaschistischen Gruppe hatten nicht in den britischen Streitkräften gegen Nazi-Deutschland gekämpft, um anschließend Antisemitismus in ihren eigenen Wohnvierteln zu tolerieren. Sie waren, im Wortsinn, kampferprobt, agierten offensiv und traten selbstbewusst als jüdische Gruppe auf. Sie waren ausschließlich auf die Abwehr von Faschismus und Antisemitismus ausgerichtet und somit offen für alle anderen politischen Strömungen. Trotz nicht seltener Auseinandersetzungen mit Polizist*innen wurden Staat und Polizei nicht als Gegner betrachtet.

In der Praxis waren die Kommunist*innen oft gerne gesehene Verbündete, doch widersprach die 43 Group ihren Gegner*innen in der jüdischen Community entschieden, die sie zuweilen entweder als Hooligans oder als »verkappte Kommunist*innen« zu diskreditieren versuchten. Für Daniel Sonabend ist diese Kombination auch für die Gegenwart wichtig: ausgeprägte antifaschistische Radikalität bei gleichzeitiger breitestmöglicher demokratischer Anschlussfähigkeit unter Hintanstellung sonstiger politischer Differenzen. Zeitweilig trug der gewaltsame Konflikt im britischen Mandatsgebiet in Palästina, der Anschläge revisionistischer jüdischer Gruppen um die späteren israelischen Ministerpräsidenten Menachem Begin und Yitzhak Shamir auf britische Truppen und Verwaltungsangehörige einschloss, zur Verstärkung antijüdischer Ressentiments in Großbritannien bei, was die faschistischen Gruppen auszunutzen versuchten. Umgekehrt schlossen sich einige der jüngeren Mitglieder der 43 Group den jüdisch-israelischen Verbänden an, was für sie eine weitere Ausdrucksform eines jüdischen Selbstbehauptungswillens war.

Viele Faktoren trugen dazu bei, dass das große Comeback von Mosley und seinem »Union Movement« ausblieb und er sich ab 1950 fast ausschließlich im Ausland aufhielt. Die 43 Group hatte an diesem Erfolg einen erheblichen Anteil, zusammen mit der damals im Osten Londons noch starken Kommunistischen Partei und anderen Antifaschist*innen. In der Folge ihres Teilerfolges löste sich die 43 Group 1950 auf.



#RolfSeeliger

»Braune Universität« als Erbschaft

Ein Porträt des sozialdemokratischen und antifaschistischen Journalisten und Verlegers Rolf Seeliger.

von Ludwig Elm

Der Münchener Journalist und Verleger Rolf Seeliger veranstaltete im Februar 1961 eine viel beachtete Ausstellung über den faschistischen Massenmord. Dokumente wiesen darin die Mitwirkung von Hans Globke, der seit Herbst 1949 im Bundeskanzleramt als rechte Hand Adenauers tätig war und erst mit dem Ende von dessen Kanzlerschaft im Herbst 1963 als Chef des Bundeskanzleramts ausschied, an den Taten nach. In der dumpfen, restaurativen Atmosphäre jener Zeit brachte diese Enthüllung Seeliger politische und juristische Verfolgung ein. Davon unbeeindruckt wandte er sich in den folgenden Jahren den zuvor weitgehend verschwiegenen Wegen und Wandlungen von vielfach namhaften Lehrstuhlinhabern an den westdeutschen Universitäten und Hochschulen zu. Einige hatten seit den 1920er Jahren ununterbrochen ihre Funktionen inne, andere waren in der Besatzungszeit entlassen oder suspendiert worden. Letzteres wurde spätestens 1951 durch den Anspruch auf Wiedereinstellung aufgehoben. Inzwischen war dies in kritischen Zeitungen der Studierenden und bald auf einzelnen Tagungen thematisiert worden.

Braune Kontinuitäten

Von 1964 bis 1968 veröffentlichte Seeliger sechs Hefte im Selbstverlag unter dem Titel »Braune Universität. Deutsche Hochschullehrer gestern und heute. Eine Dokumentation«. In knappen biografischen Skizzen wurden Professoren sozial- und geisteswissenschaftlicher Disziplinen mit ihrem damals aktuellen akademischen Status, mit ihren Ämtern sowie Aussagen in den Jahren zwischen 1933 und 1945 vorgestellt. Einleitend zum ersten Heft schrieb Seeliger, im akademischen Bereich fänden sich »recht zahlreich Professoren aller Wissensgebiete, die gestern mehr oder weniger laut die nationalsozialistische Trommel gerührt haben und heute so tun, als wäre nichts gewesen«. Die meisten brächten nicht den Mut auf, sich von damaligen demokratiefeindlichen Publikationen zu distanzieren und sie analytisch zu klären. Es wachse der Verdacht, »dass sie ihre Vergangenheit keineswegs zu bewältigen wussten. Verschweigen, Verschleiern der Tatbestände und krampfhafte Rechtfertigungsversuche sind dazu angetan, den allgemeinen Zynismus zu vermehren«. In ihrer zynischen Schlussstrichpolitik erwarteten oder forderten die CDU/CSU geführte Rechtskoalition in Bonn und die dominierenden Medien vielfach auch aus eigennützigen Gründen in keinem Bereich von Staat und Gesellschaft Offenheit und selbstkritische Aufarbeitung.

Ab dem zweiten Heft 1965 hatte Seeliger das ausgewählte Material den betroffenen Professoren vorgelegt und sie gebeten, dazu Stellung zu nehmen: »Die Antworten, ob persönlich oder allgemein, ergänzend, korrigierend, rechtfertigend oder abweisend, wurden ohne Einschränkung abgedruckt.« Einige selbstkritische Antworten verdienen Achtung, als vereinzelte sind es jedoch »von einer Mauer des Schweigens umschlossene Bekenntnisse«. Insgesamt wurde laut einer Bilanz im sechsten Heft »aus zahlreichen, unter dem Einfluss nationalsozialistischer Weltanschauung verfassten Büchern und Aufsätzen von 84 Hochschullehrern zitiert, die heute noch an unseren Hochschulen lehren«. Von 54 Befragten hatten 33 geantwortet. Etliche verweigerten jede Äußerung, andere bekundeten, »dass es eines deutschen Professors unwürdig« sei, auf »derart inquisitorische Vorhaltungen zu reagieren«, drohten mit Klage oder äußerten Verdächtigungen gegen den Herausgeber.

Faschistische Ideologie

Die dokumentierten Textstellen enthielten Bekenntnisse zum »Führer«, zur faschistischen Diktatur sowie zu Aufrüstung und Krieg. Völkischer Nationalismus und zum Antibolschewismus mutierte Gegner*innenschaft zu Marxismus und Kommunismus verwiesen auf ideologische Quellen aus Kaiserreich, Weimarer Republik und spätere Übergänge in das rechtsgerichtete historisch-politische Selbstverständnis der Bundesrepublik. Antiliberale und rassistische – insbesondere verbreitete antisemitische – Positionen prägten weithin staats-, rechts- und sozialtheoretische Schriften und Vorträge. Mitgliedschaften und Ämter in NS-Organisationen wurden in den Publikationen dokumentiert, darunter fachbezogene wie die der Vereinigung der NS-Juristen »Nationalsozialistischer Rechtswahrerbund«. Funktionen als Mitarbeiter oder Berater nazistischer Gremien und Amtsträger ergänzten die beflissene Einordnung und Mitwirkung im Verbrecherstaat. Eine verspätete und zunächst halbherzige Wende hinsichtlich der Maßstäbe und disziplinärer Dimensionen trat in der Bundesrepublik erst ab den 1980er Jahren ein. Sie wurde auf besonders belasteten Wissenschaftsgebieten wie Medizin und Recht nicht von Ordinarien, sondern couragierten Nachwuchswissenschaftler*innen eingeleitet.

Vergessen?

Von 1971 bis 1983 gab Seeliger dann thematische Hefte mit Beiträgen aus der SPD und ihrem Umfeld heraus. Deren Schwerpunkte waren die Auseinandersetzung mit der Rechten – vor allem der CDU/CSU – sowie Plädoyers für Entspannung und Abrüstung. Es ist kaum verständlich, warum Rolf Seeliger in dem verdienstvollen, 2015 veröffentlichten Buch »Die SPD und die NS-Vergangenheit 1945 – 1990« von Kristina Meyer im Wallstein-Verlag unerwähnt bleibt.

#1950er

Frühe Initiativen von Verfolgten des Naziregimes gegen die extreme Rechte.

von Gerd Kühling

Nach 1945 setzten sich Politik und weite Teile der Gesellschaft lange Zeit nur zögerlich mit Kontinuitäten extrem rechten Denkens und Handelns in Deutschland auseinander. Verbote von Parteien und Organisationen – genannt sei das Verbot der »Sozialistischen Reichspartei« im Jahr 1952 – erfolgten vor allem auf Druck der Alliierten. In anderen Fällen bewog erst massive Kritik aus dem Ausland zum Handeln gegen neonazistische Umtriebe. Zu den wenigen und steten Mahner*innen gegen die Gefahr von Rechts zählten von Beginn an Überlebende der NS-Verfolgung und ihre Verbände. Eine der bekanntesten Akteurinnen war sicherlich die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN). In der Hochphase des Kalten Krieges der 1950er Jahre gab es in der Viersektorenstadt Berlin jedoch mindestens zwei weitere Zusammenschlüsse, die den gesellschaftlichen Umgang mit der extremen Rechten einige Jahre lang prägten. Dazu gehörten der Kampfbund gegen den Nazismus (KgN), der nach eigenen Angaben rund 200 Mitglieder hatte, und das Referat Neofaschismus (Referat N), in dem ein gutes Dutzend Unterstützer*innen tätig waren. Beide Initiativen gingen aus dem Bund der Verfolgten des Naziregimes (BVN) hervor, der in West-Berlin mit seinerzeit über 3.000 Mitgliedern die größte vom Senat anerkannte Organisation von ehemals Verfolgten des Nationalsozialismus war.

Referat Neofaschismus im BVN

Das Referat N wurde im Spätsommer 1953 gegründet, seine Leitung oblag dem langjährigen BVN-Mitglied Hans Kretschmer. Als sogenannter »Mischling I. Grades« war er in der NS-Zeit zahlreichen Repressionen ausgesetzt gewesen und hatte Zwangsarbeit leisten müssen; enge Familienmitglieder waren deportiert und ermordet worden. Seit 1953 war Kretschmer Sekretär in der BVN-Geschäftsstelle, ab 1956 zählte er zum Vorstand des Verbandes. Sein Referat N bot eine Sprechstunde an, in der antisemitische und neonazistische Vorfälle gemeldet werden konnten. Kretschmer sammelte Material und legte ein umfangreiches Archiv von Zeitungen und Schriften der extremen Rechten an. Regelmäßig präsentierte er dieses Material auf Veranstaltungen in West-Berlin und vereinzelt auch in der Bundesrepublik. Im BVN-Mitteilungsorgan Die Mahnung berichtete Kretschmer über Organisationen und Publikationen der extremen Rechten im In- und Ausland. Das Referat N beschränkte sich aber nicht nur auf das Sammeln und Informieren. Ebenso wurden Veranstaltungen von extrem rechten Parteien und Gruppierungen besucht und ausgewertet. Auf einer BVN-Versammlung sagte Kretschmer 1954, die »Deutsche Partei« habe »genau wie vor 1933 einen Saalschutz«, bei der »Republikanischen Partei Deutschlands« könne wieder der Ruf »Juden raus« vernommen werden und auch der Ton bei der »Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS« (HIAG) sei »noch aus der Vergangenheit bekannt«. Als weitere gefährliche Gruppen nannte er die »Deutsche Freiheitspartei«, »Nation Europa«, die »Ethnographische Gesellschaft«, Soldaten- und Heimkehrerverbände und den Verein »Stahlhelm« in neuer Aufmachung.

Dass Mitte der 1950er Jahre überhaupt jemand diese Informationen zusammentrug, war alles andere als eine Selbstverständlichkeit. Im Fall des Referats N im BVN diente die Sammlung aber nicht zuletzt dem Selbstschutz, denn viele ehemals Verfolgte sahen sich seinerzeit durch das Auftreten extrem rechter Akteur*innen zunehmend bedroht. Nach Westdeutschland blickte man mit großer Sorge – dort sei es bereits »5 Minuten nach 12«, mahnte Kretschmer. Auch in West-Berlin wähnte man die Demokratie in Gefahr. Einzelne BVN-Angehörige befürchteten sogar, dass »die Renazifizierung (…) jetzt in Berlin auf vollen Touren zu laufen beginne«. Unter diesem Aspekt – so wurde gewarnt – müssten auch »Vorkommnisse wie das Treffen der Bärendivision (…) gesehen und bewertet werden«. Gemeint war damit ein großes Veteranen-Treffen von ehemaligen Angehörigen der Infanterie-Division der Wehrmacht, auch »Berliner Bärendivision« genannt, das Ende Mai 1955 in West-Berlin stattgefunden hatte. Proteste der VVN gegen die Veranstaltung waren von der West-Berliner Polizei mit äußerster Härte niedergeknüppelt worden, da der Verfolgtenverband als kommunistische Tarnorganisation galt.

Kampfbund gegen den Nazismus

Obgleich der BVN sehr distanziert war gegenüber der VVN und jeglichen kommunistischen Organisationen, hatten die Vorgänge um die »Bärendivision« viele ehemals Verfolgte im BVN aufgebracht. Das Vertrauen in staatliche Organe wurde weiter erschüttert, als eine Strafanzeige des Referats N gegen einen Redakteur wegen der Verunglimpfung des Widerstands gegen den Nationalsozialismus und der Leugnung von Opferzahlen des Holocaust ohne Erfolg blieb. Mehrmals wurden zudem Hinweise auf Treffen von Alt- und Neonazis von der Polizei ignoriert. Auch angesichts derartiger Vorfälle begrüßten viele BVN-Angehörige ausdrücklich die Pläne zur Gründung des Kampfbunds gegen den Nazismus (KgN). Der Bund sollte eine Weiterentwicklung des Referats N sein und extrem rechte Verbindungen aktiv bekämpfen. Er wollte, so erklärte es der beteiligte Kretschmer, auf »die Gefahren des Neofaschismus« aufmerksam machen und insbesondere die Jugend aufklären. Am 30. Januar 1956 – dem 23. Jahrestag der Machtübertragung an die Nationalsozialist*innen – trat der KgN mit zwei Veranstaltungen in West-Berlin an die Öffentlichkeit. Das nationale und internationale Presseecho auf die Gründung fiel wohlwollend aus. Die erklärten Gegner*innen des Kampfbunds nahmen dessen Auftritte ebenfalls wahr. Hinter ihrem Spott offenbarte sich entschiedene Feindschaft – in der extrem rechten Monatsschrift »Nation Europa« wurde der KgN abfällig als eine weitere Gruppe von »Naziriechern« bezeichnet.

Der Vorsitzende des Kampfbunds war Eugen Brommondt, der während der NS-Zeit in Berlin verschiedenen Widerstandsgruppen angehört hatte. Unter seiner Leitung beteiligte sich der KgN in West-Berlin ab 1956 an Protesten gegen extrem rechte Parteien und Zusammenschlüsse. Dazu gehörten eine Kampagne gegen Otto Strasser und seine »Deutsche Soziale Union« sowie die Mobilisierung gegen ein Treffen der HIAG und weitere Soldatenverbände. Insgesamt trat der KgN aber nur mit recht wenigen Auftritten in Erscheinung, was auch an seinen beschränkten finanziellen Mitteln gelegen haben dürfte. Offizielle West-Berliner Stellen und potenzielle Geldgeber standen ihm sehr misstrauisch gegenüber, denn der KgN wurde verdächtigt, Verbindungen nach Ost-Berlin zu unterhalten, da DDR-Zeitungen mehrmals über seine Treffen berichtet hatten. Wer diese Informationen nach Ost-Berlin lancierte, ist unbekannt. Klar ist jedoch, dass es dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR gelungen war, mehrere Inoffizielle Mitarbeiter*innen in den Kampfbund einzuschleusen.

Geheimdienste in West-Berlin

Diverse Stasi-Berichte geben detailliert Auskunft über den KgN, seine Arbeit und seine finanziellen Schwierigkeiten. Das Ende der Organisation führte schließlich die DDR herbei: Im Mai 1958 wurde der Vorsitzende Eugen Brommondt von der Staatssicherheit entführt. In einem MfS-Bericht über ihn stand, er habe jahrelang für verschiedene westliche Geheimdienste Spionage gegen die DDR betrieben. Sollte dies zutreffen, so könnte man von Ironie sprechen, dass ausgerechnet der Leiter der Organisation, die verdächtigt wurde, vom Osten gesteuert zu sein, stattdessen für westliche Geheimdienste gearbeitet hatte. Brommondt wurde in der DDR zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt, 1964 starb er in der Sonderhaftanstalt der Staatssicherheit in Bautzen. Seine genauen Todesumstände sind ungeklärt.

Nach der Entführung von Brommondt aus West-Berlin überstand der KgN nur noch wenige Monate, dann wurde die Organisation aufgelöst.

Das antikommunistische Klima der 1950er Jahre und die Furcht vor Agent*innen bekam auch das Referat N zu spüren. Hier war es der DDR-Staatssicherheit ebenfalls gelungen, Inoffizielle Mitarbeiter*innen einzuschleusen, welche die Arbeit des Referats und dessen Angehörige bespitzelten. Anfang 1957 kursierte im BVN plötzlich das Gerücht, Akten aus Hans Kretschmers Büro seien verschwunden. Kurze Zeit später war von Diebstahl die Rede. Schließlich wurde Kretschmer vorgeworfen, er habe Dokumente an die DDR verkauft. Eine Rehabilitierung von Kretschmer erfolgte auch dann nicht, als sich später herausstellte, dass die Vorwürfe gegen ihn haltlos waren. Das Referat N existierte nur noch kurze Zeit, dann wurde die Arbeit stillschweigend eingestellt.

Sensibilisierung der Jugend

Ob und in welchem Umfang der BVN später über die Geheimdiensttätigkeiten im KgN und im Referat N informiert wurde, ist unbekannt. Zumindest die Auflösung des Referats N stieß im Verband jedoch nicht nur auf Zustimmung. So gab es wiederholt Äußerungen darüber, welch gute Verbindungen Kretschmer zur West-Berliner Studierendenschaft aufgebaut habe – was angesichts der immer älter werdenden BVN-Mitgliedschaft ein nicht zu unterschätzender Faktor war. Tatsächlich arbeiteten KgN und Referat N von Beginn an mit Organisationen wie der Gewerkschaftlichen Studentengemeinschaft, den Falken, der Jugendorganisation der Internationalen Liga für Menschenrechte oder dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund zusammen. Ebenjene Organisationen warnten Ende der 1950er Jahre wiederholt vor neonazistischen Aktivitäten und mobilisierten gegen Veranstaltungen der extremen Rechten. Auch trugen diese Jugend- und Studierendenorganisationen im Januar 1960 maßgeblich dazu bei, dass in West-Berlin als Reaktion auf die sogenannte Hakenkreuz-Schmierwelle große Demonstrationen gegen Antisemitismus und Neonazismus organisiert wurden. Dies kann auch als Einfluss des Engagements von Referat N und KgN angesehen werden. Für kurze Zeit leisteten beide Initiativen einen wichtigen Beitrag zur Aufklärung über extrem rechte Akteur*innen und für die politische Bildungsarbeit in West-Berlin. Sie waren Wegbereiterinnen für eine Sensibilisierung gegenüber neonazistischen Umtrieben.

#Antikommunismus

Antifaschismus. Gestern – Heute – Morgen

von Volkmar Wölk



1921. Im Geburtsjahr des Antifaschismus wurde Walter Laqueur geboren. Der Faschismus an der Macht zwang ihn 1938 zur Emigration nach Palästina und prägte sein Leben und seine Arbeit. Er war Mitbegründer des Journal of Contemporary History und langjähriger Leiter der renommierten Wiener Library in London. Lange vor dem rasanten Aufstieg von Parteien der extremen Rechten, vor dem Aufstieg von Autokraten und autoritären Regimes stand für ihn fest, dass der Faschismus nicht nur auf »seine Epoche« (Ernst Nolte) beschränkt ist, sondern dass es »Faschismus. Gestern – Heute – Morgen« gibt.
Die Zukunftschancen für eine faschistische Herrschaft in Europa beurteilte er vor 25 Jahren als gering, machte allerdings eine bedeutsame Einschränkung: »Außerdem erscheinen Europäer wie Amerikaner zu wohlhabend und lethargisch, um energisch für ein solches System zu kämpfen – es sei denn, sie befänden sich in einer so tiefen Krise, wie sie zur Zeit nicht vorstellbar ist.«
Es sei denn… Der Faschismus befinde sich sozusagen im Wartestand. Und: Der Faschismus habe viele Gesichter, »von denen einige alt und vertraut, andere hingegen unbekannt sind«. Nur eine Binsenweisheit? Viel mehr als das! Es geht um nichts weniger als um das Grundproblem des Antifaschismus in der Bundesrepublik bis 1989: Wann können wir berechtigt und ohne Übertreibung von Faschismus sprechen? Was ist das »faschistische Minimum«, das es zu bestimmen gilt? Was sichert das Überleben des Faschismus in der Demokratie statt als Gegner der Demokratie? Was ist der ideologische Kitt, der dafür sorgt, dass der Faschismus in der Gesellschaft haften bleibt?
Es ist naheliegend, dass in Deutschland die Auseinandersetzung mit der NSDAP und dem NS-Regime zentral war. Faschismusforschung hierzulande beschäftigte sich fast ausschließlich mit der Historie. Faschismus war eine Angelegenheit der Vergangenheit, die es aufzuarbeiten galt. Doch Aufarbeitung der Vergangenheit bedeutete in der bürgerlichen Gesellschaft nur zu oft, dass nicht die Ursachen des Faschismus, seine Wirkungsweisen in der Gesellschaft, seine Faszination für breite Teile der Bevölkerung, die notwendigen Konsequenzen aus seinen Verbrechen analysiert worden wären, sondern im Gegenteil, dass ein Schlussstrich unter diese Vergangenheit gezogen werden sollte und sie möglichst aus der Erinnerung entschwinden möge. Antifaschismus war somit in diesem Land notwendigerweise immer zunächst der Kampf um die Erinnerung. Es war der Kampf darum, aufzuzeigen, dass nicht nur die Nazis von einst weiterhin aktiv waren, zum Beispiel bei den Treffen der «Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS«. Auch die neuen Nazis wuchsen nach, zum Beispiel in den zahlreichen Wehrsportgruppen, aus denen die erste Generation der Nachkriegs-Naziterroristen hervorging. Antifaschismus bedeutete, den Finger in die Wunde zu legen. Jenseits des Kampfes um die Erinnerung ging



es um den konkreten Nachweis, dass die alten Nazis überall in der neuen Gesellschaft ihren Platz gefunden hatten, dass es nur weniger Modifikationen ihrer alten Ideologie bedurft hatte, damit sie wiederum als nützliche Glieder dieser Gesellschaft akzeptiert wurden. Ein Garant dafür war, dass sie die Leitideologie der neuen Republik – den Antikommunismus – verinnerlicht hatten.

Die entsprechenden Erfahrungen konnten fast tagtäglich gemacht werden. Auch und gerade in der Provinz. Auch und gerade nach jener relativ kurzen Phase, in der mit der NPD eine Partei der extremen Rechten bundesweit Erfolge feiern konnte. Auch und gerade in jenen kurzen Jahren der Hoffnung, dass Willy Brandts Versprechen »Mehr Demokratie wagen!« Wirklichkeit werden könnte.

Wenig später schlug die Stunde der Berufsverbote. Es war nicht mehr zu übersehen, dass nicht der Antifaschismus die Staatsdoktrin dieser Bundesrepublik war, sondern dass diese durch den Antikommunismus verkörpert wurde. Die Berufsverbote waren eine Kriegserklärung an die Generation der Revolte von 1967ff., die auch darum gekämpft hatte, dass die Nazi-Justiz nicht länger ungesühnt bleiben sollte, dass die NS-Täter*innen zur Verantwortung gezogen werden sollten, dass den Gefahren für die Demokratie durch die NPD durch eine umfassende Demokratisierung der Gesellschaft begegnet werden sollte. Die Forderung nach mehr Demokratie war identisch mit kommunistischer Propaganda, mit faktischer Komplizenschaft mit dem »Ostblock«. Darin war sich die Mehrheitsgesellschaft – von SPD bis NPD – einig.

Franz-Josef Degenhardt, ein Chronist der bundesdeutschen Linken, beschrieb diesen rechten Konsens der Provinz: »Wie oft hat man sie schon totgesagt, doch hier im Innern des Landes leben sie noch und folgen den Oberhirten und -lehrern, den Homöopathen und weisen Sehern. Sie lieben das erdverbundene Echte, hassen zutiefst das Entartete, Schlechte.«

Es herrschte nur selten gestörte Normalität. Die Normalität des Antikommunismus, der all das mit Wucht traf, was sich nicht mit dem Faschismus versöhnen wollte. Wenn ein CDU-Bürgermeister 1978 ein Treffen der neonazistischen »Unabhängigen Freundeskreise« begrüßte, dann war dies normal. Wenn wenige Monate später der SPD-Stadtdirektor des Nachbarortes ein Treffen des »Traditionsverbandes ehemaliger Schutz- und Überseetruppen« begrüßte, so war dies normal. Man war verbunden im Nationalismus und Antikommunismus. Wenn Antifaschist*innen dagegen protestierten, war dies ganz und gar nicht normal. Es war ein Angriff auf den Staat. Antifaschismus? In der Bundesrepublik? Staatsgefährdend!

#VVN

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes

Katharina Stengel



Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) war lange Jahre der mit Abstand größte Zusammenschluss von Verfolgten des Nationalsozialismus und Antifaschist*innen in West- und für kurze Zeit auch in Ostdeutschland. Sie entstand 1946 aus verschiedenen regionalen Vorläufern, wie etwa den Antifa-Ausschüssen und den Betreuungsstellen für NS-Verfolgte. Eine überparteiliche Zusammensetzung, insbesondere die Zusammenarbeit von Sozialdemokrat*innen und Kommunist*innen, wurde als Konsequenz aus der Niederlage der Arbeiter*innenbewegung 1933 ausdrücklich angestrebt. Auch viele Jüdinnen und Juden traten der Vereinigung bei, die um 1948 über 300.000 Mitglieder hatte.

Licht …

Die in der VVN organisierten Verfolgten wollten in der vom Nationalsozialismus befreiten Gesellschaft nicht erneut an den Rand gedrängt, sondern an der politischen Erneuerung beteiligt werden. In den Anfangsjahren ging es vor allem um die Betreuung der aus den Konzentrationslagern und Zuchthäusern zurückgekehrten Gefangenen, später um alle Belange rund um die »Wiedergutmachung«. Themen waren die Beseitigung des Nationalsozialismus in all seinen Formen, die Verfolgung der NS-Täter*innen, die Aufklärung der Bevölkerung sowie die Erinnerung an Verfolgung und Widerstand. Nur wenige gesellschaftliche Gruppen konnten sich trotz der schwierigen Bedingungen der Nachkriegsjahre so eng untereinander vernetzen. Die Mitglieder waren in fast allen wichtigen Behörden, Presseorganen und demokratischen Parteien vertreten. Die meisten öffentlichen Gedenkveranstaltungen für die Opfer des Nationalsozialismus wurden von der VVN (mit-)organisiert. Die entstehende Entschädigungsverwaltung wurde überwiegend von den Mitgliedern getragen, von denen zahlreiche auch an den Entnazifizierungsverfahren beteiligt waren. Zugleich gehörte die VVN zu den wenigen Kräften in Westdeutschland, die beispielsweise immer wieder den Antisemitismus der Nachkriegszeit thematisierten und anprangerten.

… und Schatten

Es gab jedoch auch Schattenseiten. Die Haltung vieler ehemaliger politischer Häftlinge den jüdischen Opfern gegenüber, insbesondere den Emigrant*innen und Displaced Persons (DPs), war nicht frei von Herablassung und Ressentiment. Es herrschte vielfach ein hierarchisierender Blick auf die verschiedenen Verfolgungsgründe und -geschichten, der sich in einer harten Abgrenzung gegenüber den »asozialen« und »kriminellen« KZ-Häftlingen und in Ignoranz gegenüber der spezifischen Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung von Jüdinnen und Juden sowie des Schicksals der Rom*nja und Sinti*zze sowie der Homosexuellen äußerte. In den Betreuungsstellen sorgten VVN-Mitglieder zum Teil gezielt dafür, dass sogenannte asoziale KZ-Häftlinge keine Unterstützung erhielten. In den Debatten um die künftigen Entschädigungsgesetze hatte die VVN vor allem die Interessen der politisch Verfolgten im Blick. Diese Ignoranz, die sie lange begleiten sollte, war zunächst typisch für das Milieu der antifaschistisch geprägten Verfolgtenverbände.

Zu Zeiten des Kalten Krieges

Mit den schärfer werdenden Konflikten des Kalten Krieges setzte ab 1948 ein Prozess der Marginalisierung ein, der die Vereinigung in die Nähe eines vollständigen Verbots brachte und die Vielfältigkeit sowie Anzahl der Mitglieder erheblich verringerte. Den Anfang machte 1948 die Sozialdemokratische Partei Deutschlands mit einem Unvereinbarkeitsbeschluss, 1950 folgte die Entlassung der VVN-Mitglieder aus dem öffentlichen Dienst, mehrere Landesverbände und die Dachorganisation wurden verboten. Der Vorwurf lautete Verfassungsfeindlichkeit und zu große Nähe zur Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) sowie zur Deutschen Demokratischen Republik (DDR). Während die Dominanz der Parteikommunist*innen größer wurde, verließen viele Nicht-Kommunist*innen und Mitglieder der jüdischen Gemeinden die Vereinigung. Der Staatsschutz der jungen Bundesrepublik Deutschland (BRD) agierte bald mit größter Härte gegen den antifaschistischen Verband mit unmittelbaren Folgen für die einzelnen Mitglieder, aber auch für die öffentliche Präsenz der NS-Verfolgten in der Nachkriegsgesellschaft.

Gleichzeitig wurde die VVN in der DDR ein Opfer der spätstalinistischen und antisemitischen »Parteisäuberungen«. Sie wurde 1953 aufgelöst und durch ein Komitee handverlesener Funktionäre (Komitee des antifaschistischen Widerstands) ersetzt. Dem DDR-Regime war die Repräsentation und Organisierung der jüdischen Verfolgten sowie der politische Einfluss der ehemaligen Widerstandskämpfer*innen und West-Emigrant*innen ein Dorn im Auge. Die organisierten NS-Verfolgten machten also in Ost- wie in Westdeutschland die Erfahrung, als Störfaktoren der postnazistischen Gesellschaften behandelt und verfolgt zu werden.



Schon seit den 1950er Jahren aktiv gegen Antisemitismus

(Ent-)Nazifizierung

Es ist schon lange kein Geheimnis mehr, dass die VVN-West spätestens seit den 1950er Jahren wesentlich durch die DDR finanziert worden war, was sich auch in ihren Aktivitäten und ihrer Rhetorik niederschlug. Ab 1950 beteiligte sie sich an den DDR-Kampagnen für die Wiedervereinigung, gegen die Wiederbewaffnung der BRD und ihre Integration in westliche Verteidigungsbündnisse. Während die unmittelbaren Anliegen der NS-Verfolgten eher in den Hintergrund traten, nahm der Kampf gegen die (westliche) atomare Aufrüstung für einige Jahre eine zentrale Stellung ein; die VVN wurde ein wichtiger Teil der westdeutschen Friedensbewegung.

In der Auseinandersetzung um die Vereinigung kamen zwei Konflikte zusammen: ideologische Fragen aus dem Kontext des Kalten Krieges und die umstrittenen gesellschaftlichen Konsequenzen aus 12 Jahren NS-Herrschaft. Um 1950 wurden in der BRD die Weichen gestellt für den künftigen Umgang mit der NS-Vergangenheit. Es ging um Entnazifizierung, die Integration der ehemaligen Nazis in die Nachkriegsgesellschaft und die Amnestierung verurteilter NS-Verbrecher*innen. Die VVN war eine der wichtigsten Opponenten einer auf einen Schlussstrich ausgerichteten Vergangenheitspolitik. Sie wies immer wieder auf personelle und ideologische Kontinuitäten hin, benannte Verantwortliche, forderte Konsequenzen ein und konfrontierte die Gesellschaft mit der Frage, wie es zu den NS-Verbrechen kommen konnte. Die Wiedereinstellung der ehemaligen NS-Beamt*innen und der Mitglieder der »Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei« (NSDAP) erfolgte Anfang der 1950er Jahre – fast im gleichen Atemzug mit der Entfernung der KPD- und vieler VVN-Mitglieder aus dem öffentlichen Dienst. 1962 scheiterte das Verbotsverfahren gegen die VVN daran, dass sie den Vorsitzenden Richter mit seiner NS-Vergangenheit konfrontieren konnte. Das Verfahren wurde nicht wieder aufgenommen.

Den Finger in die Wunde legen

Die föderalistisch organisierte West-VVN hatte bis 1989 ein Präsidium mit angegliederten Referaten für verschiedene Tätigkeitsschwerpunkte in Frankfurt am Main. In Frankfurt saß auch der VVN-eigene, sehr aktive Röderberg-Verlag, bei dem neben zahlreichen Büchern die eigene Wochenzeitung Die Tat erschien.

Ein Schwerpunkt blieb weiterhin die Unterstützung und Betreuung der ehemaligen NS-Verfolgten. Der Verband konnte zwar aufgrund seiner politischen Marginalisierung nur wenig Einfluss auf die Entschädigungsgesetzgebung nehmen, aber er unterstützte über Jahrzehnte die Mitglieder in ihren Verfahren und gab wichtige Publikationen zum Entschädigungsrecht heraus. Ein zentrales Anliegen war die Dokumentation von NS-Verbrechen und die Sammlung von Zeug*innenberichten. Aus den frühen Beständen der VVN sind zahlreiche Berichte von KZ- und Zuchthausüberlebenden überliefert sowie eine große Materialsammlung zu allen damals bekannten Konzentrations- und Vernichtungslagern, Zuchthäusern sowie Euthanasiemordanstalten. Zum Teil wurde diese Tätigkeit später in den meist mit der VVN verbundenen Lagerkomitees fortgeführt, die sich für die Errichtung von Gedenkstätten und die Forschung zur jeweiligen Lagergeschichte engagierten. Seit den 1960er Jahren bemühten sich die Mitglieder verstärkt darum, Einfluss auf die Darstellung und Vermittlung der Geschichte des NS und des antifaschistischen Widerstands zu nehmen. Hieraus entstand der Studienkreis deutscher Widerstand, der heute noch in Frankfurt am Main tätig ist und ein Archiv unterhält.

Eine der langlebigsten und öffentlichkeitswirksamsten Aktivitäten war die Recherche zu NS-Täter*innen. Das seit Anfang der 1960er Jahre existierende Referat NS-Täter hat hunderte von Aktenordnern mit Recherchen zu einzelnen NS-Funktionär*innen und Tatverdächtigen hinterlassen. Aus diesem Referat stammte auch die von 1965 bis 1984 in kleiner Auflage herausgegebene Monatsschrift »Statistik über NS-Prozesse«, die einzige Veröffentlichung, die kontinuierlich über alle NS-Prozesse in der BRD informierte. Die VVN konnte – zum Teil mit Hilfe aus der DDR und anderen osteuropäischen Ländern – immer wieder den Finger in die Wunde der nur halbherzig durchgeführten Entnazifizierung und der phasenweise fast eingestellten juristischen Verfolgung von NS-Verbrechen legen und handfeste Skandale auslösen.

Bund mit den Antifaschist*innen

Die VVN war und ist eng verbunden mit vielen internationalen antifaschistischen Organisationen. 1971 gelang ihr, was vielen Verfolgtenverbänden nicht gelingen wollte: Sie öffnete sich für nachfolgende Generationen und benannte sich in VVN/Bund der Antifaschisten um. Seit den 1970er Jahren richtete sie ihr Augenmerk verstärkt auf den bundesdeutschen Neofaschismus, Geschichtsrevisionismus und rechten Terror. Der Zusammenbruch der DDR führte mit dem Wegfall des größten Teils der Finanzierung zu einer existenziellen Krise, von der sich die Vereinigung nur langsam erholte. Heute ist der Bundesverband in Berlin insbesondere in der politischen Bildung und im Kampf gegen Neonazis aktiv und kämpft erneut gegen politische Entscheidungen, die eine erhebliche finanzielle Bedrohung darstellen. Aufgrund der Erwähnung als »extremistische Organisation« im bayerischen Verfassungsschutzbericht wurde der VVN 2019 die steuerliche Gemeinnützigkeit aberkannt. Mittlerweile wird die Gemeinnützigkeit durch das Finanzamt in Berlin wieder anerkannt und die Bundesvereinigung der VVN-BdA wird im bayerischen Verfassungsschutzbericht 2019 nicht mehr als »extremistische Organisation« eingestuft.

#GeorgHerde

Gegen den Revanchismus

Auch wenn es heutzutage ruhiger um die »Vertriebenenverbände« geworden ist, in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik hatten sie politisches Gewicht und standen aufgrund ihrer revanchistischen Politik im Fokus von Antifaschist*innen wie Georg Herde und den Neuen Kommentaren.

von Simon Gabert

Als der 1919 geborene Georg Herde Ende 1949 aus viereinhalbjähriger sowjetischer Kriegsgefangenschaft zurückkehrte, hatte er sich zum überzeugten Antifaschisten entwickelt. Seine Familie war aus der alten Heimat – die Stadt Neiße war nun polnisch und heißt Nysa – nach Hessen umgesiedelt worden. Hier gehörte Herde 1951 zu den Gründer*innen des Westdeutschen Flüchtlingskongresses (WFK). Dieser hatte es sich zur Aufgabe gemacht, Umsiedler*innen in Westdeutschland vor einem politischen Missbrauch von Rechts zu bewahren. Zu den Forderungen gehörte die volle Eingliederung der Umsiedler*innen in die neue Gesellschaft sowie eine Entschädigung für ihre Verluste. Doch dem WFK stand ein mächtiger und einflussreicher Gegner gegenüber: Die in Westdeutschland gegründeten Verbände der »Vertriebenen« hatten sich 1948 zur »Gesamtvertretung der Ostvertriebenen« zusammengeschlossen. Sie verstanden sich als alleinige Vertretung aller aus dem Osten umgesiedelten Menschen, dabei waren die meisten gar nicht Mitglied. Revanchistische Forderungen nach Rückgabe der verlorenen Ostgebiete fanden damals bis in den Bundestag große Resonanz.

Bis 1958 gehörte Herde zu den Redakteur*innen fortschrittlicher Publikationen der Umsiedler*innen wie Die Flüchtlingsstimme, Im Brennpunkt und Unser Recht. Dort schrieb er gegen jene Kräfte in der jungen Bundesrepublik an, die mit den Mitteln des Antikommunismus, Revanchismus und Chauvinismus versuchten, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. 1958, zwei Jahre nach dem Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), wurden der WFK und dessen Publikationen als »Hilfs- und Tarnorganisationen der KPD und der SED« in der Bundesrepublik verboten. Damit war eine weitere fortschrittliche Stimme gegen den Revanchismus und für eine Verständigung mit den sozialistischen Ländern im Osten ausgeschaltet. Mit dem Verbot der KPD und der ihr nahestehenden Organisationen folgten Jahre der Drangsalierungen und Verfolgungen. Tausende Menschen, darunter nicht wenige ehemalige antifaschistische Widerstandskämpfer*innen, landeten wieder im Gefängnis. Ebenfalls 1958 begann Herde in Frankfurt am Main mit der Herausgabe des Presse- und Informationsdienstes Neue Kommentare. In diesen berichtete er zweimal im Monat über revanchistische Organisationen und Einrichtungen, ihre Führer und Verbindungen zu Regierung, Parteien und ihren Einfluss auf das politische und gesellschaftliche Leben. Aufgegriffen wurden revanchistische Positionen in Schulbüchern, die staatliche Finanzierung von revanchistischen Verbänden, städtische Patenschaften mit Orten in den ehemaligen deutschen Ostgebieten und auch die Wühlarbeit der Revanchist*innen unter deutschsprachigen Menschen dort. Dabei enthüllte er die NS-Vergangenheit so mancher »Vertriebenen«-Funktionär*innen und ihrer Unterstützer*innen aus Parteien, wie zum Beispiel des Bundesministers Theodor Oberländer (CDU), einst Führer des nazistischen »Bunds Deutscher Osten«. Auch die Verbindungen in den wachsenden Neofaschismus und die immer noch umtriebigen ehemaligen NS-Kollaborateure hatte Herde im Blick.

1960 veröffentlichte er mit Hans Maier die Broschüre »...bis alles in Scherben fällt...« über das Wiederaufleben nazistischer und antisemitischer Ideologien. Durch seine publizistische Tätigkeit wurde Herde zur Zielscheibe der Revanchist*innen. Sie griffen Herde in ihren Publikationen und über mit ihnen verbundene Medien scharf an und zerrten ihn mehrfach vor Gericht, was ihn 1968 sogar für einige Wochen in ein Untersuchungsgefängnis brachte. Höhnisch schrieben sie über »den roten Spion«, der »endlich aufflog«. Mit den – letztlich erfolglosen – Kämpfen (»Verzicht ist Verrat«) gegen den Abschluss der Ostverträge Anfang der 1970er Jahre hatte der bundesdeutsche Revanchismus endgültig seinen Zenit überschritten. Die Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen war nun ebenso vertraglich geregelt wie der Verzicht auf jedwede Gebietsansprüche. Von diesem Schlag haben sich die revanchistischen Kräfte in der Bundesrepublik nie wieder erholt. Die Neuen Kommentare erschienen – zuletzt monatlich – noch bis 1980. Danach veröffentlichte Herde diverse Broschüren für die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA). Weiterhin hatte er die Entwicklung der »Vertriebenen«-Verbände und die deutsche Außenpolitik im Blick und dokumentierte diese. 1987 schließlich veröffentlichte er gemeinsam mit seiner langjährigen Mitarbeiterin, der Journalistin Alexa Stolze (1930-2020), das bis heute gültige Standardwerk zu einer wichtigen Organisation des bundesdeutschen Revanchismus: »Die Sudetendeutsche Landsmannschaft. Geschichte, Personen, Hintergründe – eine kritische Bestandsaufnahme«. Die im Laufe der Jahrzehnte gesammelten Unterlagen und Dokumente versuchte Alexa Stolze nach dem Tod Georg Herdes in den 1990er Jahren als eigenständiges Archiv-Projekt zu erhalten. Als absehbar wurde, dass Stolze das Projekt altersbedingt und finanziell nicht weiterführen konnte, übernahm die VVN-BdA den Bestand und integrierte ihn in das Hartmut-Meyer-Archiv. Hier stellt es heute eine wichtige Ergänzung zu den bereits vorhandenen Beständen dar und wird auch weiterhin im Kampf gegen den Neofaschismus genutzt.

»bedeutsame Ressource für Bildung, Haltung und Recherche«

#Publikationen

Streifzug durch Zeitschriften

Die antifaschistische Bewegung hat in den letzten Jahrzehnten eine Vielzahl von Zeitschriften hervorgebracht. Sie sind nach wie vor eine bedeutsame Ressource für Bildung, Haltung und Recherche. Eine Würdigung.

von Fabian Virchow

Wer heute einen wohl sortierten linken Buchladen betritt, sollte zumindest zwei antifaschistische Zeitschriften im Angebot finden: das Antifaschistische Infoblatt (AIB) und der rechte rand (drr) – in Nordrhein-Westfalen und Hessen allerdings auch die Lotta. Diese regelmäßig erscheinenden Publikationen sind – inzwischen auch mit der entsprechenden Sichtbarkeit im Internet und über Microblogs – die derzeit wohl bekanntesten Plattformen für die Vermittlung antifaschistischer Recherche und Einschätzung über Entwicklungen im Spektrum der populistischen und extremen Rechten.

Die Anfänge 1950

Viele antifaschistische Zeitschriften wurden in den späten 1980er Jahren gegründet – nicht zuletzt als Reaktion darauf, dass extrem rechte Parteien in der Bundesrepublik wieder erfolgreich an Wahlen teilnahmen und Abgeordnete in Landesparlamente entsenden konnten. Darüber sollte jedoch nicht vergessen werden, dass es bereits davor regelmäßig erscheinende Publikationen wie die Wochenzeitung Die Tat gab; in ihr informierte die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes seit 1950 breit über rechte und reaktionäre Entwicklungen im postfaschistischen Deutschland. Als namentlich erweiterte Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN/BdA) wurden zahlreiche Blätter verantwortet, in denen regelmäßig auch über die NS-Verbrechen, den antifaschistischen Widerstand und das Gedenken an die Opfer des Faschismus berichtet wurde.
In den 1980er Jahren gab es die AID – Argumentation, Information, Dokumentation, in den 1990er Jahren folgte die Antifa-Rundschau, heute erscheint immer noch zweimonatlich das Magazin Antifa, in der auch über Aktivitäten ihrer einzelnen Verbände auf Orts-, Kreis- und Landesebene berichtet wird. Zur Publikationstätigkeit der VVN/BdA zähl(t)en zudem zahlreiche örtliche und regionale Rundbriefe und Zeitungen, wie zum Beispiel der Antifa-Rundbrief (VVN/BdA Schleswig-Holstein) oder die Antifa-Nachrichten vom Landesverband in Baden-Württemberg.

Breit aufgestellt

Mit den Antifaschistischen Nachrichten der Organisation Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – ab 1993 im Verbund mit anderen Organisationen und Einzelpersonen – gab es von 1985 bis Oktober 2016 eine vierzehntägig erscheinende Publikation, die in meist kurzen Meldungen nicht nur aktuelle Entwicklungen der extremen und reaktionären Rechten, sondern auch antifaschistische Aktionen abbildete. Zum festen Bestandteil gehörten auch Informationen zur Asyl-, Ausländer- und Migrationspolitik aus antirassistischer Perspektive. Bereits 1984 war – zunächst auf Initiative des Pressedienst Demokratische Initiative in München, dann über viele Jahre in Verantwortung der SPD – die Zeitschrift Blick nach rechts ins Leben gerufen worden. Nach dreißig Jahren wurde er im Jahr 2004 auf ein rein digitales Format umgestellt. Die Partei Die Linke hat Einschätzungen und Informationen zu rechten Entwicklungen, Aktivitäten und Strukturen unter anderem im Rundbrief der AG Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Bundesvorstand der Partei Die Linke bereitgestellt.
Die Zusammenstellung von thematisch relevanten Zeitungsartikeln war zeitweise eine wichtige Ressource. So etwa in dem seit Mitte der 1980er Jahre vom Bezirksjugendwerk der Arbeiterwohlfahrt Baden verantworteten Antifaschistischen Informationsdienst oder Anfang der 1990er Jahre in Der Bericht vom Arbeitskreis Antirassistisches Plenum aus Seevetal südlich von Hamburg. Im Laufe der Jahre wurde darüber hinausgehende Recherche zu extrem rechten und reaktionären Strukturen, Ereignissen und Aktivitäten ein Merkmal der großen Zahl von antifaschistischen Zeitungen und Zeitschriften, die vor allem von lokalen oder regionalen antifaschistischen Initiativen herausgegeben wurden.

Antifaschistische Nachrichten 24

G 3336 D 25.11.1999/15. Jahrg./ISSN 0945-3946 2,50 DM

Das Gefeilsche der deutschen Industrie muss aufhören!

Klare Berechnungsgrundlage für Zwangsarbeiterentschädigung erforderlich
Bundesverband fordert höhere Beteiligung der einzelnen Unternehmen

„Das Angebot der deutschen Wirtschaft ist unzureichend und wird deren historischer und moralischer Verantwortung in keiner Weise gerecht," so Lothar Evers, Sprecher des Bundesverbandes Information & Beratung für NS-Verfolgte zum neuen Angebot der Stiftungsinitiative „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" der deutschen Wirtschaft, 5 Milliarden DM zur Bereinigung von Vergehen der Unternehmen während der NS-Zeit bereitzustellen.

„Zwar hat die Industrie eine Milliarde zusätzlich angeboten," so Evers. „Sie weigert sich jedoch, für diese Summe eine Garantie zu übernehmen, da das Geld erst bei den heute noch nicht an der Initiative beteiligten Firmen eingesammelt werden muß.

Die Überlebenden brauchen endlich Rechtssicherheit. Den Firmen ist bereits zugesagt worden, daß sie in Zukunft mit keinen weiteren Klagen rechnen müssen. Die Opfer wissen immer noch nicht, was sie für ihre verlorenen Jahre, ruinierte Gesundheit und bleibenden Schäden zu erwarten haben. Sie dürfen nicht zum Objekt der inhaltlichen und organisatorischen Schwierigkeiten der Stiftungsinitiative werden.

Wir fordern die an der Initiative beteiligten Unternehmen daher auf, ihre jeweilige finanzielle Beteiligung an der Initiative öffentlich zu machen und damit eine klare Berechnungsgrundlage auch für weitere Firmen, die sich beteiligen wollen, anzubieten. Dabei sollte sich die Berechnung der Einzahlung sowohl an der Zahl der beschäftigten Sklavenarbeiter als auch an der heutigen Gewinnsituation des Unternehmens orientieren. Nur so kann es gelingen, schnell und nach transparenten Kriterien weitere Unternehmen für eine finanzielle Beteiligung zu gewinnen.

Wir schlagen hierzu folgende Eckdaten vor:

- 30.000 DM als ersparte Lohnkosten pro eingesetztem KZ-Häftling. Das entspricht dem ersparten Lohn bei einer durchschnittlichen Dauer der Zwangsarbeit von zwei Jahren.
- 10.000 DM pro eingesetztem Zwangsarbeiter außerhalb des KZ-Systems. Diese Summe erkennt die Leistung der Zwangsarbeiter für den Produktivitätsfortschritt und die erzielten Gewinne der Unternehmen an.
- Eine weitere Summe je nach Gewinnsituation der Unternehmen.

Auch diese Summe sollte öffentlich gemacht werden. Sie dient als humanitärer Ausgleich für das den Überlebenden zugefügte Unrecht.

Die an der Stiftungsinitiative schon beteiligten Unternehmen sind bisher nicht bereit, mehr als jeweils 200 Millionen DM einzuzahlen. Auch diese Summe muß entsprechend der angeführten Kriterien erhöht werden.

Die Fraktionen des Deutschen Bundestages sollten umgehend und unter Beteiligung der Überlebenden eine öffentliche Anhörung zur Frage der Angemessenheit der finanziellen Beteiligung und der zukünftigen Ausgestaltung einer Bundesstiftung durchführen."

Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte e.V



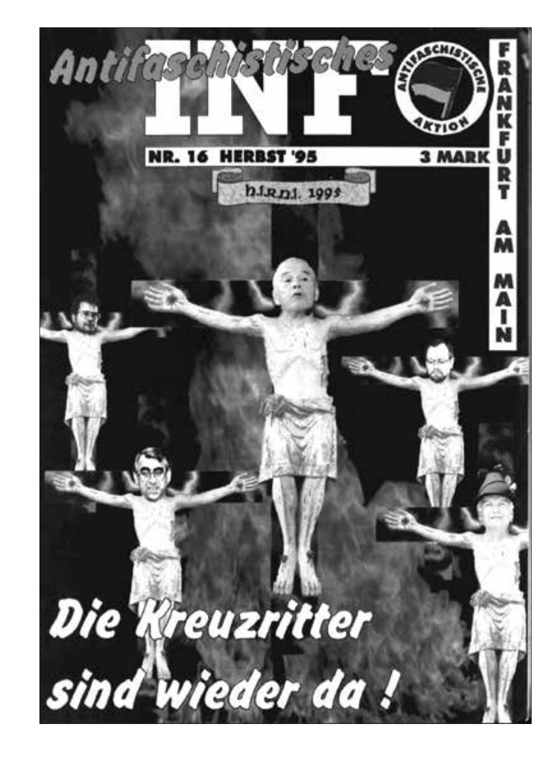
Russische Zwangsarbeiter in einem süddeutschen Rüstungsbetrieb

Das Angebot der Industrie, ihre Zahlung für die Entschädigung der NS-Zwangsarbeiter zu erhöhen, war überfällig. Aber die eine Milliarde DM mehr, die die Industrie nun in den drei Wochen bis zur nächsten Runde in Washington versuchen will aufzubringen, sind noch immer viel zu wenig. Die Anwälte der NS-Opfer haben Recht. Die Mindestentschädigung für NS-Zwangsarbeit muss zwischen 10 und 15 Milliarden DM liegen. Nur so ist gewährleistet, dass wirklich alle NS-Zwangsarbeiterinnen, auch und vor allem die in Osteuropa, auch die Landarbeiter! wenigstens teilweise Schadenersatz für die in der NS-Zeit erlittene unmenschliche Quälerei und Freiheitsberaubung erhalten.
Die deutsche Industrie scheint immer noch nicht begriffen zu haben, welcher Verantwortung sie sich endlich stellen muss. Die Ausbeutung von fast 15 Millionen Zwangsarbeitern während der NS-Zeit war ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Dieses Verbrechen muss wenigstens teilweise durch Schadenersatz der Täter an die Opfer gesühnt werden, eine Zahlung, die die deutsche Industrie bis auf ganz wenige Unternehmen bis heute vermieden hat.
Das unwürdige Gefeilsche der Industrie muss spätestens in Washington Anfang Dezember ein Ende haben. Die Industrie soll nicht glauben, aus Steuergeldern noch eine Erhöhung der Zahlung der Bundesregierung zu erreichen. Entschädigung für NS-Zwangsarbeit ist keine Aufgabe der Steuerzahler. Jetzt ist die Wirtschaft dran. Und für Unternehmen, die keine Entschädigung zahlen, darf es auch keine Rechtssicherheit gegen Entschädigungsforderungen geben. Darüber wird schon nächste Woche im Bundestag zu sprechen sein.

Ulla Jelpke, MdB PDS

50 Unternehmen haben inzwischen ihre Beteiligung am Fond zugesagt. Über 2000 fehlen noch: Das „Neue Deutschland" vom 16.11.99 veröffentlichte eine Liste von 2498 Firmen, die Zwangsarbeiter beschäftigt hatten. Sie stützt sich auf Listen des ITS (International Tracing Service - Suchdienst in Arolsen, von den Alliierten eingerichtet) aus den Jahren 1949-1951, die das bis heute umfassendste Lagerverzeichnis des Nazi-Regimes darstellen. Spätere Listen berücksichtigen nicht mehr alle Opfergruppen.

Aus dem Inhalt:





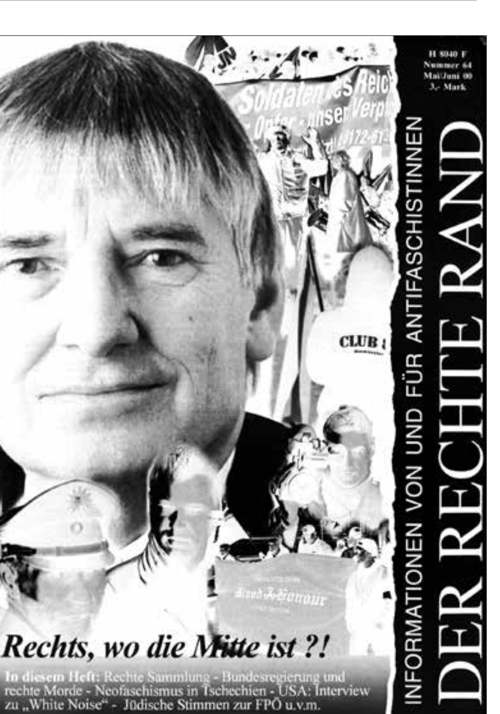












(Dis-)Kontinuitäten

Manche stellten nach wenigen Ausgaben ihr Erscheinen wieder ein, wie etwa das Neumünsteraner Antifa-Info oder Wattwurm (Bremerhaven). Andere informierten über mehrere Jahre, wie der Antifaschistische Rundbrief aus Halle an der Saale, die Celler Antifa Nachrichten, das Krass. Kölner Antifa-Info, die VANU-News aus Gießen, Alerta Südthüringen, Das Nestbeschmutz (Göttingen) oder … hinter den Kulissen und die Rabaz, die über rechte Entwicklungen in Brandenburg beziehungsweise Bayern informierten. In Schleswig-Holstein teilten Antifaschist*innen ihre Recherche und Einschätzungen mehr als zwanzig Jahre in Gestalt der Enough Is Enough beziehungsweise deren Vorläuferprojekten Antifaschistische Zeitung (Lübeck) und Atze (Kiel) mit. In manchen Fällen waren die jeweiligen Publikationen auch an Archive oder Bildungseinrichtungen angeschlossen. Exemplarisch zu nennen sind hier der Rundbrief des Bildungs- und Solidaritätswerks Anna Seghers in Wiesbaden, die Archiv-Notizen des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung und die Archiv-Nachrichten der Coburger Gruppe Archiv. Außerdem monitor, der Rundbrief des Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin, von dem seit 2001 neunzig Ausgaben existieren und weitere erscheinen.

Auch in der ausgehenden DDR gab es kurzzeitig eine antifaschistische Zeitschrift, zunächst produziert im oppositionellen Untergrund. Von Juli 1989 bis Mitte 1990 brachte die Antifa in der Kirche von Unten beziehungsweise später die Autonome Antifa Ostberlin insgesamt drei Ausgaben des Antifa Infoblatt Ostberlin heraus. Darin wurde unter anderem über Neonazi-Umtriebe, gesellschaftlichen Rassismus und antifaschistische Aktionen berichtet.

Nicht nur Antifa

Dabei unterschied sich das Selbstverständnis der Gruppen, die solche Publikationen trugen, durchaus. Beschränkten sich viele auf die Bereitstellung von Informationen zu extrem rechten Akteur*innen, so verfolgten andere einen breiteren Ansatz und nahmen auch kritisch zur Entwicklung in der Türkei oder zu Fragen der Aufrüstung Stellung. ARNie, der Inforundbrief des Antifaschistischen Aktionsbündnisses Rhein-Neckar, und die AntifaZ. Zeitung gegen Rassismus, Faschismus und Imperialismus des Antifaschistischen Bunds (AFB) mögen hierfür als Beispiele dienen.

Manche der Publikationen bedienten einen dezidiert thematischen Schwerpunkt, wie das seit 1995 vom Antifa Archiv Osnabrück herausgegebene Blatt Burschen Raus!, richteten sich besonders an junge Menschen oder nahmen aus einer gewerkschaftlichen Perspektive Stellung, wie der Rundbrief antifaschistischer/antirassistischer GewerkschafterInnen (RAG). Unterschiede gibt es auch hinsichtlich der Frage, in welchem Umfang die jeweiligen Publikationen der antifaschistischen Bewegung Platz für Debatten über Strategie und Taktik einräumten; hier kann beispielsweise das AIB als bewegungsnäher als drr gelten. In manchen Fällen gab es auch Kooperationen der antifaschistischen Zeitschriften; so wurden Veranstaltungsreihen oder gemeinsame Hefte produziert. Die Berichterstattung über extrem rechte Organisationen und Gewalt profitierte zudem von der Vernetzung mit antifaschistischen Zeitschriften und Projekten in vielen anderen Ländern. Gescheitert sind die Versuche des Brückenschlags zu migrantischen Antifa-Strukturen, etwa durch zweisprachige Ausgaben auf Deutsch und Türkisch.

Auch wenn viele der hier genannten Zeitschriften nur einige Jahre existierten, ist eine große Stärke dieser antifaschistischen Publizistik die langjährige Kontinuität. Nimmt man das AIB (seit 1987) und drr (seit 1989), aber auch die Lotta, so lässt sich an deren Berichterstattung und Analysen eine gehaltvolle Geschichte der populistischen und extremen Rechten der Bundesrepublik schreiben. In zahllosen Fällen lag eine belastbare und durch Fakten gestützte Bewertung neuer Entwicklungen der politischen Rechten deutlich früher vor als von Seiten der Sicherheitsbehörden. Für diese, aber auch für Wissenschaft und Journalismus, ist die antifaschistische Publizistik inzwischen eine Referenz.

Der populistischen und extremen Rechten ist die antifaschistische Publizistik ein Dorn im Auge. Versuche der Einschüchterung und der Schwächung durch Behauptungen der Falschberichterstattung sind bisher aber erfolglos geblieben.

#EduardWald

Der lange Marsch

von Volkmar Wölk

Es gibt Worte, die tödlich wirken wie Gift. Jedenfalls in einem bestimmten Kontext. »Abweichler« ist ein solches Wort. »Versöhnler« eine Steigerungsstufe davon. Und der Komparativ ist der »Renegat«. Ihnen gegenüber steht der treue »Parteisoldat«, der an jener Stelle, die ihm die Partei zuweist, seine Aufgabe erfüllt und dabei der korrekten – den jeweiligen Umständen angepassten – flexiblen Massenlinie folgt. Der »Abweichler« dagegen folgt nicht der Weisheit der Parteiführung, sondern geht seinen eigenen Weg. Dieser kreuzt zwar ab und an die Massenlinie, folgt ihr aber immer nur für begrenzte Zeit. Wenn die Abweichung nur eine Teilfrage betrifft oder sich nur über einen kurzen Zeitraum erstreckt, kann die Partei verzeihen. Meistens aber sind »Abweichler« uneinsichtig. Dann werden sie zu Parteifeinden und müssen entfernt werden, um die Partei und deren Einheit zu schützen. Im schlimmsten Falle werden »Abweichler« und »Versöhnler« zu »Renegaten«, die offen zum politischen Gegner überlaufen und ihre Klasse verraten.

Als der 1905 geborene, gelernte Gärtner Eduard Wald 1950 in Hannover begann, den Informationsdienst Feinde der Demokratie für den Landesbezirk Niedersachsen des DGB herauszugeben, hatte er in seiner langjährigen Partei, der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), natürlich bereits all diese Stationen durchlaufen. Er hatte die KPD verlassen und war zur strikt antikommunistisch ausgerichteten SPD übergetreten. Innerhalb seiner neuen Partei und der Gewerkschaft, dort als Redakteur der DGB-Zeitung Welt der Arbeit und als Pressesprecher des DGB Niedersachsen tätig, gilt er als Vertreter des rechten Flügels, tritt für einen »demokratischen Verfassungsschutz« und für eine »republikanisch gesinnte Armee« ein. Der Schutz der Demokratie gegen ihre Feinde ist zum zentralen Thema Walds geworden. Der von ihm verantwortete Informationsdienst wurde in den 1950er Jahren zum zentralen Hilfsmittel, um sich über die Gefahren zu informieren, die der ebenso jungen wie unvollkommenen Demokratie durch ihre alten und neuen Feinde drohte.

Zu diesen zählte Wald inzwischen auch die Kommunistische Partei und ebenso die DDR. Aus dem überzeugten Kommunisten, der bereits mit 19 Jahren die Agitprop-Abteilung der Bezirksleitung Niedersachsen der KPD übernommen hatte und der nur zwei Jahre später Redakteur der Niedersächsischen Arbeiterzeitung geworden war, war ein ebenso überzeugter Antikommunist geworden. Der Bruch erfolgte kurz zuvor, im Herbst 1948. Wald trat aus der KPD aus. Die Berliner Zeitung dagegen meldete am 1. November 1948, Wald sei als »Spion der Briten« aus der Partei ausgeschlossen worden. Genau bei dieser Zeitung absolvierte damals Walds Sohn Peter ein Volontariat. Sein dortiger Chef, Rudolf Herrnstadt, fordert ihn auf, eine Denunziationsliste mit den Kontakten seiner Vaters aufzustellen. Peter Wald bricht seine Ausbildung ab. Und auch Eduards Frau Orli, ebenfalls langjährige Kommunistin und zudem Auschwitz-Überlebende, bricht mit der Partei und tritt aus der SED aus. Eduard Walds Schritt macht Schlagzeilen. Immerhin gehörte er zu diesem Zeitpunkt für die KPD dem Niedersächsischen Landtag an.

Es war der Endpunkt einer Lebensgeschichte in der kommunistischen Bewegung, die nie konfliktfrei gewesen war. Der »korrekten Massenlinie« war Wald nie gefolgt. Niemand jedoch hätte ihm vorwerfen können, er sei nicht bereit gewesen, für die Sache Opfer zu bringen. Allein zwischen 1926 und 1929 gab es zwölf Verurteilungen aufgrund seiner Redakteurstätigkeit. In seinem Erinnerungsband »Auf halbem und auf ganzem Wege« schildert Wald diese politische Arbeit mit neuen »Methoden und Formen für die Agitation und Propaganda an Stelle der ausgefahrenen Gleise noch von der Sozialdemokratie her. Lichtbilder, Filme, politisches Kabarett, Schallplatten, moderne wirksame Plakate und Betriebszeitungen, wobei mir meine persönlichen Freundschaften und Beziehungen zu einigen jungen draufgängerischen hannoverschen Kunstmalern sehr zu statten kamen«.

Es waren gerade Funktionär*innen mit einem höheren Bildungsgrad oder intellektuellen Tätigkeiten im Apparat, die – wie Eduard Wald – in Konflikt mit der Parteileitung gerieten, die heute allgemein als »ultralinks« charakterisiert wird. Der Konflikt entlud sich vor allem an zwei zentralen Punkten der damaligen Parteilinie: der Gewerkschaftspolitik und der Sozialfaschismusthese. Besonders diese beiden Bereiche hatten schon zuvor zur Abspaltung der sogenannten »rechten Opposition« um Heinrich Brandler und August Thalheimer geführt. Wald lehnte die Forderung der Parteiführung, Kommunist*innen müssten sich außerhalb des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Richtungsgewerkschaften, der

RGO (Revolutionäre Gewerkschaftsopposition), gegen den »reformistischen Verrat an der Arbeiterklasse« zusammenschließen, ab. Ebenso ablehnend stand er der Einschätzung gegenüber, bei der SPD handle es sich um eine besondere Spielart des Faschismus, den »Sozialfaschismus«. Das hatte für ihn Konsequenzen. Er wurde als Redakteur entlassen, entging nur knapp einem Ausschlussverfahren. Trotzdem versuchte er weiterhin, die »Versöhnler« reichsweit als Strömung zu sammeln.

Die Machtübertragung an die Nazis setzte neue Erfordernisse. Es galt, den Kampf in der Illegalität zu organisieren. Eduard Wald tauchte im Mai 1933 unter, arbeitete am Aufbau einer Widerstandsgruppe. Der Ansatz des daraus entstandenen Komitees für Proletarische Einheit entsprach dem der KPD-»Versöhnler«: Der Schwerpunkt lag auf der Betriebsarbeit, praktiziert wurde die Einheitsfront gegen die NSDAP. Die Gruppe zählte bald mehrere hundert Mitglieder mit dem regionalen Schwerpunkt Hannover, gab mehrere Betriebszeitungen und als Organ den Klassenkampf heraus. Beteiligt waren auch Mitglieder der SPD, der Opposition der Kommunistischen Partei, des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes und der Sozialistischen Arbeiterpartei, auch der spätere IG-Metall-Vorsitzende Otto Brenner. Die Bilanzbroschüre »Was soll man tun?« kam, im Gegensatz zu den Illusionen von KPD und SPD, zu der schonungslosen Einschätzung einer vernichtenden Niederlage und der längeren Etablierung der NSDAP an der Macht. Dann, im Sommer 1935, wurde die Organisation durch die Einschleusung eines Spitzels zerschlagen. Eduard Wald selbst wurde 1937 zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt, war bis zur Befreiung 1945 in den Emslandlagern und im Zuchthaus Brandenburg inhaftiert.

Diese Erfahrungen waren prägend. In jeder Hinsicht. Die Demokratie, einschließlich des Staates Bundesrepublik, war jetzt sein positiver Bezugspunkt. Die »Feinde der Demokratie« – wo immer sie auch standen – galt es zu bekämpfen. Die »Einheit der Arbeiterklasse« galt es zu bewahren: in den neuen Einheitsgewerkschaften. Das ungefähr monatlich erscheinende Blatt Feinde der Demokratie, das aus diesem Ansatz entstand, kann in gewisser Hinsicht als Vorläufer der heutigen Antifa-Zeitschriften gelten. Akribisch wurden Informationen über Aktivitäten und Formierungsversuche alter und neuer Nazis in den Orten und Landkreisen gesammelt und zu einem Gesamtbild zusammengeführt, Versuche der Organisierung rechter »Gewerkschaften« wie des »Deutschen Arbeiterverbandes« (DAV) wurden dokumentiert, das Asyl für NS-Kollaborateur*innen aus anderen Ländern in der Bundesrepublik dokumentiert, Versuche der Herausbildung einer »faschistischen Internationale« aufgezeigt und nicht zuletzt im Wortsinne im braunen Sumpf gewühlt, wenn es um die – so eine Kapitelüberschrift – »NS-Machtergreifung in ‹demokratischen› Parteien« ging. Besonders die FDP geriet dabei immer wieder ins Blickfeld. Nicht müde wurde Wald gleichzeitig, vor kommunistischen Tarnorganisationen und »Zuhältern des Stalinismus« zu warnen. Wie viele andere ehemalige kommunistische Kader, die nach den häufigen Austritten der damaligen Zeit zur SPD gewechselt waren, war Wald am rechten Rand der Partei gelandet, kämpfte gegen jegliche Verständigung mit der DDR und ebenso in der Bundesrepublik gegen alle Gruppen, die dies propagierten. Die KPD/SED machten ihm eine entsprechende Agitation leicht. Immer wieder konnte er auf regionale Kooperationen zwischen der KPD und Gruppierungen der extremen Rechten verweisen. Im Fokus waren die örtlichen Erwerbslosenausschüsse, in denen die KPD mit der »Sozialistischen Reichspartei« (SRP) und dem »Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten« (BHE) kooperierte. Aber auch der kurzzeitige Versuch, mit dem »Westdeutschen Flüchtlingskongress«, an dem Exponent*innen des BHE beteiligt waren, im Milieu der Vertriebenen Fuß zu fassen. Stets sorgte das Korrespondent*innennetz dafür, dass dies schnell publik wurde. Gleiches galt für die Finanzierung neutralistischer Zeitungen der extremen Rechten aus der DDR. Das tat weh, das wurde mit entsprechender Feindschaft vergolten.

Eduard Wald war bis zu seinem Tod 1978 zweifellos Antifaschist. Er war es in der Weimarer Republik, als Widerstandskämpfer in der NS-Zeit und als Gewerkschafter in der Bundesrepublik. Und er war Antikommunist. Antikommunist aus Erfahrung. Sein Sohn Peter hat ihn einmal als »demokratischen Antikommunisten« beschrieben. Das hätte ihm gefallen. Und wenn es so etwas denn tatsächlich gibt, so wäre es eine treffliche Charakterisierung für Eduard Wald.



#DDR

Zwischen Dogma und Differenz

Die DDR verstand sich als antifaschistischer Staat und wurde von aktiven Gegner*innen des Nationalsozialismus geführt. Gleichzeitig war sie, wie die Bundesrepublik, Nachfolgestaat des NS-Systems. Doch anders als dort nahm die DDR für sich in Anspruch, den Opfern der Nazis in der Gesellschaft moralisch höchste Priorität einzuräumen.

von David Begrich

Kommunistische Dominanz

In der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) setzten im Frühjahr 1945 sogenannte Antifaschistische Ausschüsse das gesellschaftliche Leben wieder in Gang. Sie bestanden aus weitgehend vom Nationalsozialismus unbelasteten Personen aus dem gesamten politischen Spektrum. Doch bereits im Herbst 1945 kristallisierte sich ein von den sowjetischen Behörden intendierter Führungsanspruch der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) heraus, der darauf abzielte, führende Positionen in der Verwaltung mit Kommunist*innen zu besetzen. Dies führte zu einer Marginalisierung anderer politischer Akteur*innen, die nicht selten in Repression gegen Sozialdemokrat*innen sowie liberale und konservative Demokrat*innen mündete. Die in der SBZ proklamierte »antifaschistisch-demokratische Ordnung« setzte auf den vollständigen Bruch mit Praxis und Ideologie des Nazismus im Geiste des Potsdamer Abkommens, das am 2. August 1945 von den alliierten Befreier*innen beschlossen wurde. Insofern wurden NS-belastete Personen aus dem öffentlichen Dienst entfernt. Verfügten sie allerdings über nachgefragte Schlüsselqualifikationen, so wurden sie – wie in der Bundesrepublik – stillschweigend integriert. Dessen ungeachtet kehrten zahlreiche nicht-kommunistische Intellektuelle aus dem Exil in die SBZ, die spätere DDR, in der Erwartung zurück, die dort im Aufbau begriffene Gesellschaft werde anders als die BRD konsequent mit der Ideologie des Nationalsozialismus brechen.

Machtgruppen und Kulturkämpfe

Die Macht ausübenden Kommunist*innen in der DDR setzten sich aus drei Herkunftsgruppen zusammen, die um Einfluss und Deutungshoheit in Staat und Gesellschaft rangen. Da waren zum einen jene, die in der NS-Zeit in Zuchthäusern und Konzentrationslagern gesessen hatten und mit der Autorität der Überlebenden auftraten. Die beiden anderen Gruppen bestanden aus Remigrant*innen, die entweder in der Sowjetunion oder im Westen im Exil gewesen waren. Wer die Zeit in Moskau verbracht hatte, stand unter dem Eindruck des Stalinismus und der mit diesem verbundenen Säuberungen, die auch deutsche Kommunist*innen nicht verschonten. Wer dagegen in Staaten wie England oder die USA geflüchtet war, hatte den liberalen Geist der dortigen Demokratien ebenso erlebt wie dessen Umschlag in den paranoiden Antikommunismus der McCarthy-Ära.

Zurück in der DDR lebten die Debatten des Exils über die zukünftige Verfasstheit eines neuen, antifaschistischen Staates fort. Im Schatten der von der Sowjetunion beherrschten politischen Kultur der DDR und des beginnenden Kalten Krieges setzten sich die Exilant*innen aus der Sowjetunion im Bündnis mit den vormaligen kommunistischen KZ- und Zuchthausinsass*innen durch. Exponent*innen dieser Gruppe vertraten in der Kultur- und Gesellschaftspolitik einen Kurs ideologischer Rigidität, der mit Konzepten relativer kultureller Offenheit konkurrierte, wie sie in ihrer Mehrheit von den Westemigrant*innen vertreten wurde. Diese Kontroverse über die Auslegung antifaschistischer kultureller und erinnerungspolitischer Praxis prägte den Charakter der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit und ihren Ausdrucksformen. Der Staat DDR bezog aus der Berufung auf die Opfer des Nationalsozialismus und die Widerstandskämpfer*innen seine zentrale moralisch-politische Legitimation auch und gerade in Abgrenzung zur Bundesrepublik.

Die Auseinandersetzung mit den Verbrechen und dem Nationalsozialismus nahm in der Kulturpolitik von Beginn an breiten Raum ein. Es lassen sich im Wesentlichen zwei Linien der kulturellen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus erkennen. Jene, der es um die kulturelle Befestigung des kommunistischen Deutungsmonopols über den antifaschistischen Widerstand ging, und eine, die versuchte, sich dem engen Korsett politischer Vorgaben zu entziehen. Letztere vertrat einen Antifaschismus, der über die Wiedergabe ideologischer Formeln ästhetisch und moralisch hinauswies.

Bekenntniszwang und Loyalität

Den moralischen Kredit des Widerstandes gegen den Faschismus, über den die Kommunist*innen verfügten, die im KZ oder im Widerstand gewesen waren, setzte die SED gezielt ein, um alle Formen von Kritik und Opposition gegen ihre Politik zu delegitimieren und politische Loyalität zu erzwingen. Mit dem Verweis auf die moralische Autorität des antifaschistischen Widerstandes wurden Verbote und Zensur von Büchern, Musik und Filmen gerechtfertigt. Der Antifaschismus der DDR schuf einen politischen Bekenntniszwang, dem sich niemand entziehen konnte, der diesen Staat als Gesellschaftsordnung bejahte oder auch nur akzeptierte. Politische Unduldsamkeit und Herrschsucht vergifteten die politische Kultur des Landes im Namen des Antifaschismus. Oppositionelle Haltungen gegenüber der DDR fanden sich oft in die Nähe des Faschismus gerückt oder pauschal als faschistisch gebrandmarkt. Die ideologische Unduldsamkeit zu spüren bekamen indes auch prominente Schriftsteller wie Jurek Becker oder Stefan Heym, wo sie auf der literarischen Autonomie ihrer Werke bestanden und sich das Recht zur politischen Intervention abseits der offiziellen Linie nahmen. Obwohl beide als Juden Verfolgte des Naziregimes waren, erfuhren sie Ausgrenzung und Repression für ihre literarischen und politischen Positionen.

Die Annahme, es habe innerhalb des kulturellen Kosmos nur inhaltliche Eindimensionalität und keine Handlungsspielräume oder inhaltliche Kontroversen gegeben, geht aber fehl. So konnte etwa der Roman »Der siebte Brunnen« des österreichischen Autors Fred Wander in der DDR erscheinen und Literaturpreise bekommen, obwohl im Mittelpunkt des Buches, anders als im sehr viel bekannteren Roman »Nackt unter Wölfen« von Bruno Apitz, nicht-kommunistische Helden und ihr Handeln stehen, sondern das Leiden, Überleben und Sterben jüdischer Häftlinge im KZ.

Auf der anderen Seite wurde trotz positiver Gutachten der Akademie der Künste der DDR die Herausgabe der Werke des italienischen Schriftstellers Primo Levi in der DDR vom SED-ergebenen Komitee antifaschistischer Widerstandskämpfer verhindert: Levi habe in seinen Romanen über die Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz die Soldaten der Roten Armee nicht adäquat heldenhaft dargestellt und mache sie letztlich verächtlich. Die Aufführung des Theaterprojekts »Die Ermittlung« von Peter Weiss, in dem Motive des Frankfurter Auschwitzprozesses dramaturgisch verarbeitet sind, wurde Ende der 1960er Jahre beinahe zwischen Ost und West zerrieben. Im Westen als Zumutung empfunden, weil es die Täter*innen und ihre Verantwortlichkeiten benannte, war dessen Aufführung im »Berliner Ensemble« in Ostberlin mit der Erwartung an Weiss verbunden, sich uneingeschränkt zur DDR zu bekennen, was dieser bei aller Sympathie ablehnte.

*Das Ende der DDR bedeutete auch das Ende eines Staates, der auf einer antifaschistischen Idee aufbaute. An den Montagsdemonstrationen, wie hier in Leipzig 1990, nahmen auch viele rechte und rechtsradikale DDR-Kritiker*innen aus Ost und West teil.*

Theoretische Engführung der Faschismusforschung

Dass die Widersprüche des Kapitalismus den Faschismus hervorbringen und mit der Beseitigung des Kapitalismus durch den Sozialismus dessen Ursachen und Wirkmechanismen entfielen, war herrschende Lehrmeinung in der DDR-Geschichtswissenschaft. Diese ökonomistische Verkürzung des Wesens des Nationalsozialismus blieb in der geisteswissenschaftlichen Publizistik nicht unwidersprochen, aber hegemonial, was Publikationen und kontroverse, interne wissenschaftliche Debatten um andere Aspekte der Charakterisierung des Nationalsozialismus zwar nicht ausschloss, ihrer Reichweite jedoch Grenzen setzte.

Die Haltung, die der DDR-Antifaschismus zur Rolle des Antisemitismus des NS und zum Holocaust einnahm, war in seiner Hauptströmung von der marxistisch-leninistischen Sicht auf die Ideologie des Faschismus geprägt. In ihr wurde der Antisemitismus nicht als eine eigenständige wirkungsmächtige Ideologie, sondern lediglich als Ablenkungsinstrument zur Blendung der Arbeiter*innenklasse durch die herrschende Kapitalist*innenklasse verstanden. Der Antisemitismus des Nationalsozialismus galt also als ideologischer Nebenwiderspruch. Die erinnernde Wahrnehmung der Verfolgung und Vernichtung der Jüdinnen und Juden stand in der DDR bis 1988 weitgehend im Schatten der erinnerungspolitischen Dominanz des aktiven kommunistischen Widerstands. Im Vorfeld des 50. Jahrestages der Pogromnacht von 1938 erfuhren die Arbeiten von Kurt Pätzold, Rudolf Hirsch und Rosemarie Schuder endlich ein breites publizistisches Echo. Gleichwohl blieb die Fortwirkung des Antisemitismus in der DDR weithin tabuisiert. Der Staat Israel wurde bis zum Ende der DDR in deren Medien in den Mustern antizionistischer Stereotypen dargestellt.

Verfolgung von NS-Verbrechen

Seit ihrer Existenz rechnete sich die Staatsführung die konsequente Verfolgung von NS-Verbrechen als moralisches Verdienst zu. Die Bilanz der Verurteilung von NS-Täter*innen fällt dennoch zwiespältig aus. Zahlreiche Täter*innen hatten sich dem Zugriff der DDR-Justiz durch Flucht in den Westen entzogen, andere waren innerhalb der DDR mit legendierten Biografien abgetaucht. Wurden sie identifiziert, kamen sie vor Gericht. Andere wurden jedoch aufgrund taktisch-politischer Erwägungen oder ihrer benötigten beruflichen Qualifikation von der Strafverfolgung ausgenommen, mit ihrer Vergangenheit zu einer Kooperation mit der Staatssicherheit erpresst und integriert. Der Anteil von NS-belasteten Personen in Führungspositionen war in der DDR signifikant geringer als in der Bundesrepublik. Die verbreitete Legende, es habe keine ehemaligen Nazis in leitenden Rollen gegeben, ist aber unzutreffend.

Sprechräume kultureller Differenz

Zu einer fairen Bewertung des Antifaschismus in der DDR gehört, seine Wechselwirkungen in der Systemauseinandersetzung zwischen Ost und West, die ideologischen Konjunkturen im realen Sozialismus und den kategorischen Dogmatismus dieses Staates im Blick zu behalten. Über Jahrzehnte blieb der Antifaschismus der DDR den Schemata der post-stalinistischen Ära verhaftet, was diskursive Tabus und Debattenverbote einschloss. Innerhalb der skizzierten politischen Koordinaten gab es zugleich Sprechräume eines begrenzten politisch-intellektuellen und künstlerischen Binnenpluralismus, der bemerkenswerte Abweichungen von der offiziellen Linie in Filmen, Büchern und in intellektuellen Debatten mal zuließ, mal mit Sanktionen oder harter Repression belegte. Intellektuelle Akteur*innen, die diese Spielräume ausloteten, verhielten sich situationsangepasst taktisch und daher ambivalent. So etwa Konrad Wolf, Filmemacher und Präsident der einflussreichen Akademie der Künste der DDR. Er vertrat einerseits die offizielle Linie der staatlichen Kulturpolitik, suchte zugleich aber nach Möglichkeiten, den ästhetischen und politischen Handlungsraum der Darstellbarkeit politischer Widersprüche in der Gesellschaft zu erweitern. Wer jedoch die Grenzen der Binnenpluralität verließ und über den Umweg der westdeutschen Öffentlichkeit Kritik äußerte oder die Kontroverse suchte, geriet mit dem Staat in Konflikt und sah sich der Publikationsmöglichkeiten und öffentlicher Auftritte beraubt. Die Folge war, dass zahlreiche Intellektuelle und Künstler*innen die DDR verließen.

Die 1980er Jahre

Bis Anfang der 1980er Jahre fand der Antifaschismus in der Bevölkerung der DDR eine breite grundsätzliche Zustimmung. Diese erodierte allerdings ab Mitte der 1980er Jahre zusehends. Die Engführung des Antifaschismus führte bei der Staats- und Parteiführung in ideologische Erstarrung und einen zunehmenden Realitätsverlust mit Blick auf die gesellschaftliche Entwicklung. Die moralische Autorität des Antifaschismus begann in den Nachkriegsgenerationen nachzulassen. Die Reglementierung des gesellschaftlichen Lebens, das Fehlen von Kritik und Demokratie sowie die Tabuisierung der Widersprüche und Verbrechen bei der Durchsetzung des realen Sozialismus verstärkten den grundlegenden Mangel an Konfliktfähigkeit in der Gesellschaft. Die Rituale des Gedenkens wirkten entleert und hatten die Verbindung zu den Widersprüchen der DDR-Gesellschaft verloren.

Wenngleich kommunistische Widerstandskämpfer*innen und KZ-Überlebende ihr moralisch berechtigtes Vermächtnis in eine Staatsräson überführt hatten: Es war verengt und dogmatisch. Dies führte parallel zum aufkommenden Deutungsverlust der SED-Führung Ende der 1980er Jahre zum Erodieren der Bindungskraft des staatlichen Antifaschismus.


SOZIALISTI CHE EIN EITSPARTEI
DE TS LAN S

#Interview

»Faschisierung von Staat und Gesellschaft«

Die Antifa-Kommission im Kommunistischen Bund (1971–1991) ging gegen Neonazis, die »Braunzone« sowie die »Faschisierung« von Staat und Gesellschaft vor. Paul Wellsow sprach für der rechte rand mit Eike Seidel, einem Kommissions-Mitglied der ersten Stunde.



drr: Was war der Anlass für die Gründung einer Antifa-Kommission im Kommunistischen Bund (KB)?
Eike Seidel: Ein offizielles Gründungsdatum gibt es nicht. Ich war eines der ersten Mitglieder und wurde 1975 angesprochen, weil ich im antifaschistischen Ring Bündischer Jugend/Bund Demokratischer Jugend war und für deren Zeitschrift Kämpfende Jugend einige Artikel zum Thema Antifa geschrieben hatte. Anlass für die Gründung war wohl die berüchtigte »Sonthofener Rede« von Franz Josef Strauß (CSU) im November 1974. Zu dieser Rede hatte der KB eine Sonderausgabe der Zeitung Arbeiterkampf unter dem Titel »Ein Demagoge wie Hitler und Göring« herausgegeben. Strauß hatte gedroht, »aufzuräumen, dass von diesen Lumpen es keiner mehr wagt, bis zum Ende des Jahrhunderts das Maul aufzumachen«. Gemeint waren die Linken. Die Antifa-Kommission war eigentlich eine Untersuchungsgruppe der Zeitung und keine Gruppe zur Leitung von Aktionen. Das war Sache der örtlichen Gruppen. Wo die aber längerfristig arbeiteten, gab es über die Kommission eine Koordinierung der Untersuchungs- und Publikationstätigkeit.

Wie sah eure Arbeit aus?
Generell war unsere Politik darauf gerichtet, den Kampf gegen Rechts so zu führen, dass möglichst viele Menschen und Gruppen einbezogen werden, ohne dass Abgrenzungsbeschlüsse nach Links geduldet wurden. Im KB gab es eine Reihe von Ortsgruppen, die antifaschistisch tätig waren: In Nürnberg gegen die »Wehrsportgruppe Hoffmann«, eine Gruppe in Schleswig-Holstein gegen den »Wikinghof« des Nazis Uwe Rohwer, die Gruppe in Münster kümmerte sich um die Schlägerbanden der »Jungen Nationaldemokraten«, oder die Gruppe in Hannover, die sich mit der »Technischen Nothilfe- und Bereitschaftsstaffel« des Nazis Uwe Jürgens in Hetendorf beschäftigte. Dem KB fiel meist die Öffentlichkeitsarbeit zu, andere waren militanter.
In der Erinnerung vieler Menschen wird die Kommission verbunden mit dem Kampf gegen die 1977/1978 immer offener auftretenden »Schaftstiefelnazis«. Über mehrere Jahre war unsere Untersuchungsarbeit die wohl wichtigste Quelle über Zusammenhänge und Aktivitäten der militanten Neonaziszene. Wir waren keine politisch handelnde Einheit oder »Eingreiftruppe«, sondern sahen unsere Hauptaufgabe in der Publikationstätigkeit, die sich neben einer Unzahl von Artikeln im Arbeiterkampf in einer Menge von Broschüren und Büchern ausdrückte. Nicht unerwähnt bleiben soll die frühe Aufklärungsarbeit zu rechten Tendenzen in der Ökologie-Bewegung. Werner Haverbeck, Jürgen Rieger, Baldur Springmann oder Herbert Gruhl wurden von uns als Vertreter einer rechten »Lebensschutz-Bewegung« bekannt gemacht, deren Vorstellungen teils auf die nazistische »Erbgesundheitslehre« der Nazis zurückreichten und teils direkt an diese anknüpften.

Wie sah eure Recherchearbeit praktisch aus?
Wir forschten in einschlägigen Veröffentlichungen, sammelten alles, was die rechtsradikale Szene herausgab. Dabei bauten wir ein Archiv auf, das Ende der 1970er bis Anfang der 1980er Jahre legendär war. Wir saßen tage- und nächtelang an der Auswertung von Broschüren, Zeitschriften und anderen Veröffentlichungen. Teilweise richteten wir »tote Briefkästen« in heruntergekommenen Häusern ein, um unter Pseudonymen Nazi-Zeitschriften zu bestellen. Die Kommission entwickelte dadurch ein Elefantengedächtnis. Unsere Publikationen zur »Braunzone zwischen CDU/CSU und Neonazis«, die Broschüren und Bücher zu den neuen »Schaftstiefelnazis«, zu rechten »Lebensschützern« in der Gründungsphase der Grünen oder unsere Arbeiten zum Neonazi Jürgen Rieger, einer Zentralfigur zwischen Neonazis und rechter Rassenideologie, waren faktenreich und fundiert. Auf das, was wir geschrieben haben, konnten die Leser*innen sich verlassen.
In Hamburg hatte die Antifa-Kommission zum Beispiel großen Anteil am Kampf gegen den von uns als »Hansa-Bande« bezeichneten NS-Zusammenschluss unter Michael Kühnen. Durch unsere Recherche konnten wir als erstes die Namensverwechslung von Christian Worch und Michael Kühnen aufklären. Wir hatten den damaligen Bundeswehr-Leutnant Kühnen bei einer »Undercover«-Teilnahme an der Gründungsveranstaltung einer »Vierten Partei« nach der Wahlniederlage der CDU/CSU bei den Bundestagswahlen 1976 registriert.

Was bedeutete euch Bündnisarbeit mit anderen Organisationen?
Ein Beispiel: Ende der 1970er Jahre hatte die KB-Gruppe Frankfurt mit anderen Gruppen immer wieder gegen das »Deutschlandtreffen« der NPD am 17. Juni protestiert. 1979 gab es bundesweit – getragen von vielen Antifagruppen und demokratischen Organisationen – eine große Mobilisierung mit einem Rock-Konzert. Offiziell waren alle Kundgebungen und Demonstrationen in Frankfurt verboten. Den-



»Deutsche Polizisten schützen die Faschisten« – 17. Juni 1977 Polizeischutz für eine Kundgebung der NPD vor dem Rathaus in Frankfurt am Main.

noch zogen bis zu 40.000 Antifaschist*innen in Richtung des zentralen Platzes am Römer und ließen sich von der Polizei nicht daran hindern. Der Platz wurde zwar nicht erreicht, aber die Frankfurter Innenstadt war von antifaschistischen Fahnen dominiert. Es kam zu einer denkwürdigen Rede eines DGB-Vertreters, in dem er sich bei den versammelten Antifaschist*innen bedankte, dass sie die NPD-Kundgebung verhindert hätten. Diese Aktion war von einem sehr breiten Bündnis getragen und weder vom KB noch anderen linksradikalen Gruppen dominiert. Auch hatte die NPD schon vorher ihre Kundgebung in Frankfurt abgesagt und stattdessen nach Philippsthal bei Eschwege mobilisiert. Dagegen hatte ein deutlich radikaleres Bündnis – hier mit starker Beteiligung des KB Göttingen – mobilisiert und ebenfalls ein »Rock Gegen Rechts« organisiert. Die gewählten Vertreter*innen der Gruppen trafen sich während des Konzerts zu einer Meinungs- und Entscheidungsbildung, wie denn am Tag der NPD-Kundgebung vorzugehen sei. Noch während der Beratung der Delegierten versuchten immer wieder Vertreter aus DKP und VVN auf der Konzertbühne, die auch für antifaschistische Statements geöffnet war, die Menschen von einer militanten Aktion gegen die NPD abzuhalten. Dies haben wir energisch als Spaltung und Missachtung der Beschlüsse der Delegiertenrunde zurückgewiesen. Die Aktion wurde von vielen Gruppen getragen und die NPD-Kundgebung fand nicht statt. Auf der anderen Seite sahen wir bei den Aktionen der Autonomen gegen den Parteitag der NPD in Fallingbostel keinen Sinn, weil hier ohne breite Mobilisierung nur eine sehr entschlossene Gruppe die militante Konfrontation mit den Nazis suchte. Diese Verurteilung des Vorgehens autonomer Antifaschisten in diesem Fall hat viel zu einer Spaltung zwischen KB und Autonomen beigetragen.

Und wie sah die Zusammenarbeit mit anderen aus, zum Beispiel der VVN?
Mit der DKP und der VVN gab es nur punktuelle Zusammenarbeit. Diese scheiterte meist an der DKP. Aber einzelne Mitglieder der VVN waren sehr offen: Zu nennen sind zum Beispiel Arie Goral-Sternheim, ein enttäuscht aus Israel wieder nach Deutschland umgesiedelter Künstler und alter Antifaschist. Er sprang uns engagiert bei, als wir unsinnigerweise die »Todesstrafe für NS-Verbrecher« forderten. Es gab auch andere VVN-Mitglieder, wie zum Beispiel Heidi Zorn oder Peggy Parnass, die uns als Antifaschist*innen akzeptierten. Selbst in der DDR gab es eine »freundliche Aufnahme« bei Markus Wolf, als wir dort anboten, Material zu veröffentlichen, das die DKP besser nicht veröffentlichen sollte oder wollte. Aus diesem Gespräch resultierte aber nichts außer dem Wissen, dass unsere Antifa-Arbeit auch in der DDR sorgfältig verfolgt wurde.

Saht ihr in den Neonazis oder in rechten Einstellungen in der Gesellschaft die größere Bedrohung?
Wir haben nie angenommen, dass die Neonazis die größte Bedrohung wären. Allerdings waren sie für uns immer ein Zeichen, dass dieser Staat in den Rechten immer eher potenzielle Verbündete als Feinde sah. Wir skandalisierten den laschen Umgang des Staatsapparats mit diesen Nazis. Für uns war es wichtiger, möglichst viele Menschen gegen diese Nazis zu mobilisieren und dabei den Charakter des Staates propagandistisch deutlich zu machen, als den Neonazis »aufs Maul zu geben«. Wir waren im Gegensatz zu den autonomen Antifas für die Forderung »Verbot aller faschistischen Gruppen«. Anders als die DKP und deren Bündnisspektrum waren wir aber nicht grundsätzlich gegen militante Aktionen.

Der KB vertrat die These einer »schrittweisen Faschisierung«. Was bedeutete das?
Für den KB war die bürgerliche Gesellschaft immer in latenter Gefahr, sich in eine faschistische Diktatur zu verwandeln. Damit knüpfte die Organisation an die Proteste gegen die Notstandsgesetze 1968 an, die ja die Grundlage einer »demokratisch legitimierten« Machtübernahme abgeben können. Wenn wir von Faschisierung sprachen, dann meinten wir nicht, dass in absehbarer Zeit Neonazis die Macht übernehmen würden. Wir sprachen von einer Faschisierung von Staat und Gesellschaft. Das war für uns ein Prozess, in dem in der Gesellschaft, in Parteien und Justiz, der Verwaltung und dem Beamtenapparat, der Polizei, im Parlament und der Gesetzgebung bis hin zu den Gewerkschaften Strukturen und Instrumente geschaffen werden, die eine demokratische Willensbildung zunehmend zerstören und im Zweifelsfall eine offen diktatorische Herrschaft des Kapitals ermöglichen könnten. Eine der zentralen Parolen des KB im Kampf gegen Rechts war ja: »Die CDU war immer schon die Hauptpartei der Reaktion.« Das ging sowohl gegen jede Form einer neuen Sozialfaschismusthese als auch dagegen, die Gefahr von Rechts vorwiegend bei den Neonazis zu verorten. Ein Höhepunkt unserer Arbeit in diesem Sinne war die Kampagne gegen den Kanzlerkandidaten der CDU/CSU Franz Josef Strauß 1980. Das im Wesentlichen von der Kommission erstellte »Anti-Strauss«-Buch wurde 40.000 Mal verkauft. Natürlich implizierte diese These von der Faschisierung von Staat und Gesellschaft auch eine Entwicklung zum Faschismus. Das hat sich dann auch in solchen Adjektiven von der »schrittweisen«, »beschleunigten« oder »galoppierenden« Faschisierung ausgedrückt. In der Kommission selbst war diese apokalyptische Erwartung weniger ausgeprägt. Es wurde auch diskutiert, ob das, was wir als Faschisierung bezeichnet hatten, nicht eine Entwicklung der BRD zu einem normalen imperialistischen Staat darstellte. Immerhin gab es ja bis 1990 alliierte Vorbehaltsrechte, die aus dem Sieg über den Hitler-Faschismus resultierten. Die Notstandsgesetze von 1968 waren ja schon unter diesem Gesichtspunkt diskutiert worden. Auch die Trennung von Polizei und Geheimdienst hatte ja ihren Ursprung in der Erfahrung mit der Gestapo. Diese These von der Faschisierung wurde zwar offiziell nie widerrufen. Sie fand sich aber seit etwa 1980 kaum noch in den Publikationen.

Vielen Dank für das Interview!

#1980er

Eigene Wege

von Nils Schuhmacher

»In den 80ern«, so beginnt ein Text in der antirassistischen Zeitschrift off limits von 1995, »hatten AntifaschistInnen unter den Linken den Ruf wie der Torwart einer Fußballmannschaft. Zwar sagt es keiner laut, aber alle glauben zu wissen: Er hat eine Macke«. Dieses Bild ist aus zwei Gründen hilfreich, um die Stellung und den Ruf des in diesem Jahrzehnt entstehenden autonomen oder militanten Antifaschismus einzuordnen. Erstens stellten entsprechende Gruppen im weiten Feld außerparlamentarischer linker Politik der Bundesrepublik eine Randerscheinung dar. Zweitens war die Strahlkraft der Faschismus- und Faschisierungsdebatte der 1970er Jahre erloschen. Antifaschismus, das war das Spezialthema kleiner Kreise, die Auseinandersetzung mit dem Neonazismus rief Stirnrunzeln hervor und wurde als politisch wenig bedeutungsvoll eingestuft. Aus der Distanz lässt sich allerdings sagen: Der Mythos, der die Antifa umgibt, geht in nicht geringen Teilen auf Stile und Handlungsformen zurück, die in dieser Zeit entwickelt wurden.

Wie entstand »die« Antifa?

Autonome oder militante Antifagruppen entstanden in den frühen 1980er Jahren an verschiedenen Orten, wobei Norddeutschland zunächst einen Schwerpunkt bildete. Ihre Entstehung erklärt sich zum einen aus Entwicklungen des rechten Lagers ab Ende der 1970er Jahre. In einem Prozess der Reorganisierung hatte der Neonazismus die Hinterzimmer verlassen und die Präsenz auf der Straße gesucht, wie sich beispielhaft an der »Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten« (ANS/NA) von Michael Kühnen zeigt. Zugleich führte dieser Prozess auch zur Herausbildung terroristischer Strukturen, die Anfang der 1980er Jahre Ursache mehrerer tödlicher Anschläge waren, unter anderem des Attentats auf das Münchner Oktoberfest 1980. Die Antifagruppen waren eine Reaktion auf diese Entwicklung. Sie waren aber zum anderen auch das Resultat von Umbrüchen und Konflikten innerhalb der außerparlamentarischen Linken. Im Bereich eines radikalen Antifaschismus traten neben bis dahin tonangebenden Organisationen, insbesondere den Kommunistischen Bund (KB), autonome und subkulturell geprägte Akteur*innen, die neue Politikverständnisse und Stile mitbrachten. Manche hatten sich vom Organisationswesen losgesagt, andere stammten aus lockeren Antifa-Initiativen der 1970er Jahre, wiederum andere ordneten sich dem autonomen oder antiimperialistischen Spektrum zu oder hatten sich in der Punk- oder Rockerkultur politisiert.

Dieser Mischung entsprach eine gewisse Breite an Themen, denen sich Antifagruppen widmeten. Einerseits konzentrierten sie sich auf die klassischen neonazistischen Organisationen und setzten damit eine in den 1970er Jahren etablierte Praxis fort. Andererseits griffen sie neue Themen auf. Hierzu zählen etwa die Auseinandersetzungen, die sich innerhalb der jungen und politisch uneindeutigen Umwelt- und Anti-Atom-Bewegung an neu-rechten und öko-faschistischen Strömungen entzündeten. Aber auch Konflikte mit »Alltagstyrannen« auf der Straße gewannen an Bedeutung. In diesen Konflikten spiegelten sich Politisierungsprozesse, die zu jener Zeit verschiedene Felder von Jugend- und Subkultur erfassten. Damit war das Thema der neonazistischen Einflussnahme auf die Jugendkultur auf die Tagesordnung gesetzt geworden. Innerhalb der Jugendkulturen selbst kam es zu Auseinandersetzungen, in denen entlang politischer Orientierungen Grenzen gezogen wurden, so zum Beispiel auf den »Chaostagen« 1983 in Hannover zwischen Punks und Skins.

Was war »die« Antifa?

Bei allen Unterschieden im Detail bildeten die neu entstehenden Antifagruppen einen charakteristischen Stil heraus, der durch drei Merkmale gekennzeichnet war.

Das erste Merkmal war der »Gestus der hohen Reichweite«: Die Entstehung der Antifagruppen ging oft einher mit einer harschen Abgrenzung gegenüber anderen Antifaschist*innen. Diese Abgrenzung galt zum einen traditionalistischen linken Parteien und Organisationen mit ihrem »appellierenden« Politikstil und ihrer Bündnisorientierung. Zugleich setzte man sich auch von den bis dahin dominierenden Gruppen im Bereich des radikalen Antifaschismus ab, wobei man deren Vertretungsanspruch in Frage stellte. Typisch waren Vorwürfe – gerade in Richtung des KB – des »Bürokratismus« und der »Bürgerlichkeit«. Deren Markierung als »Politikrentner« machte zugleich darauf aufmerksam, dass hier auch ein Generationenkonflikt zu Tage trat. Zentraler Bestandteil dieser Abgrenzung war die hohe politische Bedeutung, die der eigenen Praxis zugewiesen wurde. Die vom KB bereits revidierten faschismustheoretischen Positionen wurden aufgenommen und weiter zugespitzt: An die Stelle der »Faschisierungsthese« trat die Behauptung einer faschistischen »Kontinuität«. Damit wurde der Kampf gegen Neonazis zu einem untrennbaren Teil eines an vielen Fronten geführten antikapitalistischen Kampfes und somit zu einem »revolutionären Antifaschismus«. Fraglich ist allerdings, ob solche Positionen tatsächlich von den meisten Gruppen geteilt wurden. Die Zahl von Positionspapieren ist jedenfalls sehr klein. Und auch die theoretische Tiefe dieses Bildes sollte nicht überbewertet werden. Die Verbindung zwischen antifaschistischer Praxis und einer »revolutionären« Haltung dürfte in vielen Fällen einfach daraus entstanden sein, dass die Beteiligten sich der radikalen Linken zugehörig fühlten und sich ihr Politikverständnis in starkem Maße aus Alltagserfahrungen und weniger theoretisch begründete.

Das zweite Merkmal war das »Prinzip der Militanz«: Zwar hatte auch der radikale Antifaschismus der 1970er Jahre eine militante Note, autonome Antifaschist*innen machten Militanz jedoch zu ihrem zentralen Erkennungszeichen. Zum einen äußerte sie sich in einem allgemein kämpferischen Auftreten, welches mit entsprechenden Bildern und Parolen untermalt wurde. Zum anderen umfasste Militanz die Bereitschaft und Fähigkeit zum physischen Angriff auf Neonazis und andere rechte Gegner*innen. Die Konfrontation wurde aktiv gesucht und offensiv propagiert. Damit wurde bewusst an Traditionen



Michael Kühnen (Mitte) war einer der wichtigsten deutschen Neonazis der 1980er Jahre. Nachdem er in Frankreich untergetaucht war, wurde er 1984 in Paris vom Journalisten Gerhard Kromschröder (rechts) aufgespürt und angesprochen..

des physischen Widerstands gegen den Faschismus angeschlossen. Zugleich ergab sich eine militante Grundhaltung aber auch aus anderen Bezügen. Eine prägende Rolle spielten dabei die politischen Auseinandersetzungen jener Zeit, von »Häuserkämpfen« bis zur Anti-Atom-Bewegung, in denen eine Sprache der direkten Aktion entwickelt wurde. In anderen Fällen drückte sich in der eigenen Militanz die Nähe zu den jugendkulturellen Stilen und Körpersprachen der Straße aus.

Entsprechend besaß diese Militanz auch unterschiedliche Ausdrucksformen. Charakteristisch für die 1980er Jahre ist die Entwicklung sogenannter »Kommandomilitanz«, das heißt einer Praxis von Anschlägen, die sich gegen Neonazis und deren Infrastruktur richteten. Daneben agierten Antifas militant im Rahmen von Protesten gegen Auftritte und Versammlungen des neonazistischen Spektrums oder lieferten sich im Alltag Auseinandersetzungen mit »rechten Banden«, wie diese Gegner*innen zuweilen genannt wurden. Dabei war Militanz immer eine Haltung und eine Technik der Abgrenzung zugleich. Deutlich wird dies etwa am ersten »offiziellen« Auftreten autonomer Antifaschist*innen, dem Angriff auf den NPD-Bundesparteitag im niedersächsischen Bad Fallingbostel 1983. Das militante Agieren richtete sich gegen die Neonazis. Es sollte aber auch an andere antifaschistische Akteur*innen die Botschaft gesendet werden, dass man autonom handle und nicht bereit sei, sich ihren Vorstellungen von Protest anzupassen.

Das dritte Merkmal war die »Realität einer kleinen Politik«: Im schroffen Gegensatz zum Gestus der hohen Reichweite stand letztlich das konkrete Wirken der militanten Antifagruppen. Praktisch konzentrierten sie sich auf die Auseinandersetzung mit Neonazis, »Neuen Rechten«, revanchistischen Gruppen und rechten Straßenkulturen. Mobilisierungen und Aktionen richteten sich gegen Veranstaltungen rechter Parteien und Organisationen. Auf neonazistische Mobilisierungen, zum Beispiel anlässlich des Fußballspiels Deutschland gegen die Türkei 1983 in Berlin, wurde mit militanten Kampagnen reagiert. Daneben intensivierten Antifas eine bereits in den 1970er Jahren begründete Praxis des »Fahndungsantifaschismus«, also der öffentlichen Anprangerung von Personen des rechten Lagers.

Kaum in Verbindung gesetzt wurde die eigene Praxis mit den politischen Großdebatten jener Zeit, beispielsweise der geschichtspolitisch relevanten Bitburg-Kontroverse von 1985 und dem sogenannten Historikerstreit 1986/87. Auch gesellschaftlicher Rassismus war kein herausgehobenes Thema. Dies erklärt sich letztlich aus den ersten beiden Merkmalen. Die behauptete hohe Reichweite dieser Antifa-Praxis schloss diese Themen gewissermaßen mit ein, erfolgreiche Militanz war wiederum der praktische Beleg für die hohe Bedeutung des Tuns.

Das Ende der ersten Generation

Die Antifa der 1980er Jahre war ein kleines Netzwerk von Gruppen, deren Praxis um die physische Konfrontation mit Neonazis und anderen Rechten kreiste. Lose verbunden waren sie mit einem Bereich subkultureller Auseinandersetzungen. Ihre Bedeutung und ihren Erfolg bezogen diese Gruppen aus der Fähigkeit, den Spielraum der Rechten mit Gewalt einzuschränken. Zugleich waren die damit einhergehenden Selbstüberhöhungen und politischen Überbewertungen des neonazistischen Spektrums Grund für den einschlägigen Ruf innerhalb der Linken.

Mobilisierungsmisserfolge, staatliche Repression und interne Zerwürfnisse führten am Ende der 1980er Jahren zur Auflösung dieser Gruppen. Dies geschah zeitgleich mit einem Anstieg rechter Straßengewalt und neuerlichen parlamentarischen Erfolgen rechter Parteien und einem Bedeutungszuwachs des Themas Antifaschismus innerhalb der Linken. Für die neue Generation von Gruppen waren Ideen der Selbsthilfe, der Selbstorganisierung und der Militanz wichtige Bezugspunkte und Stilelemente. In punkto Offenheit, Bündnisorientierung und Pragmatismus schlug sie allerdings neue und vor allem auch unterschiedliche Richtungen ein.

#Zionskirche

Die Geburtsstunde der Ost-Antifa

von Christin Jänicke, Benjamin Paul-Siewert und Dietmar Wolf

Wohl niemand hätte 1987 in Ostberlin damit gerechnet, dass ein Rockkonzert in einer Kirche zur Geburtsstunde der unabhängigen Antifa werden würde. Doch der damalige Neonazi-Überfall auf die Zionskirche setzte eine Selbstorganisierung in Gang, die es in dieser Weise wohl nur in der DDR geben konnte.

Der 17. Oktober des Jahres 1987 war schon vor den Ereignissen am Abend ein besonderer Tag. Denn ein Auftritt einer Westberliner Rockband auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik, noch dazu deklariert als musikalische Andacht in einer Kirche, gehörte mitnichten zur samstäglichen Normalität. Dementsprechend klar war, dass die Staatssicherheit dieses Konzert minutiös überwachen würde. Doch das hielt die über tausend Gäste kaum davon ab, zu kommen. Was sie nicht wussten: Nach den Auftritten von »Element of Crime« und »Die Firma« sollte eine Gruppe von Neonazis die noch verbleibenden Besucher*innen angreifen.

Die Attacke auf das maßgeblich von der oppositionellen Kirche von Unten (KvU) und der Umwelt-Bibliothek organisierte Konzert fiel nicht vom Himmel. Denn die 1980er Jahre standen in Ost- wie Westdeutschland im Zeichen einer sich rasch ausbreitenden rechten Szene. Gerade in den Fußballstadien von »Lok Leipzig« und »BFC Dynamo Berlin« bestimmten immer mehr rechte Skinheads und Hooligans das Bild. Der Übergang zu gewalttätigen Neonazi-Banden war fließend. Für nicht-rechte Jugendliche und Vertragsarbeiter*innen konnte die Freizeit zum Spießrutenlauf werden, wie sich ein Antifaschist drei Jahrzehnte später erinnerte: »Ich bin in Lichtenberg groß geworden und als ich in den Achtzigerjahren politisch aktiv wurde, ging es permanent darum, die eigene Haut irgendwie zu retten. Als Punk musstest du flitzen. Wenn ich aufs Land gefahren bin – egal ob Mecklenburg, Brandenburg, Potsdam, Frankfurt/Oder – und in Klubs gegangen bin, man galt sofort als Fremder und hat auf die Fresse bekommen. Oder in Lichtenberg, die Angolaner, Kubaner und Vietnamesen, die in den Wohnheimen am Tierpark lebten. Wenn sie versucht haben in Klubs zu kommen, haben sie immer auf die Fresse gekriegt.«

Ordentliche Nazis und »negativ-dekadente« Antifa

Doch der Überfall in der Zionskirche hatte eine neue Qualität: Es war keine Gelegenheitstat, sondern ein gezielter Angriff. Außerdem wurde die Tat öffentlich bekannt. Denn unmittelbar nach der Attacke berichtete unter anderem der Westberliner Radiosender RIAS. Eine Aufmerksamkeit, die die DDR-Obrigkeit unter Handlungsdruck setze. Die DDR-Justiz subsumierte die Täter unter dem »Rowdytum«-Paragraphen 215 und stellte damit ganz allgemein die Missachtung des »sozialistischen Gemeinschaftslebens« unter Strafe. Im Prozess wurden zwar die Nazi-Parolen ausführlich thematisiert und laut Urteil auch straferschwerend gewertet. Doch die lediglich vier Angeklagten kamen zunächst mit milden Strafen zwischen ein und zwei Jahren davon. Erst nach erneuten Protesten und Berichten von Westmedien wurde das Strafmaß in zweiter Instanz ohne erneute Beweisaufnahme und Berufungsmöglichkeit verdoppelt.

Das Urteil stellte eine Zäsur im Umgang mit Neonazis dar, denn bis dahin störten sich weder der Staat noch das Gros der Gesellschaft an ihnen. Ein Zeitzeuge erinnert sich: »In der DDR wurde das Nazi-Problem nicht ernst genommen. Die Nazis hätten immer alles aus dem Westen bekommen, einschließlich der Jacken und der Musik. (...) Mit der DDR hatte das nichts zu tun. (...) Für den durchschnittlichen Ostspießer waren die Nazis sauber, fleißig und gingen arbeiten – und wir Linken nicht.«

Eine ebenso von der SED und Staatssicherheit vertretene Auffassung: In einem Schreiben des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) wurden insbesondere den Punks »Züge der Entartung und Asozialität« sowie eine »politisch negative Grundeinstellung« bescheinigt, die sich »durch Identifizierung mit bürgerlichen Freiheitsauffassungen, pseudopazifistischem, teilweise linksradikalem Gedankengut und dessen Propagandierung« äußere. Noch Mitte der 1980er Jahre galten Punks als die größte Herausforderung für das MfS. Die Gefahr von Rechts wurde heruntergespielt.

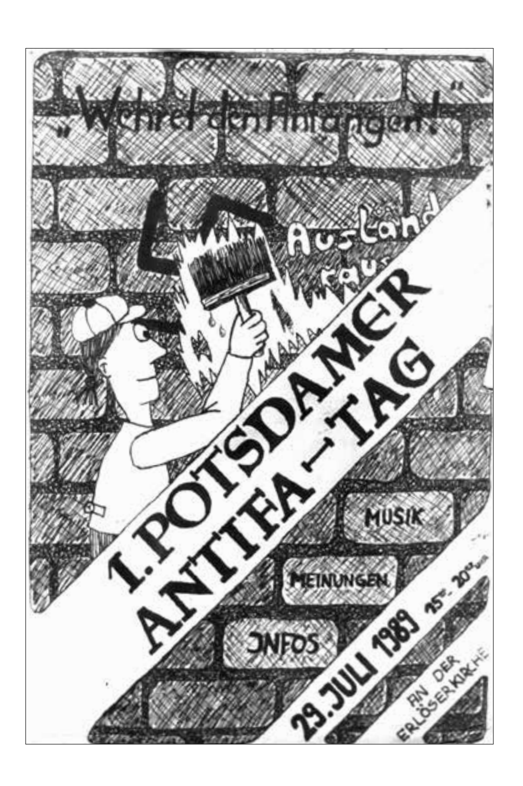
Aufmüpfig und unabhängig

Die allgemeine Ignoranz gegenüber Neonazi-Gewalt und der Überfall auf die Zionskirche führten dazu, dass im Umfeld der linken DDR-Opposition und Punkszene mehrere unabhängige Antifagruppen entstanden. Wie etwa in Dresden eine Anti-Nazi-Liga, die aus der bereits existierenden anarchistischen Gruppe Wolfspelz hervorging und im Untergrund Flugblätter verbreitete. Oder in Potsdam, wo aus der Punkszene eine sehr aktive Antifagruppe entstand, die vor allem über die Existenz und Ursachen von Faschismus in der DDR aufklären wollte. Darüber hinaus versuchten die Aktivist*innen Druck auf die staatlichen Stellen auszuüben.

In Halle an der Saale entschied sich 1988 ein Teil der lokalen Punkszene, ausschließlich mit militantem Straßenwiderstand auf die alltägliche Gewalt von Neonazis zu antworten. Dafür gaben sie sich den Namen Skinhead-Vernichtungs-Kommandos (SVK); auch in Brandenburg an der Havel und Berlin-Buch sollen Ableger des SVK existiert haben, wobei diese Annahme aber nur auf einzelnen Zeitzeugenberichten basiert. Um den Mauerfall gründete sich dann in Abgrenzung dazu die Antifaschistische Aktion Halle.

In Berlin gelang die Gründung einer unabhängigen Antifa erst im zweiten Anlauf im April 1989. Dieses Mal initiierten vor allem Aktive der KvU die Autonome Antifa Ostberlin. In den Folgemonaten entwickelte sich ähnlich wie in Potsdam eine thematisch strukturierte





Arbeit, unter anderem in Jugendarbeits- und Recherchegruppen. Eine Zeitungsredaktion produzierte bereits im Juli eine erste Ausgabe des Antifa Infoblatt Ostberlin. Zwischenzeitlich waren um die 100 Engagierte beteiligt.

Auch abseits der größeren Städte gab es eine Organisierung von Antifas in der DDR, wie etwa in Guben, einer Kleinstadt in Südbrandenburg. Rassistische Angriffe auf Vertragsarbeiter*innen und eigene Gewalterfahrungen führten ab Sommer 1989 zu dem Entschluss: »Wir machen jetzt Antifa-Arbeit.« Im Frühjahr 1990 folgte eine erste Hausbesetzung.

Die Aktivitäten der Gruppen waren vielseitig. In der Nacht auf den 6. November 1987 wurden in Potsdam die ersten dokumentierten Antifa-Plakate mit dem Titel »Warnung – Neonazis auch in der DDR« an die Wand gebracht. Im Juli 1989 organisierten sie den »1. Potsdamer Antifa-Tag« und in Ostberlin fand im April 1990 ein DDR-weites Vernetzungstreffen statt.

Anstatt die Antifas zu unterstützen, begann der DDR-Geheimdienst – das MfS – die Gruppen zu bekämpfen. So wurden in Potsdam 20 Jugendliche brutal festgenommen, die im September 1989 zum »Tag der Opfer des Faschismus« kritisch an einer offiziellen Kundgebung teilnehmen wollten. Parallel dazu warb das MfS inoffizielle Mitarbeiter*innen als Spitzel an.

Erst um den Jahreswechsel 1989/1990, unter dem Eindruck ihres drohenden Zusammenbruchs und politischer Bedeutungslosigkeit, kamen aus den Kreisen von Volkspolizei und SED Angebote zur Zusammenarbeit. Doch da war es schon zu spät, denn statt mit dem untergehenden Staat zu paktieren, protestierten die unabhängigen Antifaschist*innen gegen die Diktatur – etwa mit einem schwarz-roten Block am 4. November 1989 auf der Großdemonstration in Berlin. Wie für viele Oppositionelle in dieser Zeit bedeutete der Protest gegen die Obrigkeit nicht automatisch ein Ja zur Angliederung der DDR an die Bundesrepublik. Ihren Protest gegen die Übernahme des kapitalistischen Systems zeigten sie zum Beispiel mit der Anti-Kohl-Demonstration vom 19. Dezember 1989 und mit der »Demonstration gegen Großdeutsche Träume« am 19. März 1990, einen Tag nach der Volkskammerwahl.

Besetzte Häuser als Angriffsziel

In diesen Monaten veränderte sich der Organisationsgrad der Neonazis in der DDR deutlich. Im ganzen Land kam es zu einem sprunghaften Anstieg von Angriffen. Neben massiver rassistischer Gewalt waren es im Besonderen fast tägliche Überfälle auf die besetzten Häuser. Diese entstanden nicht nur in Ostberlin und Potsdam zahlreich, sondern auch in Leipzig und Dresden – oder in Kleinstädten wie Weimar. In Zerbst belagerten am Vorabend des 3. Oktober 1990 über 200 Neonazis ein besetztes Haus und brannten es nieder. Die mehr als ein Dutzend Besetzer*innen im Gebäude überlebten nur durch Glück und teils schwerverletzt.

Die auch lebensbedrohliche Gewalt erhöhte die Bereitschaft vieler Antifaschist*innen zur militanten Selbsthilfe. Diese wurde zu einem zentralen Mittel des antifaschistischen Widerstands, wodurch an einigen Orten effektive Gegenmacht entwickelt werden konnte. Wenn auch nicht freiwillig, wie sich ein Zeitzeuge erinnert: »Ganz kurz und knapp gesagt, ich bin gar nicht zur Militanz gekommen, sondern die Militanz ist zu mir gekommen. Also es war ja nicht irgendwas, was wir gewollt hätten. Es ging uns nicht darum, uns mit Nazis zu prügeln. Aber wir mussten. Wir sind angegriffen und attackiert worden. Es ging eher um eine Form von aufgezwungener Selbstverteidigung.«

Von der DDR nach Ostdeutschland

Das Jahr 1987 liegt über 30 Jahre zurück, die DDR existiert nicht mehr. Zum Überfall auf die Zionskirche gibt es inzwischen einige Dokumentationen, häufig mit dem Fokus auf Neonazis und deren Organisierung im Osten. Die Betroffenen und Engagierten, die sich aufgrund der Gewalterfahrungen und Beobachtungen einer erstarkenden rechten Szene organisierten, sind dabei häufig nur eine Randbemerkung. Doch gerade die unabhängigen Antifaschist*innen der DDR vereinigen im Rückblick vieles in sich: Sie waren Oppositionelle, Hausbesetzer*innen und Revolutionäre zugleich. Ihr Vermächtnis ist wenig bekannt, dafür prägt es die antifaschistische Politik in Ostdeutschland bis heute.

Dieser Beitrag basiert unter anderem auf dem Sammelband »30 Jahre Antifa in Ostdeutschland: Perspektiven auf eine eigenständige Bewegung«, der zuletzt 2020 in der 4. Auflage erschienen ist.

#Interview

»Wir wussten, was es bedeutet, wenn Neonazis die Hegemonie inne haben« – Antifaschismus der frühen 1990er Jahre in Ost und West

Stefanie Oster (Mitarbeiterin im Dokumentationszentrum Lichtenhagen im Gedächtnis) und Paul Räuber (promoviert zur Zeitgeschichte der extremen Rechten in Mecklenburg-Vorpommern) sprachen für der rechte rand mit drei damaligen Aktivist*innen, die auch heute noch aktive Antifaschist*innen sind.

Die grassierende rechte Gewalt prägte den Antifaschismus der frisch vereinigten Bundesrepublik. In Erinnerung blieben der radikalen Linken vor allem die zahllosen Übergriffe im Osten. Doch wie erlebten antifaschistische Jugendliche ihren Alltag und was geschah auf der anderen Seite der gefallenen Mauer?
Einblicke in diese Fragen gewährt Hannah, Mitbegründerin einer Kiez-Antifa-Gruppe in Berlin, die heute Betroffene rechter Gewalt berät. Der Gewerkschaftssekretär Sascha Schmidt berichtet über seine Jugend im ländlichen Schleswig-Holstein, während der Fotograf Mark Mühlhaus von seinen Erfahrungen in Magdeburg erzählt.

drr: Was war der Auslöser für dein antifaschistisches Engagement?
Hannah: Ich komme aus einer Kleinstadt in Brandenburg. Kurz vor der Wende wurden da die rechten Strukturen immer sichtbarer. Wenn ich zu Konzerten gefahren bin, dann waren plötzlich Bomberjacken und Springerstiefel zu sehen. Heute würde man sagen, ich sah »zeckig« aus. Das bedeutete, recht schnell selber Stress zu kriegen.

Mark: Ehrlich gesagt ist die Frage, warum ich Antifa geworden bin, relativ leicht zu beantworten. Ich war eher links und wenn die Nazis mich dafür hassen, na, dann werde ich halt Antifa. Also ist die eigentliche Frage, warum ich mich entschieden habe, links zu sein. Die ist schon schwieriger. Ich habe damals viel über so etwas wie Gerechtigkeit nachgedacht. Angeregt wurde das durch meine Eltern und unseren Jugendpfarrer, auch wenn ich mit der Kirche total gebrochen habe.

Hannah: Das passt zu meiner Geschichte. Ich komme aus einem evangelischen Elternhaus und bin damit in der DDR aus dem üblichen Rahmen gefallen. Ich kann mich gut an den »Kirchentag von Unten« 1987 in Berlin erinnern. Das war ein Erweckungserlebnis:

Nur Punks, nur andere Themen und Rauchen in der Kirche. Da habe ich mich sofort zu Hause gefühlt. Mich begeisterten vor allem die politischen Ideen von einer anderen Welt und einem anderen Zusammenleben. Antifaschismus war dann eher eine zwangsläufige Auseinandersetzung.

Findest du dich in den Geschichten wieder, Sascha?
Der Unterschied liegt schon mal darin, dass ich im Westen aufgewachsen bin. Es gibt aber Gemeinsamkeiten. Auch bei mir spielte die Kirche eine indirekte Rolle. Anfang der ’90er hat sie im ländlichen Hessen ein Jugendzentrum geschaffen, in dem sich gewöhnliche Jugendliche, aber auch Linke und Punks trafen. Das war für mich ein Wohlfühlraum. Als ich 1992 nach Rendsburg in Schleswig-Holstein gezogen bin, hat sich alles schlagartig geändert. Da reichte im Prinzip mein Aufnäher mit dem zerschlagenen Hakenkreuz, um Ärger zu bekommen. Sinnbildlich für den Angstraum war der Nord-Ostsee-Kanal, den wir nehmen mussten, um abends nach Hause zu kommen. Du wusstest: Wenn die Fahrstuhltür aufgeht, können dahinter Nazi-Skins mit Baseballschlägern stehen. Tatsächlich ist mir genau das dann auch passiert.

Welche Ereignisse sind euch noch im Gedächtnis geblieben?
Mark: Ich nicke die ganze Zeit mit dem Kopf, weil ich solche Geschichten auf die eine oder andere Weise selbst erlebt habe. Vor allem die Situation auf dem Heimweg. Du weißt: An der Haltestelle kann es passieren. Dann stehen sie tatsächlich da, sind mehr, größer und älter. Sie halten dich fest und du bettelst: »Lass mich los!« Im Nachhinein habe ich mir dann ausgemalt, was ich hätte anders machen können – später habe ich das auch anders geregelt. 1991 habe ich eine Ausbildung zum Koch angefangen. Auf dem Hof der Berufsschule hing immer eine Nazi-Clique rum. Da waren aber auch diese zwei Grufties, nicht so dünne kleine, sondern kräftige Grufties, die richtig was hermachten. Die haben am ersten Tag gleich gesagt: »Okay, wir beschützen dich.« Aber wenn sie nicht da waren, dann war auch der Schutz weg. Da setzte dann die Erkenntnis ein, dass ich mich selber schützen muss. Wir haben damit dann auch sehr schnell angefangen. Der Vater meines Freundes war ein Leibwächter von Salvador Allende. Bei ihm im Wohnzimmer haben wir angefangen, Selbstverteidigung zu trainieren.

Hannah: Das vereint Ost und West. Eine ganze Generation wurde von den blöden Faschos viktimisiert. Diese alltägliche Angst, die wir auf dem Schulweg oder abends erlebten. Dass wir uns möglichst nur in Gruppen bewegten oder uns zwangsläufig bewaffnen mussten, obwohl wir Gewalt nie attraktiv fanden. Aber uns blieb doch gar nichts anderes übrig, als unsere Jugendzentren zu verbarrikadieren, bis sie total scheiße aussahen. Wir waren gezwungen, einen Umgang mit dieser permanenten Bedrohung zu finden. Viele sind auch auf der Strecke geblieben, weil sie das nicht geschafft haben. Darin liegt für mich auch ein Stück weit eine Niederlage.

Welche Strategien des Umgangs habt ihr denn entwickelt?
Sascha: Ja, erstmal die eigene Erkenntnis, sich zur Not auch selbst verteidigen zu müssen. Ich bin dann auch zum Kampfsport gegangen. Ich habe alles mitgenommen, von dem ich mir erhoffte, dass es meine Gesundheit bewahren kann. Auch wenn ich überhaupt nicht der Typ war, der sich auf den Kampf vorbereitet. Aber gerade am Kanal war klar, du musstest sportlich fit sein, um schnell wegzukommen.

Mark: Das war nicht nur eine individuelle Entscheidung. Wir gründeten die Antifa Magdeburg und druckten mit Leuten aus Braunschweig die ersten Flugblätter. Die sind Wochenende für Wochenende gekommen, um uns zu unterstützen. Wir haben uns jede Woche getroffen und das hieß: Politisch arbeiten und oft auch zusammen trainieren. Das war halt Antifa zu dieser Zeit.

Hannah: Ich würde der Aussage widersprechen. Antifa war damals auch schon vielfältiger, weil die Bedingungen völlig unterschiedlich waren. Klar gab es Sportgruppen, aber es gehörte nicht zwangsläufig dazu. Vielleicht haben wir in Berlin auch im Land der Glückseligen gelebt, aber auch da gab es Bezirke, in denen ich mich nicht frei bewegen konnte.

Von der rechten Gewalt waren ja nicht nur Antifaschist*innen betroffen. Gab es Allianzen?
Hannah: Ich würde sagen, es reichte aus, wenn du nicht rechts warst und dich dem Druck nicht gebeugt hast. Vor allem von Rassismus Betroffene waren hoch gefährdet. Mit einigen hatten wir Kontakt. Als es zu Angriffen auf Geflüchtetenunterkünfte kam, sind wir hingefahren. Zumindest punktuell versuchten wir Schutz zu organisieren. Sonst waren wir aber eher mit der eigenen Subkultur vernetzt. Also mit den Menschen, die in den Jugendzentren und besetzten Häusern ein anderes Leben ausprobierten.

Wie würdet ihr den Umgang der übrigen Gesellschaft mit der Welle der rechten Gewalt kurz nach der Vereinigung beschreiben?
Hannah: Desinteresse, Ignoranz, Leugnen, teilweise haben sie ihnen auch zugejubelt. Im Osten war es eine Zeit des Umbruchs. Viele, die am Anfang noch Erwartungen hatten, sind hart gefallen und aufgewacht in Arbeitslosigkeit und Perspektivängsten. Es war ein großes Konglomerat, das mit dazu geführt hat, dass die Ossis sich als ewige Opfer präsentieren – mit so einer griesgrämigen Stimmung, die immer mit Neid verbunden ist. Viele hatten mit sich selbst zu tun und haben auf alle getreten, die vermeintlich unter ihnen waren. Nach der Wende haben viele Rom*nja Asyl beantragt. Den Hass, der diesen Leuten entgegengeschlug, fand ich krass. In meiner eigenen Familie gab es vor allem Unverständnis. Als gäbe es zwei Planeten. Auf dem einen lebten die, die von den Rechten zusammengedroschen wurden und auf dem anderen die, die es überhaupt nicht mitbekamen. In dieser Zeit konntest du dich einfach nicht auf die Erwachsenenwelt verlassen. Von Politik, Staat und Polizei hast du nur dieselbe Leier gehört: »Du bist ja selbst dran schuld, provoziere nicht so!« Bald darauf kam die Akzeptierende Jugendarbeit – wie haben wir das genannt? Glatzenpflege.



Mark: Ich stimme Hannah da vollkommen zu. Als es zu den Brandanschlägen kam, hat meine Mutter vor dem Fernseher gesessen und geheult. Aber sie hat nicht verstanden: Was da im Fernsehen gezeigt wird, passiert auch in ihrer Stadt. Wenn wir sagten: »Da müssen wir doch was tun«, dann waren sie wie gelähmt.

Sascha: Ich mach mal den Wessi-Blick. In Rendsburg hat sich niemand empört. Da gab es keine Zivilgesellschaft, die sich versammelt hätte. Wieder zurück in Hessen, waren da antifaschistische Gruppen und die Gewerkschaften die relevantesten Kräfte, wenn es darum ging, zu mobilisieren. Mit meiner antiautoritären Einstellung fand ich nicht alles gut, habe aber heute noch einen Gewerkschaftssekretär vor Augen: Der gehört zu den engagiertesten Antifaschist*innen, die ich je kennengelernt habe.

Hannah: Ich habe noch einmal nachgedacht. Natürlich gab es auch in der Erwachsenenwelt Unterstützung und ernst gemeinte Bündnisse. Wir haben mit der Kirche kooperiert und die PDS hat immer wieder Räume zur Verfügung gestellt. Für mich war es befremdlich, weil ich aus der DDR-Opposition kam. Das war auch kulturell schwierig, weil das so Apparatschiks waren, bei denen alles seine Ordnung haben musste. Für die waren wir bestimmt auch nicht einfach. Das waren schon komische Allianzen.

Wie habt ihr die Zeit der rassistischen Brandanschläge und das Pogrom in Rostock-Lichtenhagen 1992 wahrgenommen? Haben sich dadurch eure antifaschistischen Praktiken verändert?

Mark: Als wir von Rostock-Lichtenhagen hörten, waren wir gerade beim internationalen Jugendcamp in der Gedenkstätte Buchenwald. Nach zwei Tagen entschieden wir uns, hinzufahren. Ich hatte Schiss und war gleichzeitig voller Tatendrang. Wir waren schon in der Stadt und es gab ständig Stress mit den Cops. Das kam mir so scheiße vor, weil ich einfach nur nach Lichtenhagen wollte. An der Spontandemo am Sonntag haben wir aber teilgenommen. Im Nachhinein ist das Pogrom eine der Sachen, die ich mir als persönliche Niederlage anrechne. Auch wenn ich weiß, dass die Möglichkeiten begrenzt sind. Was haben wir uns eigentlich dabei gedacht, so lange zu warten? Mit ein paar tausend Leuten hätten wir den Mob verscheuchen können. Gerade die westdeutsche Linke hat sich kaum bewegt, obwohl sie gut organisiert war. Das musste ja nicht erfunden werden, dass man sagt: »Wir fahren da jetzt alle hin.«

Hannah: Ich bin erst zur großen Demo am Wochenende nach dem Pogrom in Rostock gewesen. Davor hatte ich Schiss und habe mir den Kopf zermartert, ob ich jetzt ins Auto steigen soll. Ich würde Lichtenhagen als großes Versagen der Linken bezeichnen. Viel zu viele sind vor den Fernsehern oder in Debattierclubs hängen geblieben und haben die paar Leute vor Ort alleine gelassen.

Mark: Rostock-Lichtenhagen hat dazu geführt, dass ich nicht wusste, was man machen soll, nur, dass man was machen muss. Es waren die Jahre der Feuerwehrpolitik: Wenn es irgendwo gebrannt hat, sind wir halt hingefahren. Für mich persönlich ging es in der Diskussion danach auch darum, wie wirkmächtig wir sind. Ich konnte nicht verhindern, dass der NSU durch den Thüringer Verfassungsschutz aufgebaut wird. Aber in Lichtenhagen hätten wir etwas bewegen können.

Hannah: Für mich ist besonders deutlich geworden: Nicht nur die Nazis sind das Problem. Die haben exekutiert, was durch die Medien transportiert wurde und konnten sich nicht nur auf den Rückhalt in der Bevölkerung, sondern auch auf Teile der Politik stützen. Das war eine große rassistische Kampagne. Das Gefühl, die ganze Zeit gegen Mauern zu rennen, hat mich wütend, fassungs- und hilflos gemacht. In mir ist immer mehr der Gedanke gereift, dass wir größere und stärkere Bündnisse brauchen, um dem etwas entgegenzusetzen.



Womit hättet ihr euch denn beschäftigt, wenn die Neonazigewalt nicht euren Alltag geprägt hätte?
Hannah: Die Nazis haben nicht mein Leben bestimmt. Antifa-Arbeit war ein Teil, aber nie der alles bestimmende Teil meines politischen Lebens. Wir haben unseren Infoladen gemacht, Straßenfeste organisiert und ganz verschiedene Inhalte beackert. Wir haben in der Kneipe gesessen, Konzerte veranstaltet und getanzt. Nazis waren absolut nicht das einzige Thema. Das hätte ich auch richtig kacke gefunden.

Sascha: Ich habe damals schon gespürt, dass es soziale Ungleichheit gibt. Das hat mich auch in meiner Politisierung geprägt. Ohne die Erfahrungen mit Neonazigewalt wäre ich vielleicht nicht so in den Antifaschismus eingestiegen, sondern hätte mich schon früher mit sozialpolitischen Themen beschäftigt – so blieb der Antifaschismus nicht nur stets ein Teil von mir, er entwickelte sich auch zu einem meiner Arbeitsschwerpunkte. Als Kind aus einer relativ bildungsfernen Familie hatte ich zunächst den Drang, das Thema extreme Rechte verstehen zu wollen. Über mein Politikstudium bin ich dann zur Bildungsarbeit gekommen. Da habe ich gesehen, dass ich in der direkten Auseinandersetzung mit jungen Menschen in deren Köpfen mehr erreichen kann, als das vielleicht mit Demonstrationen auf der Straße möglich ist.

Mark: Bei mir ist es ein bisschen anders, glaub ich: Das war und ist mein Leben. Da gibt es einige Situationen, die ich gerne nicht erlebt hätte. Es ist aber nicht nur ein Abwehrkampf, sondern auch für etwas. Für mich ist es ein Lebensentwurf: Ich mache Politik, verbinde das mit meiner Fotografie – und das ist etwas total Schönes. Ich habe dabei so viele spannende Leute kennengelernt, die für ihre Sachen mit dem Leben einstehen. Klar geht es auch darum, politisch etwas zu erreichen – aber auf dem Weg dahin darf auch Rotwein getrunken und getanzt werden.

Vielen Dank für das Interview!

#Dunkelzeit

Die Welt zerfällt am Wegesrand

von Manja Präkels

Der Junge saß meist allein. Für sich. Am Tresen, wo die Einheimischen hockten. Bier trinkende Bauern, die neugierig das Treiben auf der Tanzfläche bestaunten. Er saß nicht unter ihnen. Eher dabei. Auf Abstand. Armlänge. Es war eine wilde Zeit. Nicht annähernd so wild, wie wir fühlten. Oder?
Treffpunkt Bushaltestelle. Vorn, am Ortseingang. Mopedgeknatter und Küsse. Oder wenigstens die Sehnsucht danach. Nach einer Hand. Einem Blick. Er war ich. War einer von uns. Einer von den Scheuen, mag sein. Aber was zählt das Draufgängertum der einen ohne die Schüchternheit der anderen? Wir waren gern dort, wo alle so sein durften, wie sie wollten. Fast.

Im Laufe der Jahre ist mir sein Gesicht abhandengekommen. Nur schemenhaft taucht es manchmal noch auf. Immer seltener. Auf dem Heimweg, beim Überqueren der regennassen Straße im Dämmerlicht. Im Zugfenster, wenn draußen vertraute Landschaft vorüberzieht. Zwischen den vielen, die warten. Dabei vergesse ich doch keine Gesichter. Was ist Wahrheit?

Ein ausgeblichenes T-Shirt. Ein Gesicht, das fehlt. Eine Stimme. Ein Mensch. Wenigstens ein Name.

Keiner erinnert sich. Keine. Nicht an diese Nacht. Nicht an ihn. Als wären wir gar nicht dort gewesen.

Sie schauen mich an, als sei ich verrückt.

Aber wenn ich es nicht bin, verrückt, dann sind es alle anderen. Oder?

Menschenscheu. Bummelletzte. Bis zum Scheitel im Gestern. Sitzengeblieben. Dort. Bei dem Toten.

In meinen Träumen sehe ich den Jungen an einen Kachelofen gelehnt. Mitten im Saal. Wölkchen vorm Mund. Ich sitze an einem der Tische, die aufgereiht an der Fensterfront stehen. Am letzten, dem vor der Bühne. Er sieht mich nicht. Er hat keine Augen. Ich schreie und wache auf.

Der Beschluss, in das Archiv zu fahren. Polizeiberichte. In großen, unhandlichen Ordnern sind die Ausgaben der Tageszeitung abgeheftet. Jahrgangsweise. Ich muss nicht lange suchen. 1992. Trotzdem sitze ich viele Stunden da. Blättere. Erkenne den Großen, den mit dem kalten Lachen. Auf dem Foto der Fußballmannschaft. Erkenne die Kicker. Davor. Danach. Die, die immer weiter treten. Ich springe. 95. 91. 98. Die Furcht, dass es stimmt. Die Furcht, dass es nicht stimmt.

»Am vergangenen Sonntag kam es in Klein-Mutz in der Gaststätte ‹Wolfshöhle› zu einer Auseinandersetzung, die tödlich endete. Der 18-jährige Ingo L. aus Grüneberg trug Verletzungen im Gesicht, am Hals und am Körper davon. Der zu Hilfe gerufene Arzt stellte gegen 1.20 Uhr den Tod fest. Als Ingo L. am Boden lag, versetzte Oliver Z. ihm mehrere Fußtritte. Er trug sogenannte ‹Doggs›, Schuhe mit Eisenspitzen.«

1992. Es stimmt.

Es war nicht diese Nacht. Kein bewusst gefasster Entschluss hat mich zur Antifaschistin gemacht. Zur Zecke. Nestbeschmutzerin. Die Neunziger haben alle Bänder zerschnitten, die losen wie die gewaltsam festgezurrten. Und sind nicht vergangen. Erinnerungen blitzen aus heiterem Himmel, mal aufgeladen mit Schrecken, mal mit Euphorie. Das Vorher-Wir, das uniformierte Schulhof-Wir, hatte sich rasch als anschlussfähig erwiesen. Erst unterfüttert, nun wieder überlagert von einem anderen, andauernden, völkischen Gemeinschaftskult.

Warum macht einer mit? Warum sieht eine hin und klatscht Beifall? Warum schaut ein anderer weg? Und schweigt? Bis die Mauer fiel, hatte ich nie aufgemuckt. Kopf runter. Manchmal auch vorn gestanden. Die Losung des Tages verkündend. »Nie wieder Faschismus!« zum Beispiel. Und hatte es so gemeint.

»Wenn ick nich lesbisch wär, hätt ick ooch mitjemacht.« Mitte der Nullerjahre des neuen Jahrtausends verblüffte eine Bekannte mit diesem Statement, beiläufig in die Runde gesprochen. Eine typische Mischung aus Künstlerinnen, Schülern, die die Tage zählten, endlich wegzuziehen, Weltverbesserern in Warteschleife – alles »Zecken« – hatte sich da in einem märkischen Hinterhof versammelt. Einige waren aus Nazihochburgen wie Angermünde dorthin geflohen, in das Umfeld der kleinen Galerie. »Wenn ick nich lesbisch wär, hätt ick ooch mitjemacht«, sagte sie und katapultierte mich damit zurück in den Freundeskreis von Antifaschisten, dem ich zwanzig Jahre zuvor angehört hatte. Angst und Einsamkeit hatten uns einander in die Arme getrieben. Nicht Gegnerinnen waren wir, eher Mitmachverweigerer. Kein sicherer Hinterhof weit und breit. Keine Straßenecke, an der nicht Gewalt lauerte. Vielleicht die Räume der Jungen Gemeinde – nur, da gehörten wir nicht hin. Also dieses eine Zimmer. Beim Zivildienstleistenden. Abend für Abend hockten wir auf dem Sperrmüllteppich, tauschten Erfahrungen aus und Musik. Jüngere kamen dazu. Die gingen noch zur Schule, der wir gerade entronnen waren, und suchten Schutz.

Die sich bald überregional organisierenden Neonazis, Rassistinnen und Frauenhasser waren nicht vom Himmel gefallen. Sie waren immer schon dagewesen, am Rand, auch mittendrin. Neu war die Wir-sind-ein-Volk-Offensive, waren die Uniformen, war der Zuspruch. Der gewaltige Rückenwind, der

auf höchster politischer Ebene entfacht wurde, indem das Recht auf Asyl und mit ihm sein historischer Grund beschädigt wurden. Die Hemmungslosigkeit der Straße, welche die Hemmungslosigkeit der anzugtragenden Abwickler widerspiegelte. Ein Ausflug meiner Abiturklasse endete mit dem Versuch, einen der Bungalows, in denen wir grüppchenweise übernachteten, anzuzünden. Warum? »Nur ein Spaß«, hieß es am nächsten Morgen. Die Mädchen, die darin schliefen, galten als »Linke«. Die beiden Zündler kannte ich schon aus dem Kindergarten. Normale Jungs. Auch was sie taten, wurde zur Normalität.

Zum Beispiel Mike. Oft hatten wir Schulter an Schulter auf der Fernsehcouch seiner Mutter gehockt. Eigentlich sollte ich ihm Nachhilfeunterricht in Mathe geben. Aber wir schauten lieber »Mork vom Ork«. Nano Nano. Mike war der Größte in der Klasse, schon zweimal sitzen geblieben und teilte sich ein Zimmer mit der großen Schwester. Ich bewunderte seine Muskeln. Seinen fehlenden Ehrgeiz. Bei uns zu Hause musste immer etwas geleistet werden. Tag und Nacht.
Oder Sven, dessen abstehende Ohren bei den Sitzungen des Freundschaftsrats erröteten, sobald ihn die Pionierleiterin ansprach. Das Traditionszimmer roch nach Muff, Fahnen und Wimpeln unter gräulichen Staubschichten. Svens Vater sei ein hohes Tier »bei der Firma«, hieß es. Ich kapierte nichts. So wenig, wie ich begreifen konnte, was mit Sven und Mike dann passierte, warum sie dabei waren, bei dem Überfall auf die Disko. Warum sie zutraten. Fragen, die wir uns damals stellten. Fragen, die an Aktualität nie verloren haben. Die wir bis heute nicht beantworten können. Oder?

»Manche wollen so sein.«

Einer der Einpeitscher jener Jahre, er arbeitet heute im öffentlichen Dienst, rühmt sich, es sei ja alles viel krasser gewesen. In den Kofferraum hätten sie die »Zecke« geworfen und ihm eine Schreckschusspistole an den Kopf gedrückt. Dann abgefeuert. Schräg am Schädel vorbei. Als mein Buch durch die Presse ging, prahlte er mit dieser Geschichte in großer Runde. Sie gelangte zu mir. Das sollte so sein. Fall ausermittelt. Akten fristgerecht entsorgt. Diese Gewissheit und der damit verbundene Mangel an Reue und Empathie für die Toten, Verletzten, Hinterbliebenen ist eine der Grundlagen für das Fortbestehen der Strukturen, der Kameradschaften. Die offenen Geheimnisse. Die unheimlichen Siege.

Womit war es losgegangen?

Aufkleber. Gerüchte von Wehrlagern im Wald. Dann Konkreteres: Es ist Sommer. Nacht. Ich sitze mit Stevie, einem Gruftiejungen, in den ich sehr verliebt bin, im weichen Sand am Tonstichufer. Rauchen unterm Sternenhimmel. Ich hoffe, dass er mich küsst. Stattdessen schwärmt er von einem Mädchen aus Sachsen. Wie sie aussieht, wo sie wohnt. Scheißgegend. Sein Tonfall ändert sich. Zum ersten Mal höre ich von Nazis. Neonazis. Das klang wie: Zombies. Neozombies. Die würden einen jagen, bis man tot ist, sagte er und nahm einen tiefen Zug.

Stevie war Antifa. Aber auch Herbert, der Apfelmann, war Antifa. Niemand kannte sich so gut mit Obstsorten aus. Stefan, der täglich die Todesanzeigen aus der Lokalzeitung schnitt und nach Ursachen forschte, war Antifa. Und Umweltaktivist. Ramona von der Tauschbörse war Antifa. Ich schnitt ihrem Nachbarn die Haare und bekam dafür ein Päckchen F6. Der alte Herr Ehrlich, der dem Vernichtungslager entrinnen konnte, war Antifa. Sein missmutiger Kumpel vom Preis-Skat war Antifa, genauso wie Pfarrer Schmidtke. Es gab sie, die Leute, auf die Verlass war, die ihren Mund aufmachten. Es gab sogar ein paar Heldinnen, die dazwischengingen. Die Prügel kassierten und dafür am nächsten Tag mit Vorwürfen belegt wurden: Da mischt man sich nicht ein!

»Wenn ick nich lesbisch wär, hätt ick ooch mitjemacht.« Hättest du? Als eine Frau nach einer Lesung förmlich zusammenbricht, bildet sich ein Kreis um sie. Wir setzen uns auf die Straße vor den Buchladen und hören zu. Seit Jahren habe sie nicht mehr an die Freundin gedacht. Die hatte sich Hals über Kopf in einen Neonazi verknallt. War einfach abgetaucht. Zwei Jahre später dann ein Anruf ihrer Mutter. Anja war an den Folgen eines der nächtlichen Gewaltexzesse ihrer Kameraden gestorben. Die Männer waren zu viert über sie hergefallen. Sie sucht nach Antworten, die Mutter. Und auch die Freundin, bis heute.

»Manche wollen so sein.«

Rohheitsdelikte. Die spiegeln die Brutalität des äußeren Geschehens ungefiltert. Kaltland. Gewaltland. Was unterschied uns? Wir alle waren die Töchter und Söhne von Bäuerinnen, Stasioffizieren, Reinigungskräften, Arbeiterinnen, Lehrern und Ingenieuren, von Angepassten, Abgestürzten, Aufgestiegenen, Widerständigen. Alle aufgewachsen im verinnerlichten Alltagsgrau einer begrenzten Welt. Mit Müttern, die beim Gedanken an körperliche Zärtlichkeit gegenüber einer Frau erröten, sich empören, verhärten. Den eigenen Töchtern gegenüber. Deren Vorstellung von Männlichkeit sie in die Arme prügelnder Männer getrieben hatte. Mütter, die tagsüber im Betrieb so stark sein konnten, die Stirn boten. Und Vollsuff am Frauentag. Wo waren die Väter? Im Sportlerheim? Vorm Fernseher? Hauptsache weg. Nicht reden müssen. Nichts fühlen. Nichts falsch machen.

Wir haben uns nie für bessere Menschen gehalten. Wem konnten wir denn helfen? Wen retten? Wir waren schlichtweg zu wenige. Für den Mord vor der Disko gibt es Zeuginnen. Doch keiner erinnert sich laut. Erst vor wenigen Jahren zog ein Familienvater seine Aussage gegenüber einem Journalisten zurück. Er fürchte um seine Kinder. Schließlich lebe er weiter Tür an Tür mit den Tätern. Bleiben und schweigen? Oder fortgehen und sich nicht umsehen? Es muss etwas dazwischen geben. Oder?

Die Eingangssequenz ist für den Bildband »Die Angehörigen« von Jasper Kettner & Ibrahim Arslan (136 Seiten, Hardcover, Fadenheftung, 37 Abbildungen) entstanden. https://jasperkettner.de/die-angehörigen/

Nach den rassistischen Morden in Hanau versammeln sich am 22. Februar 2020 im Gedenken an die Opfer über 6.000 Menschen zu einer Demonstration unter dem Motto »Gemeinsam gegen rechten Terror und Rassismus«

#Migrantifa

Antifaşist Gençlik: Antifaschismus als Selbstschutz und Empowerment

Die Situation für migrantische Antifaschist*innen in Deutschland war nie einfach. Jede Generation macht ihre Erfahrungen mit einer von Alltagsrassismus geprägten Gesellschaft. Die massive Welle rassistischer Gewalt Ende der 1980er Jahre führte zu einer Organisation migrantischer Antifaschist*innen in Berlin, die bis heute eine Strahlkraft besitzt: Antifaşist Gençlik (Antifaschistische Jugend).

von Ismail Küpeli

Die 1989 gegründete Antifaşist Gençlik formulierte in ihrem Gründungspapier ein internationalistisches und antikapitalistisches Verständnis von Antifaschismus als Minimalkonsens: »a) Wir müssen gegen jeglichen Rassismus sein. b) Wir müssen den türkischen Nationalismus unter uns bekämpfen. c) Wir dürfen den Kampf gegen Rassismus und aufkommenden Faschismus nicht auf den Kampf gegen die Nazis begrenzen und müssen auch gegen die Ursache all dessen, das Kapital, kämpfen.« In der Praxis beschränkte sich die Gruppe allerdings auf konkrete Aktionen gegen Neonazis. Weitere Aspekte wie etwa der türkische Nationalismus und der Antikapitalismus wurden lediglich in Flugblättern oder Positionspapieren angesprochen. Auch andere Themen, wie etwa das Wahlrecht für alle Menschen, unabhängig von der Staatsbürgerschaft, sind auf der Ebene von theoretischen Forderungen verblieben.

Folgenschwere Kooperation

Weniger mit der inhaltlichen Ausrichtung als mit ihrem realen Handeln erregte Antifaşist Gençlik viel Aufsehen, als sie verschiedene, vorwiegend türkischstämmige Jugendbanden in Berlin für den Kampf gegen Neonazis zu mobilisieren suchte. Damit unterschied sie sich grundlegend von den deutschen Antifagruppen, die sich aus den verschiedenen linken Subkulturen zusammensetzten und keinerlei Verbindungen zu derartigen als unpolitisch geltenden Jugendlichen besaßen. Antifaşist Gençlik verstand diese unpolitischen Gruppierungen als eine Art Selbstschutzorganisation von Migrant*innen, deren militante Gegenwehr gegen Neonazis sie als gerechtfertigt und unterstützenswert erklärten. Die Ablehnung seitens der Gesellschaft und auch der Linken gegen diese Jugendbanden kritisierte Antifaşist Gençlik sehr scharf: »Diese Herren aus dem linken Spektrum helfen dadurch den Herrschenden.« Die Gruppe erkannte durchaus selbst, dass die neu gewonnenen Kooperationspartner von Sexismus sowie türkischem Nationalismus geprägt waren und sich deren Aktivitäten nicht nur auf den Anti-Nazi-Kampf beschränkten, sondern auch kriminelle Elemente beinhalteten. Allerdings wurden diese Aspekte als »Fehler« deklariert, die es zu überwinden galt.

Zu dieser Überwindung ist es allerdings nie gekommen. Eine Analyse von Antifaşist Gençlik über die Situation Anfang der 1990er Jahre schob alle kritischen Fragen in Bezug auf die Kooperation mit den Jugendbanden beiseite, wodurch es beim gemeinsamen, konkreten Anti-Neonazi-Kampf blieb. In ihren Beiträgen warnte die Gruppe, wie andere Linksradikale in diesen Jahren auch, vor einer Wiederkehr des Faschismus – und zwar in der Weise, wie er in den 1930er Jahren stattgefunden hatte. Mit den beschriebenen Perspektiven, wie »(w)urden nicht auch damals (…) die Juden (…) verfolgt, wie wir heute verfolgt werden?«, war eine Konzentration auf den Anti-Neonazi-Kampf folgerichtig und alle möglichen politischen Differenzen zwischen den Gruppen schienen vernachlässigbar.

Gemeinsam sind wir stark?

Die Kritik der deutschen Linken gegen diese Jugendbanden führte zu Konflikten zwischen Antifaşist Gençlik und der deutschen Antifaszene. Besonders einschneidend war ein Vorfall bei einer Demonstration anlässlich der rassistischen Angriffe in Hoyerswerda 1991, bei dem migrantische Jugendliche versuchten, Polizeiketten gewaltsam zu durchbrechen. Als deutsche Linke sie daran hindern wollten, kam es zu einer Schlägerei zwischen beiden Lagern. Dies war nur ein Vorbote weiterer Konflikte, die schließlich drei Jahre später zur Selbstauflösung der Gruppe führen sollten.

Die Rivalitäten zwischen den Jugendbanden untereinander nahmen zu. Der Versuch von Antifaşist Gençlik, ein gemeinsames politisches Verständnis zu entwickeln, blieb weiterhin erfolglos. Eine große Veranstaltung 1992 unter dem Titel »Gemeinsam sind wir stark«, die von Antifaşist Gençlik und den kooperierenden Banden gemeinsam organisiert wurde, war einer der letzten Versuche, ein Gemeinschaftsgefühl herbeizuführen. Allerdings führte eine Provokation der Polizei zu einem Streit zwischen rivalisierenden Gangs und endete schließlich in einer Massenschlägerei. Nachdem die Kämpfe untereinander eskalierten, wurde die Zusammenarbeit beendet. Die Gruppe geriet dadurch in eine tiefen Krise und drohte auseinanderzufallen. Einen



weiteren Rückschlag musste sie erleiden, als Personen aus dem Umfeld von Antifaşist Gençlik für den Tod des Neonazipolitikers Gerhard Kaindl im April 1992 verantwortlich gemacht wurden. Danach nahmen Polizei und Staatsanwaltschaft die gesamte Gruppe stärker ins Visier, was schlussendlich zu einer massiven Repressionswelle führte. 1994, nach der Verurteilung von fünf Personen im Kaindl-Prozess zu Haft- und Bewährungsstrafen, löste sich Antifaşist Gençlik offiziell auf.

Aus Fehlern lernen

Auch wenn Antifaşist Gençlik als Organisation auf Berlin beschränkt blieb und die Gruppe nur wenige Jahre aktiv war, beschäftigten sich migrantische Antifaschist*innen in ganz Deutschland mit ähnlichen Fragen und versuchen, von den Erfahrungen dieser Gruppierung zu lernen. Als ein junger Geflüchteter habe ich in diesen Jahren erlebt, wie schwierig es für »Nicht-Deutsche« ist, innerhalb der deutschen Linken Fuß zu fassen. Und ich habe auch erfahren, dass antifaschistische Gruppen und Netzwerke keineswegs frei von rassistischen Vorurteilen und Äußerungen sind. Die Notwendigkeit eines antifaschistischen Selbstschutzes gegen derartige Angriffe, die zur Gründung von Antifaşist Gençlik geführt hatten, motivierten uns, migrantische Antifaschist*innen im Ruhrgebiet, in den 1990er Jahren eigene Gruppen aufzubauen. Die heutige, neue Generation macht ebenfalls ähnliche Erfahrungen und muss sich mit der Frage beschäftigen, wie und wo sich migrantische Antifaschist*innen organisieren sollten. Es braucht offensichtlich eine explizit migrantische Perspektive. Bislang besteht keine Einigkeit darüber, ob es auch einer eigenständigen Organisierung der Migrant*innen und Geflüchteten bedarf. Die Erfahrungen der Vergangenheit sprechen für eine Eigenständigkeit, aber gleichzeitig lässt sich die Gefahr einer Selbstisolierung und -marginalisierung nicht wegdiskutieren.

In gemeinsamer Traditionslinie und doch anders

Die heutige Migrantifa-Bewegung hat diese Frage ähnlich beantwortet wie damals Antifaşist Gençlik, wodurch sich beide Kräfte in eine gemeinsame Traditionslinie setzen lassen. Aber es gibt auch deutliche Unterschiede: Die Methoden der Antifaşist Gençlik, die von Militanz und gewaltsamer Gegenwehr geprägt waren, stehen einem eher zivilgesellschaftlichen Agieren der Migrantifa-Bewegung gegenüber. Auch die Zusammensetzung der beiden Kräfte unterscheidet sich klar. Antifaşist Gençlik blieb ein Projekt der kurdischen und türkischen Antifaschist*innen, andere Geflüchtete und Migrant*innen waren kein Teil der Gruppe. Auch die Jugendbanden, mit denen sie eine gemeinsame Gegenwehr gegen Nazis organisieren wollte, waren mehrheitlich türkischstämmig. Dagegen ist Migrantifa von Beginn an eine Bewegung mit diversen, pluralen Gruppen, die sich einer einfachen Kategorisierung entziehen. Schon allein die Benennung der Beteiligten ist uneindeutig: Soll man von »Nicht-Deutschen« sprechen oder von BIPoC? Die Gemeinsamkeit der Migrantifa-Gruppen ist eine andere: Alle sind, in unterschiedlicher Weise, von Rassismus in Deutschland betroffen und haben sich für eine politische Antwort entschieden. Jedenfalls geht die Geschichte der migrantischen Antifaschist*innen in Deutschland weiter, wobei die Antifaşist Gençlik eine wichtige Episode bleiben wird.

#1990er

»Wir sind ständig irgendwo hingefahren«

Um sich der »Organisierungsdebatte« der antifaschistischen Bewegung der 1990er Jahre in Deutschland zu nähern, unterhielt sich Maike Zimmermann für der rechte rand mit fünf damals Aktiven: mit Victor von der Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO), mit Mara und Karlo vom Bundesweiten Antifatreffen (B.A.T.), mit Tobi, der mit seiner Antifagruppe aus Quedlinburg Teil des B.A.T. war sowie mit Jan vom Bündnis gegen Rechts aus Leipzig.

Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre gründeten sich in vielen Orten in Westdeutschland Antifagruppen – meist in der Tradition der Autonomen. Trotz positiver Bezugnahme auf deren Straßenmilitanz und Entschlossenheit, wuchs die Kritik an Spontanität und mangelnder Strategie. Victor war damals in der Autonomen Antifa (M) aus Göttingen aktiv, die 1991 ein »Organisierungspapier« veröffentlichte. »Wir fanden das gut, das war ernst, das ging irgendwie weiter.« Auch für Mara war klar: »Wir müssen uns irgendwie organisieren und können nicht unstrukturiert vor uns hindümpeln, denn: Wir haben ein echtes Scheiß-Problem mit Nazis, mit Nationalismus, mit reaktionärer Politik.« Die Konsequenzen waren jedoch unterschiedlich.

Es ist die Zeit der Wiedervereinigung, des deutsch-nationalen Taumels, der rassistischen Pogrome von Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen, der Brandanschläge in Mölln und Solingen und einer vorher nicht dagewesenen rechten und rassistischen Gewalt auf der Straße. Im Osten, erzählt Tobi, kam der Straßenterror wie über Nacht. »Das waren nicht irgendwelche anonymen Nazis, das waren Leute, die wir seit Jahren kannten.« Vor allem in Ostdeutschland waren die lebensbedrohlichen Situationen Alltag für alle, die in das Feindbild der Neonazis passten. In ganzen Landstrichen, so erzählt Jan aus Leipzig, herrschte ein rechter Konsens.

Meine fünf Gesprächspartner*innen sind alle ungefähr in einem Alter: Sie waren Anfang der 1990er Jahre jung, gerade mal erwachsen. Sie alle beschreiben ihr politisches Engagement in der antifaschistischen Bewegung in dieser Zeit als eine Notwendigkeit, etwas, worüber sie gar nicht viel nachgedacht haben. »Wir sind ständig irgendwo hingefahren«, sagt Mara. »Wir haben mit den Stiefeln vorm Bett geschlafen.« Ein Gefühl der permanenten Alarmbereitschaft, »den antifaschistischen Selbstschutz organisieren«, wurde es oft genannt. Aber bei der Frage, wie das am besten zu bewerkstelligen ist und was antifaschistische Politik darüber hinaus beinhalten sollte, war man sich weniger einig. »In meiner Erinnerung war der Vorlauf zu dem Organisierungspapier der Antifa (M) eigentlich der Clash in der Wunsiedel-Vorbereitung«, erinnert sich Karlo. Im bayerischen Wunsiedel befand sich damals das Grab von Rudolf Heß, Stellvertreter von Adolf Hitler und selbsternannter »Friedensflieger«. Deutlich über 1.000 Alt- und Neonazis marschierten dort 1990 zu seinen Ehren auf. Im Jahr darauf waren es 1.500, die allerdings ins nahegelegene Bayreuth ausweichen mussten. 1992 versammelten sich um die 2.000 in Rudolstadt. Zu diesen Aufmärschen gab es große antifaschistische Mobilisierungen. Als Clash bezeichnet Karlo den Streit in der bundesweiten Vorbereitungsstruktur. Die Göttinger*innen, sagt er, hätten mit ihrer massiven Kritik an der autonomen Organisationsstruktur praktisch einen Bruch herbeigeführt, der wiederum zu der Entwicklung des Papiers beigetragen habe. Aus meinen Gesprächen wird deutlich, dass es auf der einen Seite eine Kritik an der Politik der Autonomen gegeben hat, die in ihrer Konsequenz in einem Politikverständnis mündete, welches auf der anderen Seite Teilen der antifaschistischen Bewegung sauer aufgestoßen ist.

Gründung mit Hindernissen

Dieses Verständnis von Gruppen wie der Autonomen Antifa (M) beinhaltete im Kern das Anstreben breiter Bündnisse, eine professionalisierte Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, gezieltere Öffentlichkeitsarbeit sowie einen »revolutionären« Antifa-Begriff, der über die Vorstellung des reinen Abwehrkampfes hinausging, und eine historische Bezugnahme auf die Antifaschistische Aktion der 1920er und 1930er Jahre. Die aus dieser Idee heraus gegründete Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation eckte damit ab der ersten Sekunde an.

»Für uns war das die totale Hirnwurst«, sagt Victor noch heute. »Wir saßen in Wuppertal, wollten das Ding gründen und am Ende waren es nur zehn oder zwölf Gruppen, obwohl 30 oder 40 dort waren.« Aus seinen Worten klingt Unverständnis. »Es war ja dringend, die Nazis wurden immer stärker, das war ’92, es gab die ersten Pogrome. Wir drückten auf die Tube und dann fing die Diskussion an: Wer ist eigentlich dieses Wir? Aber wir hatten keinen Bock mehr auf Zweifel, wir wollten los.« Für Mara spiegelte sich in dieser Diskussion eine unterschiedliche Grundhaltung. »Es war klar, das ist eine Organisation, das ist hierarchisch, es gibt welche, die mehr zu sagen haben als andere. Da waren wir raus.« Jan war damals Teil des Leipziger Bündnis gegen Rechts, eine Gruppe, die später sowohl beim B.A.T. war als auch den »Beobachterstatus« bei der AA/BO hatte. Er bringt den



Aufstellen zum Marsch der neonazistischen FAP am Ernst-Thälmann-Denkmal in Berlin am 1. Mai 1992



Ängstliche Neonazis flüchten vor der Antifa in die S-Bahn am 1. Mai 1992 in Berlin

Gegensatz auf die überspitzte Formel: »Im Bild der jeweils anderen wurden die einen zu einer Art stalinistischer Kaderschmiede zusammengerückt, während die anderen keine verbindlichen Strukturen wollten.«

Die Wege gingen auseinander. »Es gab wenige Monate nach der Gründung der AA/BO ein ‹Treffen der Abtrünnigen›, die gesagt haben: Das ist ja kein Grund, sich nicht zu organisieren«, sagt Mara. Die Geburtsstunde des B.A.T., das sich selbst als Vernetzungstreffen begriff. Während bei der AA/BO kaum mehr als ein Dutzend Gruppen vertreten waren, beteiligten sich am B.A.T. weitaus mehr Zusammenhänge. Und alle beschreiben es als deutlich unverbindlicher. Karlo nennt es Zugänglichkeit. »Das war von Anfang an total wichtig, die niedrige Barriere, einfach teilnehmen zu können, partizipieren zu können, Austausch und Vernetzung zu haben.«

Auffällig ist, dass sowohl bei der AA/BO als auch beim B.A.T. vor allem westdeutsche Gruppen vertreten waren. Tobi beschreibt das erste Zusammentreffen mit Antifagruppen aus Westdeutschland als Kulturschock. Zum einen brachten die meisten Westgruppen – ob direkt oder indirekt – die Auswirkungen autonomer Diskussionsstränge der 1980er Jahre mit. Und zum anderen machte das Gefühl, vom Westen überrollt zu werden, auch vor antifaschistischen Strukturen nicht halt. »Die wollten sich nicht schon wieder was erzählen lassen«, sagt Victor. »Wenn wir dann vorsichtig anmerkten: Wir haben schon ein paar Erfahrungen gemacht, ihr müsst das nicht alles nochmal machen, war das Ohr zu.« Als Hilflosigkeit beschreibt es Karlo: »Wir haben es nicht geschafft, Rezepte zu entwickeln, um mit der Situation umzugehen.« Viele Westgruppen, erzählt Tobi, hatten kein Gefühl dafür, dass die Bedingungen im Ostdeutschland der 1990er Jahre anders waren. »Die dachten, sie könnten uns die Welt erklären. Das war natürlich nicht wirklich hilfreich.« Trotzdem nahm seine Antifagruppe Mitte der 1990er Jahre am B.A.T. teil. »Es war eine andere Diskussionskultur. Dieses aus langen Debatten geschulte Diskussionsverhalten war uns komplett fremd, darauf kamen wir nicht klar. Daher kam auch dieser Vorwurf, dass da nur geredet wird.« Für viele ostdeutsche Gruppen stand der konkrete Kampf gegen Nazis im Vordergrund, eine eigene ostdeutsche Vernetzung erschien da naheliegender.

»Auch wenn die anderen nicht mitkommen wollten, war für uns klar, dass das B.A.T. doch ein ziemlich sinnvoller Ansatz war: Wenn plötzlich Leute aus Hamburg zu deiner Demo in die Kleinstadt im Osten kommen – das wäre vorher nicht möglich gewesen«, sagt Tobi. Etwas anders beurteilt er die Bündnispolitik, wie sie vehement von der AA/BO vertreten wurde. »Wir hatten eine Zeit lang viel mit der Antifa (M) zu tun und sie haben uns erklärt: Wir machen Bündnispolitik zu unseren Konditionen. Das fanden wir natürlich total nice, nur war das völlig undenkbar.« Sie hätten das mit den eigenen Konditionen zwar versucht, also zu bestimmen, unter welchen Bedingungen die Zusammenarbeit laufen soll. »Aber dann gab's halt keine Bündnisse.« Daran erinnert sich auch Victor: »Wir kamen immer an und sagten: Lass uns doch mal Bündnisarbeit machen und die Antwort lautete: Mit wem denn?«

Die Emotionen gingen an vielen Punkten hoch

Zwei Themen tauchen in all meinen Gesprächen unabhängig voneinander auf: die »Fahnendiskussion« und das Thema Sexismus. Tobi erinnert sich an ein B.A.T.: »Und dann wurde stundenlang dar-

Aktion gegen das Nazizentrum Hetendorf 13 bei Celle. Zu den antifaschistischen Aktionen Mitte der 1990er Jahre mobilisierten sowohl AA/BO als auch Gruppen des B.A.T.

über diskutiert, ob beim Antifa-Aktionszeichen nun die rote oder die schwarze Fahne vorne ist. Das haben wir wirklich lächerlich gefunden.« Der Streit um dieses Zeichen scheint bei allen sehr eindrücklich gewesen zu sein. Hier ging es jedoch um mehr als die Farbe einer Fahne, es ging um die Deutungshoheit über identitätsstiftende Symbole und Codes.

Ich habe mit weit mehr Leuten gesprochen als mit diesen fünf. Alle erwähnen das Thema Sexismus und viele äußern ihr damaliges Unverständnis, dass auf dem B.A.T. über Sexismus debattiert wurde, während in Ostdeutschland die Straße brennt. »Ich kann das verstehen«, meint Mara, die nicht nur in gemischten Zusammenhängen, sondern auch in der bundesweiten Fantifa-Vernetzung organisiert war. »Aber es war ja klar, das sind trotzdem erforderliche Diskussionen, früher oder später.« Sie erinnert sich an eine Situation: »Wunsiedel-Aufmarsch, da wo es so gescheppert hat, wir im FrauenLesben-Block, wie es damals hieß, davor war der Ost-Block. Es gab Diskussionen, wer wo geht. Dann wurde gerufen ‹Ob Ost, ob West, nieder mit der Frauenpest›. Darauf folgte eine handfeste Auseinandersetzung.« Für Mara spiegeln sich an solchen Situationen die verschiedenen Hintergründe, die Unterschiede in der politischen Sozialisation. »Ich glaube, wir hätten da auf jeden Fall vieles besser oder anders machen können. Aber wenn einer so etwas zu mir sagt, dann gehen die Emotionen natürlich hoch.«

In Leipzig gab es 1995/96 Anfragen aus Wurzen, erzählt Jan. »Die haben gesagt, bei uns ist der Obernazi der Sohn vom Polizeichef, ständig gibt es Übergriffe und wir brauchen hier Hilfe. Wir haben dann diese Kampagne gemacht und es stellte sich natürlich die Frage, wie kriegt man da Aufmerksamkeit und Leute hin.« Aus Pragmatismus seien sie dann zu beiden großen Organisierungen gegangen, hätten gesagt: »Wir würden gerne erzählen, was da eigentlich los ist, warum wir eine große Demo planen und wir wollen, dass alle dahin kommen.« Aus den Streitigkeiten hätten sie sich auch in der Folge mehr oder weniger herausgehalten. »Wir hatten einen pragmatischen Umgang damit.« Das gelang nicht vielen.

Mobilisierungen gegen Neonazis

Die AA/BO startete bald nach ihrer Gründung mit der bundesweiten Kampagne »Gegen die faschistischen Zentren vorgehen«. Zwischen 2.000 und 3.000 Menschen folgten den Aufrufen zu Demonstrationen gegen Nazizentren in Adelebsen, Mainz-Gonsenheim, Detmold-Pivitsheide, Northeim. Nur wenig später dann die »Aktion 94«, bei der unter dem Motto »Kampf der FAP« sowohl AA/BO als auch B.A.T. Demonstrationen organisierten.

Während die AA/BO früh ein klares Kampagnen-Konzept entwickelte, das eher zentral ausgearbeitet wurde, blieb das B.A.T. meist in der Rolle des Multiplikators: Gruppen nutzten das Treffen, um hier für ihre Aktionen zu werben. Eine der wenigen Ausnahmen war der Versuch, 1996/97 Aktionen gegen die NPD/JN zu bündeln. So demonstrierten Anfang 1997 um die 3.000 Menschen gegen ein NPD-Zentrum in Eningen unter Achalm bei Reutlingen.

Dann kam München, März 1997, mit 5.000 Teilnehmer*innen der bis dahin größte Aufmarsch von Alt- und Neonazis in der Geschichte der Bundesrepublik gegen die Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht«. Für viele Antifas ein Schock. Und es war nur der Auftakt einer ganzen Reihe mobilisierungsstarker Aufmärsche dieser Größenordnung. Die antifaschistische Bewegung organisierte sich eine Niederlage nach der nächsten, fand keine Konzepte gegen Aufmärsche und Polizeitaktik. Immer vehementer wurde die Sinnfrage gestellt. Der antifaschistische Beißreflex, da sein zu wollen, wo die Nazis sind, brachte viele an die Grenzen auch ihrer persönlichen Kapazitäten. »Aber es ging auch um inhaltliche Fragen«, sagt Mara. »Ist der Abwehrkampf das Wesentliche oder geht es uns eigentlich um andere Inhalte?« Das Bündnis gegen Rechts Leipzig organisierte dann 1999 den »Verstärker Kongress«. »Wir wollten jenseits der Antifagruppen gucken, mit wem können wir eigentlich was zusammen machen, um die rechten Alltagsstrukturen aufzubrechen?« Zusätzlich entstand bei vielen die Frage, ob man den Blick nicht öffnen müsse, sich stärker mit Rassismus beschäftigen und mit der Frage, in was für einer Gesellschaft wir eigentlich leben und leben wollen. Nicht zuletzt betrat 1999 in Seattle die Anti-Globalisierungsbewegung die Bühne. »Da haben wir gesehen, dass die Konzepte und ideologischen Begriffe überhaupt nicht ausreichten«, erinnert sich



Victor. Gleichzeitig sieht er Parallelen zum Politikverständnis der AA/BO: Man muss Rabatz und Spektakel machen, wenn man als gesellschaftliche Minderheit gehört werden will.

Das Ende einer Suchbewegung

Mitten in die Sinnfragen krachte unter der rot-grünen Bundesregierung der »Aufstand der Anständigen«. Tobi beschreibt das ganze Jahrzehnt als Suchbewegung, die offenbar mit der Jahrtausendwende ein Ende fand. Auf dem Kongress »2001 – das Jahr, in dem wir Kontakt aufnehmen« in Göttingen wurde das Ende der AA/BO verkündet. Gleichzeitig entstand das Zeitungsprojekt Phase 2. Nach dem Ende des B.A.T. gefragt, geben alle meine Gesprächspartner*innen unterschiedliche Antworten – alle glauben, das muss irgendwann Ende der 1990er Jahre gewesen sein. Nils Schuhmacher datiert es in seinem Buch »Nicht nichts machen« überzeugend auf das Jahr 2002. Trotz des leisen Endes wirkt vieles aus dem B.A.T. bis heute fort, vor allem: die Expertise derer, die damals dort zusammenkamen. Die Möglichkeit, im prä-digitalen Zeitalter kontinuierlich Wissen, Informationen, Ideen auszutauschen, hatte nachhaltige Auswirkungen. Das alles sind nur Ausschnitte, Erinnerungen, Diskussionsstränge, Schlaglichter. Vieles fehlt. Einige Erinnerungen sind unscharf. Was fehlt, ist die krasse Kriminalisierung, die vor allem, aber nicht nur, Gruppen der AA/BO erfahren haben. Was fehlt, ist die AJ/BZ, die Antifaschistische Jugend/Bundesweiter Zusammenschluss, ein Organisierungsansatz von Jugendantifagruppen vor allem, aber nicht nur, aus Nordwestdeutschland. Was fehlt, sind die »Antifa-Schnitzeljagden«, nachdem die Rudolf-Heß-Märsche bis 2001 verboten blieben und wenige Antifas ebenso wenigen Neonazis auf der Autobahn hinterherjagten. Was fehlt, ist der Aspekt migrantischer Selbstorganisierung und die Frage, warum die Antifa-Bewegung der 1990er Jahre eigentlich fast ausschließlich weiß war.

Es wurde gestritten, es wurde gegenseitig übereinander hergezogen. In meinen Gesprächen gab es auch heute noch die ein oder andere Spitze gegen das B.A.T. oder die AA/BO. Trotzdem: Der Bezug aufeinander, gerade wenn es darum ging, Neonazis oder staatliche Repression abzuwehren, war die ganze Zeit da.



#Fantifa

Feministische Perspektiven als antifaschistische Politik

von Claude Cahun vom Netzwerk »Feministische Perspektiven und Interventionen gegen die (extreme) Rechte« (femPI)

100 Jahre Antifa bedeutet auch 100 Jahre feministische Politik innerhalb antifaschistischer Organisierung – manchmal mehr, manchmal weniger sichtbar. Unter der Selbstbezeichnung »Fantifa« fanden sich Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre Frauen und Lesben in Gruppen zusammen, um explizit Geschlechterverhältnisse in antifaschistischen Analysen in den Blick zu nehmen. Das »F« steht dabei je nach Kontext für »Frauen« oder »feministisch«. 1985 fand erstmals dokumentiert in Norddeutschland ein Frauen-Antifa-Treffen statt und in den folgenden Jahren kam es vermehrt zu eigenen antifaschistischen Frauen-Demos und Frauenblöcken. Es ging den Aktivist*innen dabei um thematische Neuverortung und die Kritik an männlichem Dominanzverhalten, Sexismus und sexualisierter Gewalt innerhalb linker und antifaschistischer Zusammenhänge. Neben »klassischer« Antifa-Arbeit, wie Recherche und öffentliche Aktionen, arbeiteten zeitweise mehr als 25 Fantifagruppen zu Themen wie Frauen als Täter*innen im NS, zur Anti-Choice-Bewegung und kritisch zu Esoterik in der Frauenbewegung. 1990 kam es in Bonn zum ersten bundesweiten Fantifa-Kongress.

Fantifagruppen sind oft in größeren Bündniszusammenhängen aktiv und wichtige Bindeglieder zwischen feministischen und antifaschistischen Gruppen vor Ort. Fantifas setzen eigene Themen, um der Praxis entgegenzuwirken, patriarchale Verhältnisse als Nebenwiderspruch abzutun. Einflüsse von Theoretiker*innen wie Birgit Rommelspacher und ihrer Analyse zur Dominanzkultur oder Anja Meulenbelts Buch »Scheidelinien« über das Zusammenspiel von Rassismus, Sexismus und Klassismus prägten die Debatten innerhalb von Fantifagruppen.

Die Analyse, Antifeminismus und Patriarchat seien nicht Beiwerk in der Beschäftigung mit der extremen Rechten, sondern Grundpfeiler rechter Ideologie, wurde so von Fantifagruppen schon in den 1990er Jahren vorangetrieben.

Feministisch-antifaschistische Forschung

Einen wichtigen Beitrag zur Vertiefung dieser Analyse leistet das Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus. Dieses gründete sich 2000, um die Rolle von Frauen in der extremen Rechten stärker zu thematisieren. Die Mitglieder kritisieren, ein Blick auf rechte Frauen als »die Freundin von« oder das »Heimchen am Herd« unterschlage deren aktive Beteiligung an rechter Ideologie und Lebenswelten. In diesem Rahmen wird auch von einer »doppelten Unsichtbarkeit« rechter Frauen gesprochen: Sie sind unsichtbar, weil die extreme Rechte als Männerdomäne wahrgenommen wird, und weil Frauen als vermeintlich »friedfertig« angesehen werden. Auch beim Forschungsgegenstand »Rechtsextremismus« zeigt sich, was auch schon Fantifagruppen kritisiert haben: Die Forschung ist geprägt durch einen, in großen Teilen, männlichen Blick, dem geschlechterreflektierte Perspektiven fehlen. Diesem Mangel setzt das Forschungsnetzwerk, das ausschließlich aus Frauen, Lesben, inter, nicht-binären, trans und agender Personen (FLINTA*) besteht, in unzähligen Publikationen eine differenzierte Analyse rechter Geschlechterverhältnisse und -politiken entgegen – nicht zuletzt mit kritischen Interventionen in Bezug auf die mediale Berichterstattung über die NSU-Terroristin Beate Zschäpe.

Inhaltliche und aktionistische Entwicklungslinien

Ob »klassische« Fantifagruppen der 1980er Jahre, antisexistische Gruppen in den 2000ern oder (queer-)feministische Antifagruppen in der heutigen Zeit – einige Themen verlieren nicht an Aktualität. Die Beschäftigung mit Burschenschaften, ein kritischer Blick auf die christliche Rechte und die selbsternannte »Lebensschutz«-Bewegung sowie Interventionen gegen den organisierten Antifeminismus bleiben wichtige Bezugspunkte fantifaschistischer Organisierung. Die Zusammenhänge rechter, völkischer Ideologie und Islamismus werden dabei – auch aufgrund des einigenden Elements des Antifeminismus – aktuell stärker in den Blick genommen.

Zur Wirkung innerhalb der eigenen Organisierung entwickeln sich unterschiedliche Praktiken. Neben »Einstiegsrunden« auf Plena, die auch die eigene emotionale Verfasstheit in den Blick nehmen, findet die Reflexion eigener Grenzen und Fähigkeiten in der Planung politischer Aktionen Einzug. Bei Veranstaltungsplanungen wird stärker ein Blick darauf gelegt, wer eingeladen wird und welche Perspektiven auf Podien vertreten sind, ob es eine Kinderbetreuung oder eine Awareness-Struktur auf der eigenen Soli-Party gibt. Dieses »Wirken nach innen«, gerade in Bezug auf die Auseinandersetzung mit sexualisierter Gewalt und Sexismus innerhalb linker Zusammenhänge, kostet viele Feminist*innen Zeit und Nerven. Nicht wenige aktive FLINTA* haben gemischte Antifagruppen verlassen, weil heterosexuelle cis-Männer, also Menschen, die sich dem Geschlecht, welchem sie bei Geburt zugewiesen wurden, zugehörig fühlen, weder ihre eigene Position reflektierten noch verstehen wollten, dass Feminismus nicht nur Thema für FLINTA* ist.

Lebensnaher Antifaschismus

Noch immer ist die Organisierung innerhalb von FLINTA*-Zusammenhängen für viele ein wichtiger Schritt, um jenseits der Auseinandersetzung mit männlicher und heteronormativer Dominanz einen Raum für politischen Aktivismus zu finden. Darin zeigt sich oft der Wunsch, einen Ort zu haben, wo gegenseitige Selbstermächtigung stattfindet statt klassischer Selbstbehauptung in gewohnten gemischtgeschlechtlichen und häufig cis-normativen Antifagruppen. Die Wahrnehmung, aufgrund der eigenen gesellschaftlichen Positionierung von faschistischer Ideologie betroffen zu sein, öffnet für viele Fantifas andere Perspektiven auf die eigene politische Praxis. Oder, um es in anderen Worten auszudrücken, für viele Fantifas ist klar: Auch ohne antifaschistischen Aktivismus bin ich Ziel extrem rechter Angriffe, weil ich trans, queer oder Frau bin. Dies führt zu einer anderen Wahrnehmung der eigenen Verletzlichkeit, bietet aber in der kollektiven Organisierung mit anderen auch eine wichtige Handlungsgrundlage. Antifaschismus ist dabei lebensnaher, geht es doch nicht allein um die Verteidigung Anderer, sondern um die eigene Existenz und das Recht auf Unversehrtheit.

Fantifagruppen sind so kein historischer Bezugspunkt, sondern aktuelle Organisierungsformen für Aktivist*innen. Neben zwei Fantifa-Kongressen (2016 in Hamburg und 2017 in Potsdam), in denen vor allem auch die Dominanz Weißer Aktivist*innen in die Kritik geraten ist, gibt es mittlerweile sehr viel mehr auch explizit feministische Antifagruppen wie die fantifa Freiburg, die F_Antifa Brandenburg, die fantifa Frankfurt am Main oder die feministisch-antifaschistische Jugendorganisation Charlottenburg in Berlin – um nur einige zu nennen. Auch das Netzwerk FemPi versteht sich als ein Ort des Austauschs und der Erarbeitung geschlechterreflektierter Perspektiven an der Schnittstelle von Wissenschaft, Bildungsarbeit und Aktivismus.

Die Zukunft ist intersektional

Die rechtsterroristischen Angriffe von Halle und Hanau waren gesellschaftliche Zäsuren, die auch auf antifaschistische Gruppen wirken. Es kam und kommt bundesweit zur Gründung von Migrantifa-Gruppen, in denen sich Schwarze Frauen und Queers of Color organisieren. Im Mittelpunkt steht dabei nicht die Analyse rechter Täter*innenschaft, sondern die Perspektive der Betroffenen und die Auswirkungen von gesamtgesellschaftlich verankertem Rassismus. Zusätzlich zeigt sich, dass für viele (Jugend-)Antifagruppen Antifaschismus ohne Feminismus und Antirassismus schon lange nicht mehr denkbar ist. Die Zukunft (f)antifaschistischer Organisierung ist dabei machtkritisch und intersektional, nimmt also die Verschränkung unterschiedlicher gesellschaftlicher Machtverhältnisse in den Blick.

Es gilt auch weiterhin Antifeminismus und extrem rechte Geschlechterpolitiken ernst zu nehmen und diese als faschistischen Angriff zu verstehen. FLINTA* und Queers stehen weltweit ganz vorn in Bewegungen, die versuchen, faschistische Bestrebungen zurückzuweisen. Ein moderner Antifaschismus bedeutet daher auch eine klar solidarische Bezugnahme auf feministische und queere Bewegungen.



Antifaschistische Erfolgs-Demo der Kampagne »NS-Verherrlichung stoppen« 2005 in Wunsiedel

#2000er

Der Aufruf

Am 1. Januar 2000 begann mit dem neuen Jahr auch ein neues Jahrtausend: Riesencountdown, Riesenparty, Riesenpanik vor dem »Millennium-Bug«. Das neue Jahrzehnt brachte auch für die Antifa einiges an Veränderung. Was machte es aus?

von Alexa Anders und Mark Roth

Schon in den letzten Jahren der 1990er Jahre hieß Antifa Busfahren. Anlässe gab es genug: 1. Mai, »Wehrmachtsausstellung«, irgendein Aufmarsch, irgendwo, zu irgendeinem Thema irgendeiner Kameradschaft oder der »Nationaldemokratischen Partei Deutschland« (NPD) beziehungsweise »Jungen Nationaldemokraten« (JN). Nazis führten bundesweit ihren Kampf um die Straße, um die Köpfe und verstärkt um die Parlamente. Kein Aufmarsch, kein Treffen, kein Parteitag durfte unwidersprochen bleiben. Antifa als Vollzeitwochenendjob – das blieb auch so im neuen Jahrtausend. Die Straßendominanz der Nazikameradschaften der 1990er warf ihre Schatten bis weit in die 2000er Jahre. Hinzu kam eine Modernisierung der rechten Szene, die neben Scheitel-Nazis und Stiefelskinheads auch Platz für Basecaps, Turnschuhe und Baggy-Pants bot. So entstanden regionale Nazijugendkulturen aus Musik, Mode und Lifestyle, Kampfsport und Fußball. Für Aufsehen sorgten sicherlich neuartige Erscheinungen, wie die »Autonomen Nationalisten« Mitte der 2000er: Mit der Übernahme vormals linker Codes setzten sie auf »neue« Themen wie rechten Antikapitalismus und auf die Attitüde einer Jugendbewegung. Auch die »Freien Kameradschaften« aktualisierten ihre Konzepte, die NPD zog vor allem im Osten in die kommunalen, 2004 und 2006 in die Landesparlamente von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern ein.

Reichlich zu tun also gegen Nazis auf den Straßen, in Parlamenten und gegen eine zunehmend professionelle Infrastruktur aus Labels und Bands, Marken und Läden. Neue Ansätze mussten her: Antifa blieb weiterhin Vollzeitwochenendjob und wurde mehr noch als zuvor Kampagnen-, Bündnis- und Bildungsarbeit. Es ging um nichts weniger, als den Einfluss von Nazisubkulturen, Kameradschaften und NPD zurückzudrängen – auf allen Ebenen.

Der »Aufstand der Anständigen«

Zehn Jahre nach der Wiedervereinigung und nach zahlreichen rechtsradikalen Angriffen und Anschlägen reagierte die damalige rot-grüne Regierung und verkündete am 4. Oktober 2000 den »Aufstand der Anständigen«. Der rassistische Mord an Alberto Adriano am 11. Juni in Dessau, der antisemitische Anschlag am 27. Juli in Düsseldorf-Wehrhahn und schließlich der Brandanschlag auf die Synagoge in Düsseldorf-Golzheim am 2. Oktober ließen Bundeskanzler Gerhard Schröder fordern: »Wir brauchen einen Aufstand der Anständigen, wegschauen ist nicht mehr erlaubt.« Diese Worte leiteten einen Paradigmenwechsel im staatlichen Umgang mit der extremen Rechten ein: Im September war bereits »Blood&Honour» verboten worden, Kameradschaften folgten, das Verbotsverfahren gegen die NPD wurde im Januar 2001 eingeleitet, Länder untersagten mittels sogenannter »Konzerterlasse« Neonazikonzerte. Die Bundesregierung legte erstmals Förderprogramme für zivilgesellschaftliche Arbeit gegen »Rechtsextremismus« auf – zunächst in den ostdeutschen Bundesländern.

Für organisierte Antifaschist*innen waren weder die Erkenntnis, Nazis seien gefährlich und Rassismus oder Antisemitismus tödlich,

noch das Engagement dagegen neu. Linke, Antifas und wenige Journalist*innen waren kontinuierlich damit beschäftigt, Nazis in ihre Schranken zu weisen – in allen Himmelsrichtungen. Doch mit dem »Aufstand der Anständigen« änderten sich die Rahmenbedingungen. So unterschiedlich dieser »Aufstand« auch in den Regionen ankam (in manchen Landstrichen wartet man gewiss noch heute), so verschieden der Anteil der »Anständigen« und ausgeprägt deren Selbstverständnis als »Zuständige« auch war (mancherorts sicher noch immer im Promillebereich) – die Recherchen, Aufklärungen und Mahnungen der Antifa zu Nazis, ihren Strukturen und Aktivitäten verhallten nicht mehr nur im Nichts. Es entstand zunehmend auch im Osten eine Zivilgesellschaft aus Vereinen, Gewerkschaften, Kirchen und auch Parteiverbänden, die Nazis als Problem wahrnahmen und die Antifa nicht nur als »Nestbeschmutzer«. Neue professionelle Beratungs- und Bildungsprojekte profitierten von jahrelanger Antifa-Expertise und sorgten für stärkere gesellschaftliche Sensibilisierung sowie mediale Wahrnehmung, wenn auch mit regional äußerst unterschiedlich ausgeprägtem Erfolg. Dies alles ermöglichte neue Bündnisse und neue Dimensionen von Kampagnen und Mobilisierungen gegen Nazis.

Von Kampagnen, Aktionsbündnissen und Massenblockaden

Mit den Erfahrungen der 1990er Jahre organisierten sich regional und überregional Antifagruppen und setzten der Straßendominanz der Nazis etwas entgegen. Ob mit zentralen Gegendemonstrationen oder dezentralem Konzept: Ziel war es, Naziaufmärsche zu verhindern oder zumindest so unbequem wie möglich zu machen. Vor dem Hintergrund der sich als Jugend-Lifestyle etablierenden Neonaziszene, des damit wachsenden Einflusses und lukrativer werdender Geschäfte, begannen Antifaschist*innen nun auch in diesem Bereich offensiv zu intervenieren. Jahrelange Antifa-Kampagnen, wie das sächsische »Schöner leben ohne Naziläden« oder »Naziläden dichtmachen« in Mecklenburg-Vorpommern, versuchten ab Mitte der 2000er Jahre das Business mit RechtsRock, Mode und Propaganda aus der Normalität zu holen – mit Broschüren, Vorträgen und Ausstellungen zur Naziszene und ihren Geschäften, mit Material für Lehrer*innen zu rechten Marken, Codes und Symbolen, mit Kundgebungen, Demos, Kaffeefahrten übers Land und eigenen Konzerten.

Gegen die unzähligen Aufmärsche mobilisierten auch in den 2000ern weiterhin lokale Antifagruppen – zumeist regional, je nach Größe und Bedeutung auch mal überregional oder bundesweit. Mancherorts entstanden zivilgesellschaftliche Bündnisse als neue Breite des Widerspruchs, wie zum Beispiel 2003 das »Aktionsbündnis gegen Heldengedenken und Naziaufmärsche in Halbe«. Geschichtsrevisionismus war in den 2000er Jahren nach wie vor ein spektrenübergreifendes Thema der Naziszene: ob »Wehrmachtsausstellung«, die Huldigung des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß in Wunsiedel oder das Gedenken an die Bombardierung Dresdens. NS-Verherrlichung brachte tausende Nazis auf die Straße. So gründeten antifaschistische Gruppen 2004 das bundesweite Bündnis »NS-Verherrlichung stoppen« und starteten eine auf Jahre angelegte Kampagne, die sich gegen jegliche Art von NS-Verherrlichung und Relativierung der deutschen Geschichte richtete. Darüber hinaus wollten sie Geschichtsrevisionismus und Schlussstrichdiskurse thematisieren und diese Debatte in der Gesellschaft forcieren. Ein erklärtes Ziel war es, den jährlichen, damals größten Aufmarsch von Neonazis und Faschist*innen in Wunsiedel ein für alle Mal zu begraben. 2001 war die Versammlung erstmals wieder zugelassen worden und innerhalb von drei Jahren auf knapp 5.000 Teilnehmende angewachsen. Eine neue Herangehensweise wurde erprobt: langfristige Antifa-Kampagnenarbeit und Zusammenarbeit mit lokalen Bündnissen und Akteur*innen der Zivilgesellschaft, um eine breite Akzeptanz von Massenblockaden gegen Neonazis, aber auch eine inhaltliche Diskursverschiebung zu erreichen.

Sein Ende bescherte dem Aufmarsch in Wunsiedel 2005 letztlich eine Verschärfung des Paragraphen 130 StGB, wonach bestraft wird, »wer öffentlich oder in einer Versammlung den öffentlichen Frieden in einer die Würde der Opfer verletzenden Weise dadurch stört, dass er die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft billigt, verherrlicht oder rechtfertigt«. Darauf gründete fortan das Verbot des Wunsiedel-Aufmarsches, was das Bundesverfassungsgericht 2009 mit der »Wunsiedel-Entscheidung« schließlich bestätigte. Aber das Konzept ging – zumindest aktionistisch – auf. In verschiedenen Städten gab es breite Bündnisse und Aufrufe zu Massenblockaden. Großen Aufmärschen wurde noch größerer Widerstand entgegengesetzt. Und den Nazis fiel die Durchsetzung ihrer Aufmärsche zunehmend schwer – deren Zahl sowie die der Teilnehmenden schrumpfte. 2008 verhinderten Massenblockaden den »Anti-Islam-Kongress« von »Pro Köln«, zu dem auch Gäste des »Front National« aus Frankreich, der österreichischen »Freiheitlichen Partei Österreich« sowie Rechtsradikale aus Belgien angereist waren.

2009 startete nach jahrelanger antifaschistischer Gegenwehr gegen das geschichtsrevisionistische Treiben anlässlich des Gedenkens an die Bombardierung Dresdens das bundesweite Antifa-Bündnis »No Pasaran« und das spektrenübergreifende Bündnis »Nazifrei! – Dresden stellt sich quer« mit breiter Mobilisierung im ganzen Bundesgebiet. In den folgenden Jahren gelang es, den zu diesem Zeitpunkt mit bis zu 7.000 Teilnehmenden europaweit größten Naziaufmarsch mit Massenblockaden zunächst merkbar zu beeinträchtigen und 2011 tatsächlich zu verhindern. Ein Mittel zum Erfolg war ein bündnispolitisches Novum: Der »Aktionskonsens« aller Beteiligten für den Tag X, dass von den Massen-Blockaden keine Eskalation ausgehen darf und man mit allen Antifaschist*innen solidarisch ist, die das Ziel teilen, den Naziaufmarsch zu verhindern.

Das ambivalente Ende

Zehntausende Menschen blockierten 2011 den letzten Nazigroßaufmarsch in Dresden – ein Riesenerfolg. Fünf Monate später verübte Anders Behring Breivik einen rechtsterroristischen Anschlag in Oslo und auf der Insel Utøya, wo er 77 Menschen tötete. Noch einmal vier Monate später enttarnte sich der NSU selbst und damit das Morden in den zurückliegenden Jahre. Das war nicht allein nur ein Schock aufgrund der vielen Toten. Warum hatten wir es auch als Antifa nicht gesehen, die Betroffenen nicht gehört? Wie konnte das sein, trotz aller Informationen und Analysen zu Strukturen, Inhalten und auch Gefährlichkeit der deutschen Naziszene? Die Antworten werden seither diskutiert, ebenso wie Möglichkeiten und Wege, als Antifaschist*innen gegen Rechtsterrorismus vorzugehen und neuen Typen extrem rechter Akteur*innen zu begegnen.

Auf den Verfassungsschutz ist nicht zu bauen, das war zuvor bereits klar. Aber nach 2011 wuchs die Gewissheit, dass der Geheimdienst nicht nur lieber nach links schaute, sondern rechte Aufbauhilfe leistete. Und ebenso deutlich zeigte sich, dass struktureller Rassismus die Polizei durchzieht. Das erste Jahrzehnt des neuen Jahrtausends endete mit einer Zäsur und stellte Antifaschist*innen vor neue Herausforderungen.



Dresden Kampagne

*Nach mehreren Jahren intensiver antifaschistischer Bildungsarbeit, Demonstrationen und Blockaden wie hier 2006 und einer bundesweiten Mobilisierung konnten 10.000 Antifaschist*innen im Februar 2011 die Neonazis stoppen.*



#NichtNeutral

Ist Erinnerung politisch?

von Juna Grossmann

Im Jahr 2017 wurde Björn Höcke, Vorsitzender der Fraktion der »Alternative für Deutschland« (AfD) im Thüringer Landtag, später der gesamten Thüringer AfD-Fraktion, in der Gedenkstätte Buchenwald Hausverbot erteilt. Dem vorausgegangen waren diffamierende Äußerungen Höckes, wie etwa zur »dämlichen Bewältigungspolitik« in der Gedenkstättenarbeit. Volkhard Knigge, damals Gedenkstättenleiter in Buchenwald, brach ein »Tabu«: Er verließ seinen »neutralen« Standpunkt und bezog Position im Sinne der Opfer des Nationalsozialismus und damit Position im Sinne der Opfer rechter Gewalt in der Gegenwart.

Aufwachen aus der »Neutralität«

Auf Relativierung zielende Äußerungen von Besucher*innen in Gedenkstätten und Dokumentationszentren sind nichts Neues. Offizielle Strategien gegen solche Meinungsäußerungen gab es bislang nur an wenigen Orten, an denen vor allem die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus im Zentrum steht. Die wenigsten Mitarbeiter*innen sind in ihrem Privatleben mit den Auswirkungen extrem rechter Interventionen konfrontiert und wissen damit umzugehen. Nachdem mehr und mehr Verlautbarungen von Vertreter*innen der AfD in und über Gedenkstätten öffentlich wurden, wurde dies oft als »örtliches Problem« abgetan.

Die Entscheidung Knigges führte zu unterschiedlichen Reaktionen in der Frage des Umgangs mit solchen Äußerungen, unter anderem Fortbildungen zum Umgang »mit Rechts«, Änderungen des Hausrechts, Hinweise, dass man sich vorbehalte, Gäste des Ortes zu verweisen. Mitarbeitende wurden aus ihrer »Neutralität« geweckt: Wie sollte man zum Beispiel damit umgehen, wenn die AfD über das Bundespresseamt Führungen im Rahmen der ihnen zustehenden Abgeordnetenreisen buchen lässt? Manche Orte verweigerten sich dem, andere entschieden sich, AfD-Gruppen vorsorglich mit zwei Referent*innen zu führen, statt mit einer Person. Es gab Angst, sich diffamierenden Äußerungen entgegenzustellen. Das bleibt vorrangig, wie bisher, die Arbeit der Referent*innen in Gedenkstätten und Dokumentationszentren. Diese Arbeit sollte mehr wahrgenommen, vor allem mehr geschätzt werden. Die Leitungen oder Verwaltungen kommen nur selten in diese Situation – und haben sie deshalb vielleicht auch zu lange ausgeblendet.

»Nicht unser Thema«

Der Beutelsbacher Konsens von 1976, in dem die Grundsätze der politischen Bildung festgelegt werden, so vor allem das Überwältigungsverbot (auch Indoktrinationsverbot), verlangt demnach, dass deutsche Ausstellungen zum Nationalsozialismus wissenschaftlich sachlich dargestellt werden. Die Menschen sollen sich in deutschen Ausstellungen selbst ein Bild machen. Man appelliert nicht an ihre Emotionen.

Reicht es, sich zu vergewissern, das Dokumentierte sei alles Vergangenheit? Wie können wir uns anmaßen, dies als Vergangenes abzutun, wenn Rassismus und Benachteiligung Alltag sind? Ist es nicht Aufgabe genau dieser Orte, der Dokumentationszentren und Gedenkstätten, den Blick auch dahin zu lenken? Wie kann es sein, dass Menschen in Deutschland glauben, Antisemitismus sei kein Problem der heutigen Zeit? Wer, wenn nicht die Spezialist*innen vor Ort, können sich ähnelnde Muster erkennen und diese aufzeigen?

Dass das geht, zeigen einige Orte inzwischen mehr oder weniger zaghaft. Ausstellungen zur Geschichte und Gegenwart der extremen Rechten in Deutschland werden vereinzelt in Erinnerungsorten gezeigt. Aber häufig wird solch ein Ausstellungsangebot dann mit Aussagen wie »Das ist nicht unser Thema« abgelehnt. Ist es Angst?

Angst ist nicht unbegründet. So neutral sich historische Orte in Deutschland geben, so wenig neutral werden sie von außen betrachtet. Rechte registrieren genau, wer wo, woran und wann arbeitet. Nicht ohne Grund müssen nicht nur jüdische Einrichtungen, sondern auch Gedenkstätten staatlich geschützt werden. Fängt man an solch einem Ort an zu arbeiten, ist man nicht mehr neutral. Man kann es nicht mehr sein.

Öffentliche Positionierungen gegen Rechts sind seit geraumer Zeit deutlich in den sozialen Medien zu vernehmen. Die des Leiters der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, Jens-Christian Wagner, ist beispielhaft, aber weiterhin ein Tabubruch. Doch diese Aussagen sind längst überfällig und machen Mut. Dies könnten und sollten Dokumentationszentren und Gedenkstätten ebenfalls tun, wenn man sich weniger der Satzung als seinem Gewissen verantwortlich fühlte.

Die Vergangenheit ist nicht neutral

Faschismus ist nicht nur Vergangenheit. Es ist unsere Pflicht, zu dokumentieren und sichtbar zu machen, was geschah, und was heute geschieht. Es kann nicht sein, dass man »überrascht« wird von öffentlichen Aussagen von Politiker*innen der AfD und dass man sich immer wieder auf Neutralität beruft. Neutralitätspflicht gilt hier nicht. Historiker*innen, die an diesen Erinnerungsorten arbeiten, haben oft einen großen Teil ihres Lebens der Erforschung der Entstehung und dem Lauf des Nationalsozialismus gewidmet. Dieses Wissen um Muster, Sprachwandlung, Bildsprache zu erkennen und zu deuten, darf nicht in der Vergangenheit verloren gehen, es ist dafür da, uns für die Zukunft zu wappnen.

Wenn wir erwarten, dass Menschen von allein den Bezug von gestern auf heute und die Lehren daraus ziehen, müssen wir uns die Frage stellen, warum offener Menschenhass möglich ist, selbst im Bundestag. Sind wir in unserer Erinnerungsarbeit gescheitert, auf die sich Deutschland allerlei einbildet und für die wir von außen gelobt werden? Wenn wir unser Wissen nicht für das Heute anwenden, wenn wir es nicht öffentlich sichtbar machen, muss diese Frage mit Ja beantwortet werden. Was hilft jede Erinnerung, wenn wir die Augen vor Alltagsrassismus schließen, was, wenn Jüdinnen und Juden sowie als »anders« Gelesene heute Angst um ihr Leben haben müssen?

Die Zeit, die Vergangenheit »neutral« zu betrachten, ist vorbei. Bis jetzt haben wir die Chance, unser Wissen und unsere Kompetenzen einzubringen und unseren Teil für eine bessere menschenfreundliche Gesellschaft beizutragen. Die bloße Existenz eines Erinnerungsortes ist dafür längst nicht mehr ausreichend.



#Polen

25 Jahre Kontinuität

von Jacek Dzięgielewski

Von allen Herausforderungen, mit denen sich die antifaschistische Bewegung in Polen konfrontiert sieht, ist der Umgang des Staates mit extremen Rechten das größte Problem. Faschistische Gruppen und Aktivitäten werden häufig von staatlichen Institutionen toleriert. Hassverbrechen bleiben oft ungesühnt. Zwar ist religiöse Diskriminierung nach polnischem Recht strafbar, doch Anfeindungen aufgrund sexueller Orientierung bleiben davon ausgenommen. Auch wenn sich Expert*innen einig sind, dass innerhalb der bestehenden Gesetze viel getan werden kann, schlägt sich dies in der juristischen Praxis nicht nieder. Die entsprechenden Paragraphen finden keine oder nur sehr selten Anwendung. Viele der Vorfälle, die eindeutig als solche eingestuft werden könnten, werden von Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichten als unpolitische Verbrechen behandelt. Dabei sind die Tatmotive oft belegbar, aufgrund von Beschimpfungen oder hasserfüllten und vulgären Graffiti oder »Manifesten« in den sozialen Medien. Angesichts dessen wäre eine Debatte über Rechtsstaatlichkeit und Minderheitenschutz in Polen überfällig.

»Nie wieder«

Die Geschichte der antirassistischen und antifaschistischen Bewegung ist eng mit dem Verein Nigdy Więcej (Nie Wieder) verbunden. Nachdem in der ersten Hälfte der 1990er Jahre – ähnlich wie in anderen Ländern Osteuropas – vor allem informelle Anti-Nazi-Gruppen existierten, änderte sich dies 1996. In dem Jahr gründete der 2014 verstorbene Marcin Kornak Nigdy Więcej. Der Verein hat zahlreiche erfolgreiche Initiativen und soziale Kampagnen gestartet, die Vielfalt und Inklusion fördern, und ist zu einer treibenden Kraft der Bewegung in Polen geworden.

»Braunbuch«

Regelmäßig veröffentlicht Nigdy Więcej das sogenannte »Brunatna Księga« (»Braunbuch«), eine Chronik von Hassverbrechen, Propaganda und Diskriminierung. Es umfasst mittlerweile über 30 Jahre polnische rechte Geschichte und zeichnet die Entwicklungen der extremen Rechten nach.
Dieser ist es gelungen, mit mehreren Abgeordneten sowohl im polnischen Parlament als auch im Europäischen Parlament vertreten zu sein. Diskriminierung von Minderheiten ist alltäglich und wird normalisiert, auch durch Mainstream-TV-Talkshows. Das bleibt nicht folgenlos: So wurde kürzlich eine Zunahme von Hassreden und Gewalt gegen Frauen in der Folge der feministischen Proteste um die Verschärfung des Anti-Abtreibungsgesetzes verzeichnet. Außerdem füllt die im Zuge der Corona-Pandemie wachsende Anzahl rassistischer Vorfälle mittlerweile unter dem Titel »The Virus of Hate« eine eigene Ausgabe des »Brunatna Księga«. Waren zu Beginn in erster Linie Menschen asiatischer Herkunft Ziel der Übergriffe, trifft es nunmehr alle Menschen, die als »Andere«, als Nicht-Pol*innen wahrgenommen werden. Diese Entwicklung ist alarmierend.
Überhaupt stellt die Pandemie eine neue Herausforderung dar: die Bekämpfung von Falschinformationen im Internet und offline. Eine derzeitige Hauptaufgabe ist es, politische Lügen und Mythen aufzudecken, sie zu löschen und zu kontern.

Stadion & Subkultur

Eine sehr erfolgreiche Kampagne von Nigdy Więcej richtet sich unter dem Titel »Wir kicken Rassismus aus den Stadien« an Fußballfans. Damit ist es den Aktivist*innen gelungen, die Öffentlichkeit auf die vielen rassistischen Vorfälle und rechten Hooligans – die in Polen auch einen großen Teil der Straßenmobilisierung ausmachen – aufmerksam zu machen und Präventionsarbeit zu leisten.
Unterstützt von populären polnischen und internationalen Bands, ist die Kampagne »Musik gegen Rassismus« ein weiteres Projekt. Zudem ist es gelungen, bei einem der größten Events, dem jährlichen »Pol'and'Rock-Festival«, antirassistische Workshops und Fußballturniere anzubieten. Dieses Engagement ist umso wichtiger, da die RechtsRock-Szene mit ihren »Rock Against Communism«-Bands einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Politisierung junger Menschen hat.

Handel mit Propaganda

Online blühen nicht nur die Verschwörungsmythen, sondern auch der Handel mit Nazi-Propaganda. Es handelt sich dabei keineswegs um historische Fundstücke oder ähnliches. Vielmehr geht es um aktuell produzierte Gegenstände wie Hakenkreuze auf Flaggen, Kleidung, Uhren, Tassen sowie Publikationen, wie zum Beispiel von Holocaustleugner*innen. Das größte polnische Auktionshaus Allegro, das eng mit Nigdy Więcej zusammenarbeitet, hat bereits über 10.000 solcher Auktionen entfernt. So erfolgreich diese Zusammenarbeit ist, so beunruhigend ist die Tatsache, dass es einen dermaßen großen Markt für diese Dinge gibt.
In dem sich ständig ändernden sozialen und politischen Klima besteht ein dringender Bedarf an einer starken Gesellschaft, die gegen Diskriminierung und Ungleichheiten aufsteht und einer ebenso starken sozialen Bewegung gegen Rechts. Die vielen Menschen, die als Reaktion auf die beunruhigenden Ereignisse der letzten Jahre leidenschaftlichen Aktivismus entwickelt haben, sind ein Hoffnungsschimmer.

#Gegenwehr

Antifa in Russland und Tschechien

von Lara Schultz

Baseballschlägerjahre – in Deutschland hat sich dieser Begriff für Bedrohung und Angriffe durch Neonazis in der Nachwendezeit etabliert. Der Blick nach Osten, namentlich in die ehemalige Sowjetunion und das nach der Teilung der Tschechoslowakei selbstständige Tschechien, zeigt, dass dort ähnliche Zustände herrschten. Doch diese dauerten Jahrzehnte, Baseballschlägerjahrzehnte. In Tschechien waren vor allem Rom*nja und ehemalige vietnamesische Vertragsarbeiter*innen betroffen, in Russland Menschen aus dem Kaukasus und aus Zentralasien, aber jeweils auch diejenigen, die sich angreifenden Neonazis entgegenstellten.

Rückblick

In Erzählungen russischer – in erster Linie Moskauer und Sankt Petersburger – Antifas kommen die 1990er und frühen 2000er Jahre oft nur sehr verschwommen vor. Während im Land zahlreiche neonazistische, extrem rechte, rassistische und antisemitische Parteien und Organisationen gegründet wurden, wie beispielsweise die »Nationalbolschewistische Partei« unter Eduard Limonov und Aleksandr Dugin, die »Slawische Union« des Neonazis Dmitrij Dëmuškin, die paramilitärisch organisierte »Russische Nationale Einheit« von Aleksandr Barkašov, die gewaltaffine »Vereinigte Brigade« (OB-88), die nationalsozialistische »Schulz-88« von Dmitrij Bobrov, die »Bewegung gegen illegale Immigration« unter Aleksandr Belov, Dmitrij Rumjancevs »Nationalsozialistische Gesellschaft«, Il'ja Gorječevs »Militante Organisation russischer Nationalisten« und die frisch gegründete »Liberal-demokratische Partei Russland« unter Vladimir Žirinovskij, die 1993 mit fast einem Viertel der Wähler*innenstimmen ins Parlament einzog, gab es kaum eine organisierte Gegenbewegung.

In Tschechien stellte sich die Situation auf der politischen Bühne ähnlich dar. 1992 waren erstmals die rassistischen und antisemitischen »Republikaner« unter Miroslav Sládek im tschechischen Nationalrat vertreten. Die »Republikaner« schürten Hass gegenüber Rom*nja und anderen nationalen Minderheiten. Bereits 1991 wurden in Tschechien ein Punkkonzert und eine anarchistische Demo von Neonazis angegriffen, hetzten Neonazis zu Pogromen gegen Rom*nja. Es waren Anarchist*innen, die, oft gemeinsam mit Rom*nja-Organisationen, erste Antifa-Demos organisierten. Die wichtigste Aufgabe aber blieben Schutz und Selbstschutz. Nach dem neonazistischen Mord 1993 an Filip Wenclik, einem Punk, wurde die zivilgesellschaftliche »Bürgerliche Solidarität und Toleranz« gegründet, die sich auf Hassverbrechen fokussierte und auch das Monitoring extrem rechter Aktivitäten übernahm.

Gegenwehr

Im Russland der 1990er und 2000er Jahre gab es keine organisierten antifaschistischen Strukturen, die die brutale Neonazigewalt hätten angehen können. Folgerichtig ist die eigene Antifa-Geschichte dieser Zeit sehr lückenhaft dokumentiert. Zielscheibe des extrem rechten Straßenterrors waren sichtbare politische Gegner*innen, Homosexuelle und Menschen aus dem Kaukasus und Zentralasien. Punks, die es bereits in der späten Sowjetunion als Subkultur gegeben hatte, wagten sich kaum auf die Straße. Insbesondere subkulturell orientierte Jugendliche, die aufgrund ihres Äußeren zum potenziellen Opfer von Bedrohungen und Angriffen wurden, hatten so den Impuls, dagegen aktiv zu werden. Die ersten Selbstverteidigungsgruppen entstanden zum Schutz von Punkkonzerten. Für antifaschistische Punks, Anarchist*innen, später auch antirassistische und linke Skins bedeutete das hartes Training, gehörten und gehören doch russische Neonazis zu den gewalttätigsten in Osteuropa. Es kursiert die Zahl von 50.000, die der Szene angehören sollen.

In der Hochzeit des rechten Terrors in Russland, zwischen 2004 und 2013, verübten Neonazis mindestens 542 Morde. Für die Jahre davor

liegen keine gesicherten Angaben vor. Aufmerksamkeit und Solidaritätserklärungen von westeuropäischen Antifas gab es insbesondere nach dem Doppelmord an der Journalistin und Anarchistin Anastasija Baburova und dem antifaschistischen Anwalt Stanislav Markelov am 19. Januar 2009. Für 2019 nennt die NGO Sova mindestens fünf Morde, die aus Hass begangen wurden. Antifaschismus, so das Selbstverständnis der seit 2009 aktiven Gruppierung antifa.fm, war und ist keine Theorie, sondern eine gewaltsame Aktion, Selbstverteidigung und die Konfrontation mit faschistischem Terror auf den Straßen.

Für Tschechien beschrieb der bereits 2012 im Alter von 60 Jahren verstorbene Jakub Polák den Zusammenschluss von einzelnen Aktiven 1996 zur Antifaschistischen Aktion. Die Antifas, die sich nicht auf die Polizei verlassen konnten und auf sich selbst angewiesen waren, waren nicht selten erfolgreich im Abwehren und Zurückdrängen der Neonazis. Nun gab es festere Strukturen von denen, die die »wirkliche«, die »körperliche« Arbeit machten und den pazifistischen Nazigegner*innen. Polák war nicht nur als Anarchist seit den frühen 1990er Jahren gegen Neonazis und für die Rechte der Rom*nja-Minderheit aktiv, er war auch das personifizierte Gedächtnis der Anarcho- und Antifa-Geschichte. In Kombination mit der frühen Gründung von anderen Strukturen, von Menschenrechtsorganisationen, wie im Jahr 1992 »Mensch in Not« und ähnlichen zivilgesellschaftlichen Initiativen, sind die Aktivitäten und Aufmärsche von Neonazis, wie Angriffe und Straßenkämpfe, gut dokumentiert.

Und trotz alledem, bis in die 2000er Jahre hinein hieß Antifa weder Busfahren noch Lesekreis, sondern Training in der Sportgruppe. Als 2007 anlässlich des Jahrestages der »Reichspogromnacht« Neonazis durch das jüdische Viertel in Prag marschierten, gab es zwar viel Protest aus dem bürgerlichen Lager, für das Schutzkonzept waren aber Antifas zuständig. 2011 war das schon anders. Für Anfang September hatte damals die neonazistische »Freie Jugend« zu einem nicht angemeldeten Aufmarsch nach Varnsdorf kurz hinter der sächsischen Grenze mobilisiert, um unter dem Motto »Der Topf ist voll« gegen eine Rom*nja-Siedlung vorzugehen. Im ehemaligen »Hotel Sport«, einer heruntergekommenen Massenunterkunft, waren Rom*nja-Familien angesiedelt worden. Einen Schutz hatten die 120 dort lebenden Rom*nja selbst organisiert. Als sich aber ein Mob von weit über 1.000 Neonazis und Bürger*innen der Unterkunft näherte, konnten nur noch gut bewaffnete Riot-Cops Angriffe abwehren und die Menge auseinandertreiben. Was hatte sich geändert? 2008 hatten tschechische Antifas, in Reaktion auf zunehmende polizeiliche Repressionen, ihre Politik geändert. Zwar sehen viele nach wie vor Gewalt als ein Mittel zur Bekämpfung des Faschismus, aber reflektieren eben auch die mitunter negativen und traumatisierenden Folgen eigener Gewaltausübung. Seitdem ist die Devise, dass der wichtigste antifaschistische Kampf in den Köpfen der Menschen stattfindet, und diejenigen, die auf antifa.cz veröffentlichen, machen höchst professionell Recherche, Monitoring, Dokumentation und Outings, außerdem organisieren sie Vorträge, Konzerte und Festivals.

Schwerer Stand

Anknüpfungspunkte für antifaschistische Aktionen der Nachwendezeit waren dabei weder die historische Antifaschistische Aktion noch die antifaschistische Staatsräson derjenigen Staaten, die gegen den Nationalsozialismus gekämpft hatten.

Mit dem Münchner Abkommen 1938, der Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren, der Gründung des slowakischen Staates und der Zerschlagung Tschechiens hörte auch die tschechoslowakische Armee auf zu existieren. Tschechien hat somit nicht gegen Nazi-Deutschland gekämpft, anders als Sowjetrussland, das hieraus ein antifaschistisches Selbstverständnis gezogen hat und aus dem Sieg einen zweiten Gründungsmythos geschaffen hat.

Der nach dem Zweiten Weltkrieg sogenannte real existierende Sozialismus und dessen Verständnis von Kommunismus – der keiner war – wirkt bis heute nach. Linke Politik in den beiden Ländern wird damit, und mit den fortbestehenden kommunistischen Parteien wie der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens beziehungsweise der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation in Verbindung gebracht. In Tschechien ist sie aktuell mit knapp acht Prozent im Parlament vertreten, zu ihrer Hochzeit um die 2000er Jahre entschieden sich fast 20 Prozent der Wähler*innen für sie. Auch in Russland konnte die Kommunistische Partei Wahlerfolge einfahren. Ihr Vorsitzender, Gennadij Zjuganov, erhielt bei den Präsidentschaftswahlen 1996 im ersten Durchgang 30 Prozent der Stimmen.

Antifa ist östlich von Deutschland oft gleichbedeutend mit Anarchismus. Hier gab es jeweils historische Anknüpfungspunkte: an die anarchosyndikalistische Bewegung in Tschechien und deren sozialpolitischen Forderungen ebenso wie an den anarchistischen Geheimbund Omladina in den böhmischen Ländern rund um die vorige Jahrhundertwende. Und in Russland an die Gründungsväter des klassischen Anarchismus des 19. Jahrhunderts, Mikhail Bakunin und Pëtr Kropotkin. Wer, wie die Anarchist*innen, in den Vorwendejahren einer mehr oder weniger jugendlichen Subkultur angehörte und gegen Staat und System rebellierte, blieb auch danach oft staatskritisch, insbesondere dann, wenn die neugeschaffene beziehungsweise umgestaltete Polizei und die Sicherheitsbehörden nicht oder kaum auf rassistische Angriffe reagierten. Es erscheint naheliegend, dass, in Abgrenzung zur etablierten Politik, subkulturell beeinflusste Antifagruppen beider Länder in ihren Manifesten und Selbstverständnissen betonen, vor allem nicht bolschewistisch zu sein und sich vom Faschismus ebenso wie vom Kommunismus distanzieren.

In Ermangelung von Bündnispartner*innen aus Zivilgesellschaft oder Kirche – insbesondere in einem politisch willkürlichen und repressiven Umfeld wie in Russland – ist zu befürchten, dass im Kampf gegen Neonazis die Antifa weiterhin auf sich allein gestellt sein wird.

#AntifaKlassiker

Kurzrezensionen antifaschistischer Literatur

Pionierstudie über den Holocaust

Wie arbeiteten die nationalsozialistische Staatsverwaltung, Industrie und Wehrmacht mit der NSDAP zusammen, um die europäischen Jüdinnen und Juden zu vernichten? Profunde Antworten auf diese Fragen gab Raul Hilberg bereits 1961 in »Die Vernichtung der europäischen Juden«, welches zum Standardwerk avanciert ist.

Raul Hilberg: Die Vernichtung der europäischen Juden, 3 Bände, durchgesehene und erweiterte Ausgabe. Frankfurt am Main 1990, Verlag Fischer Taschenbuch, 1.351 Seiten

»Drahtzieher im braunen Netz«

Zwei wichtige Standardwerke mit Recherchen zum militanten Neonazismus in der Bundesrepublik und Österreich sind die 1992 und 1996 unter gleichem Titel veröffentlichten Bücher »Drahtzieher im braunen Netz«. Beide bieten Überblicke über Organisationen, Strukturen und militante Aktivitäten, die oftmals im Verborgenen agierten und generationen- und strömungsübergreifend Netzwerke aufbauten.

Antifaschistisches Autorenkollektiv: Drahtzieher im braunen Netz. Der Wiederaufbau der NSDAP. Berlin 1992, Edition ID Archiv, 176 Seiten

Antifaschistisches Autorenkollektiv: Drahtzieher im braunen Netz. Ein aktueller Überblick über den Neonazi-Untergrund in Deutschland und Österreich. Hamburg 1996, konkret Verlag, 272 Seiten

»Heimatrecht und Volkstumskampf«

Den anhaltenden Einfluss völkischer Politikkonzepte auf die Verbände der organisierten »Vertriebenen« – und somit indirekt auch auf CDU und CSU und staatliche Institutionen – und ihre Umsetzung im deutschen und europäischen Rahmen analysierte 2001 der Sozialwissenschaftler Samuel Salzborn. Mit dem Buch knüpft er an vorhergehende kritische Arbeiten an, die er unter anderem in der rechte rand veröffentlichte.

Samuel Salzborn: Heimatrecht und Volkstumskampf. Außenpolitische Konzepte der Vertriebenenverbände und ihre praktische Umsetzung. Hannover 2001, Offizin Verlag, 304 Seiten

»Völkische Landnahme«

Mit dem Buch »Völkische Landnahme« geben Andrea Röpke und Andreas Speit einen guten Einblick in die völkischen Siedlungsstrukturen in Deutschland. Es werden anhand von Beispielen die ideologischen Schnittmengen von rechter Ideologie und rechten Siedlungsversuchen beleuchtet. Dieses Buch ist all jenen besonders zu empfehlen, die im umweltpolitischen oder auch im privaten Bereich in Kontakt mit Völkischen kommen könnten.

Andrea Röpke / Andreas Speit: Völkische Landnahme. Alte Sippen, junge Siedler, rechte Ökos. Berlin 2019, Ch. Links Verlag, 208 Seiten

Frauen in der Neonaziszene

Auch wenn die Neonaziszene nach wie vor männlich dominiert ist, so betätigen sich in dieser auch Frauen auf unterschiedliche Art und Weise: als völkische Siedlerinnen, bei der Erziehung des Nachwuchses, als Politikerinnen oder bei den »Freien Kräften«. Das zunehmend selbstbewusste Auftreten von Frauen löst intern immer wieder Spannungen aus. Andrea Röpke und Andreas Speit geben mit »Mädelsache!« einen guten Überblick über Organisationen, Personen und Netzwerke, in denen extrem rechte Frauen aktiv sind.

Andrea Röpke / Andreas Speit: Mädelsache! Frauen in der Neonazi-Szene. Berlin 2011, Ch. Links Verlag, 240 Seiten

Fantifa

Das Herausgeber_innenkollektiv füllt den blinden Fleck in der antifaschistischen Geschichtsschreibung und dokumentiert das Wirken von Frauen in explizit antifaschistischen Zusammenhängen. Das Buch dokumentiert deren Arbeit in der Antifa-Bewegung seit 1990 im deutschsprachigen Raum und die kritische Reflexion der eigenen Arbeit. Kern des Buches sind die vielen Interviews mit Aktiven und das historische Material wie Flugblätter und Auszüge aus Zeitschriften.

Herausgeber_innenkollektiv: »Fantifa – Feministische Perspektiven antifaschistischer Politiken«. Münster 2013, Edition Assemblage, 200 Seiten

Antifa Gençlik

Das Buch sammelt Texte, Erfahrungsberichte, Flugblätter, Interviews und Diskussionspapiere der Gruppe Antifaşist (Antifa) Gençlik, die zwischen 1988 und 1994 in Berlin antifaschistische Politik machte. Praxis und theoretische Grundlagen migrantischer Selbstorganisation, antifaschistischer Bewegungsgeschichte und antirassistischer Praxis werden dokumentiert und politisch eingeordnet.

ak wantok (Hg.): Antifa Gençlik. Eine Dokumentation (1988-1994). Münster 2020, Unrast Verlag, 164 Seiten

Die »Neue Rechte«

Mit seinem Buch legt Volker Weiß ein Standardwerk zur »Neuen Rechten« vor, in dem er die weltanschaulichen Ansätze und ideengeschichtlichen Herkünfte der »Neuen Rechten« erklärt, Feindbilder und Begrifflichkeiten wie »Abendland« dekonstruiert und die Lust der Rechten an der Apokalypse erläutert. Wer über Geschichte und Denken der »Neuen Rechten« Bescheid wissen will, ist hier richtig.

Volker Weiß: Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes. Stuttgart 2017, Verlag Klett-Cotta, 304 Seiten

20 Jahre »Institut für Staatspolitik«

Mit der Gründung des »Instituts für Staatspolitik« (IfS) im Jahr 2000 sollte ein rechtes Pendant zum Hamburger Institut für Sozialforschung geschaffen werden. Dies ist bis dato nicht gelungen. Dennoch kann das IfS als wichtigster Think-Tank innerhalb der »Neuen Rechten« bezeichnet werden, welches verschiedene rechte Strömungen miteinander vernetzt. In dem Buch »Das IfS. Faschist*innen des 21. Jahrhunderts« wird erstmals gebündelt die Geschichte des Instituts nachgezeichnet und dessen Wirkung analysiert.

*Der rechte Rand. Das antifaschistische Magazin (Hg.): Das IfS. Faschist*innen des 21. Jahrhunderts. Einblicke in 20 Jahre »Institut für Staatspolitik«. Hamburg 2020, VSA Verlag, 184 Seiten*

Esoterik als rechtsradikale Propaganda

In einem der ersten Bücher zum Thema führen Klaus Bellmund und Kaarel Siniveer fundiert in die Esoterik als Mittel rechtsradikaler Propaganda ein. Neben rechter Ökologie, Neuheidentum, »Neuer Rechter« und Germanenkult überrascht das Buch mit Texten,

die zur Zeit seines Erscheinens 1997 hellsichtig waren und noch heute hochaktuell sind. Mit seinem ausführlichen Register eignet es sich als profundes Nachschlagewerk.
Klaus Bellmund/Kaarel Siniveer: Kulte, Führer, Lichtgestalten. Esoterik als Mittel rechtsradikaler Propaganda. München 1997, Knaur Verlag, 384 Seiten

»Entspannt in die Barbarei«

Bereits 1996 veröffentlichte die Journalistin Jutta Ditfurth eine scharfe Kritik an rechter Ökologie und Esoterik. Sie löste damit eine Debatte in der Umweltbewegung und linken Milieus aus. Detailliert widmet sie sich in dem Buch völkischen Wurzeln dieses Denkens und zeigt deren Kontinuitäten auf, kritisiert Irrationalismus und antiaufklärerisches Denken. Sie arbeitet den gesellschaftlichen Einfluss dieser Ideologien heraus und nimmt vor allem die Anthroposophie Rudolf Steiners ins Visier.
Jutta Ditfurth: Entspannt in die Barbarei. Esoterik, (Öko-)Faschismus und Biozentrismus. Hamburg 1996, konkret Verlag, 224 Seiten

Systematischer Über- und Einblick zum Themenfeld Rechtsextremismus

Dieses Handbuch bietet einen systematischen Einblick in die wissenschaftliche Forschung zur extremen Rechten. Es werden wesentliche Aspekte – zentrale Begriffe, Strategien, Themenfelder, Aktionsformen, Organisationsformen, Geschlechterkonstruktion und -verhältnisse, die extreme Rechte als Wahlkampfakteur, die »Neue Rechte« und vieles mehr – analysiert. Empfohlen ist dieses Buch all jenen, die sich vertiefend und in analytischer Breite mit der extremen Rechten auseinandersetzen wollen.
Fabian Virchow / Martin Langebach / Alexander Häusler (Hg.): Handbuch Rechtsextremismus. Wiesbaden 2016, Springer VS, 597 Seiten

Die Entstehung der extremen Rechten

In dem Buch rekonstruieren die Autoren die Entwicklung, Geschichte sowie Politik- und Sozialisationsangebote der extremen Rechten zwischen 1945 und Anfang der 1980er Jahre anhand von fünf Fallstudien (Deutsche Reichspartei, NPD, Bund Deutscher Jugend, Bund Nationaler Studenten, Bund Heimattreuer Jugend). Dieses Buch ist all jenen zu empfehlen, die sich mit der Entwicklung relevanter Gruppierungen der extremen Rechten in der jungen BRD auseinandersetzen wollen.
Peter Dudek / Hans-Gerd Jaschke: Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Band 1. Opladen 1984, Westdeutscher Verlag, 508 Seiten

RechtsRock

Die Autor*innen zeichnen die Geschichte der extrem rechten Musikszene bis zu Beginn der 2000er Jahre nach. Sie analysieren deren Entwicklungen und werten Musiktexte und Fanzines aus. Sie beleuchten die frühe Bedeutung des Internets, und analysieren die Rolle von Frauen in der Szene. Zudem werden Ideen und Konzepte gegen die Verbreitung rechter Inhalte vorgestellt. Das Buch ist all jenen zu empfehlen, die sich intensiv mit klassischem RechtsRock befassen möchten.
Christian Dornbusch / Jan Raabe (Hg.): RechtsRock Bestandsaufnahme und Gegenstrategie. Münster 2002, Unrast-Verlag, 540 Seiten

White Noise

Das Buch beschreibt die Bands und Musiknetzwerke der militanten Neonazis in verschiedenen europäischen Ländern und den USA bis zum Jahr 2000. Es liefert einen kurzweiligen Überblick über die »Internationale des Skinhead-Rock« und den dahinterstehenden kommerziellen und ideologischen Interessen. Das Buch ist all jenen zu empfehlen, die tiefere Einblicke in die frühen Strukturen und Netzwerke erhalten und dazu Gegenstrategien entwickeln wollen.
Searchlight, Antifaschistisches Infoblatt, Enough is Enough, rat (Hg.): Rechts-Rock, Skinhead-Musik, Blood & Honour – Einblicke in die internationale Neonazi-Musik-Szene. Münster 2001, Unrast Verlag, 167 Seiten

Über Männerbünde

Männerbünde als Machtbünde treten in vielen Facetten auf, wie zum Beispiel bei Burschenschaften oder im Militär. Helmut Blazek unternimmt einen Spaziergang durch ihre Geschichte. Er analysiert Männerbünde, untersucht ihre Rolle bei der Zementierung der Geschlechterverhältnisse und nimmt auch ihre Theoretiker wie Ernst Jünger in den Blick.
Helmut Blazek: Männerbünde. Eine Geschichte von Faszination und Macht. Berlin 1999, Verlag Ch. Links, 264 Seiten

Photos

Mark Mühlhaus / attenzione (Seiten 3, 4, 19, 27, 33, 42, 55, 56, 63, 66, 68)
Archivio Amoretti, Parma (Seite 8)
SozArch F (Seite 12)
Gedenkstätte Deutscher Widerstand (Seite 21)
sintiundroma.de (Seite 24)
Archiv@derrechterand (Seiten 11, 29, 47, 49)
VVN (Seite 34)
Fabian Virchow (Seite 38)
Ralf Skiba (Seite 51)
Roland Geisheimer (Seite 59)
Christian Ditsch (Seite 64)

Impressum

V.i.S.d.P.: Alexander Hoffmann
der rechte rand
Rolandstr. 16, 30161 Hannover
redaktion@der-rechte-rand.de

Aboverwaltung:
abo@der-rechte-rand.de

Druck: berger + herrmann GmbH,
Erscheinungsweise: 6x im Jahr

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

ISSN 1619-1404

SOLIDARISCH, DEMOKRATISCH, VIELFÄLTIG

#UNTEILBAR SACHSEN-ANHALT

KAMPAGNE ZUR LANDTAGSWAHL SACHSEN-ANHALT 2021

29. MAI 2021 | BAND DER SOLIDARITÄT UND ABSCHLUSSKUNDGEBUNG(EN) IN HALLE (SAALE)

WEITERE INFOS AUF: UNTEILBAR-SACHSEN-ANHALT.DE UND BEI   